Sonnabend/Sonntag, 21./22. April
10. Jahrgang, Nummer 94

Arbeiter-Zeitung

Wochenausgabe 10 Pfennige

Erscheint täglich [illegible] Bezugspreis: wöchentlich [illegible] Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post des[illegible] [illegible]ter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis [illegible] Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- [illegible]nzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespalt[illegible] [illegible]meterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der [illegible]ten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expedionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telephon Ohle 4719. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telephon Ring 5837. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26, Telephon 1063. Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2884. Geschäftsstelle: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag" Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Reichswehrbefehl zum Mord!

„Verräter müssen beseitigt werden..."

(Eig. Drahtb.) Berlin, 21. April.

Im Rosenfelder Fememordprozeß erklärte der Zeuge General Pawelsz, es sei durchaus möglich, daß sich die Roßbachleute als Soldaten gefühlt hätten.

Zeuge Rittmeister a. D. Freiherr v. Lohen, der zur Zeit der Ermordung Schmidts die Führung von Roßbachtruppen hatte, berichtet über das Freikorps Hauenstein, das in Oberschlesien tätig war. Dieses habe mit Wissen von Regierungsstellen zweihundert Fememorde planmäßig durchgeführt, und über jeden einzelnen Fall Bericht erstattet. Die Reichswehr habe ihm den Befehl erteilt, Verräter von Waffenlagern unschädlich zu machen. Er selber habe einen Verräter der Reichswehr übergeben. Ihre Waffen habe die Organisation Roßbach von der Reichswehr in Stettin und Stargard erhalten.

General Pawelsz gab die Verbindung zwischen Reichswehr und Roßbachleuten zu, erklärte aber, letztere seien als Beauftragte der Gutsbesitzer angesehen worden.

Der Höhepunkt der Sensation ist die Aussage des Oberförsters v. Bodungen. Dieser erklärte, der Mord an Schmidt sei auf höhere Anweisung geschehen. Er selber habe Maßnahmen gegen Schmidt angeregt. Diese Maßnahmen habe er auf Befehl des Generals Pawelsz getroffen.

General Pawelsz erklärt plötzlich, den Oberförster, mit dem er im Jahre 1924 verschiedene Besprechungen hatte, nicht zu kennen (!?).

Nur erklärt Oberförster v. Bodungen, der Befehl des Generals Pawelsz habe gelautet: Geheimhaltung der Waffen und Beseitigung der Verräter! General Pawelsz leugnet, diesen Befehl erteilt zu haben.

Wahlterror-Vorbereitungen des Breslauer Stahlhelms

Wir erhalten heute einen Bericht aus einer geheimen Sitzung des Stahlhelms Breslau-Land, die unter dem Decknamen „Sportverein Hubertus" vor einiger Zeit im „Lindenhof" in Carlowitz stattfand. Unter dem Vorsitz des Baumschulbesitzers Guber wurden im Verlauf der Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Alle Versammlungen und Aufmärsche der KPD. und des RFB. sind systematisch zu stören, so daß es zu Zusammenstößen kommt.
2. Die Stahlhelmmannschaften haben am Wahltag in unmittelbarer Nähe der Wahllokale bewaffnet in Alarmbereitschaft zu stehen.
3. Wurde eine Aufzählung der mit eigenen Waffen ausgerüsteten Mitglieder sowie der noch zu bewaffnenden Mannschaftsangehörigen vorgenommen.

Diese Beschlüsse zeigen mit ungeschminkter Offenheit, daß der Stahlhelm versuchen wird, insbesondere auf dem Lande, wo die Arbeiterschaft das Treiben der Faschisten nicht genügend abwehren kann, die Wahlvorbereitungen und die Wahlen selbst mit allen Mitteln zu stören. Die Arbeiter müssen deshalb die Machenschaften der Wehrverbände schärfstens beobachten, um ihnen entschieden entgegentreten zu können.

Protest gegen das RFB.-Verbot

Oppeln, 21. April. Am Donnerstag fand in Oppeln eine von der Sozialdemokratie einberufene öffentliche Versammlung statt, die von etwa 400 Personen besucht war. Nach dem Referat von Scheffel sprach als erster Diskussionsredner unser Genosse Girndt, der scharf mit der Politik der SPD. abrechnete und eine Entschließung gegen das RFB.-Verbot und die Koalitionspolitik der SPD. einbrachte. Diese wurde gegen nur zwei Stimmen angenommen. Somit hat eine von der SPD. einberufene Wählerversammlung die Politik dieser Partei aufs schärfste verurteilt. Die angenommene Entschließung lautet:

Entschließung

„Die von der SPD. in die „Erholung" einberufene öffentliche Versammlung nimmt in der Diskussion zu dem bevorstehenden Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den Reichsinnenminister v. Keudell Stellung und erhebt schärfsten Protest gegen diesen Willkürakt zur Beschränkung der Wahlfreiheit und der Rechte der Arbeiterschaft. Dieses Verbot ist der Schlußakt der arbeiterfeindlichen Politik des Bürgerblocks. Gleichzeitig zeigt dieses Verbot die Rolle und die Bedeutung der Koalitionspolitik. Die sozialdemokratischen Minister sind weiter nichts als die Vollzugsorgane der reaktionären Gesetzgebung und der Klassengerichte. Der Einspruch der Preußenregierung bedeutet nichts anderes, wie eine Täuschung und Ablenkung der Arbeiterschaft von den Aufgaben, gegen das kapitalistische System und den kapitalistischen Staat in jeder Form zu kämpfen.

Das Verbot beweist weiter, daß die Bourgeoisie nur in der KPD. und dem RFB. ihren Hauptfeind erblickt. Es ist daher die Pflicht aller Werktätigen, sich noch fester an die KPD. und den RFB. anzuschließen und am 20. Mai die Stimme für die KPD. abzugeben."

Was wählt der Bauer?

Von Edwin Hörnle

Wieder einmal nach mühseligen vier Jahren hat der werktätige Bauer das Recht, an die Wahlurne zu treten, um gleichzeitig mit der Quittung über die bisherige Regierung und Gesetzgebung auch seinem Willen über die Gestaltung der Zukunft Ausdruck zu geben.

Während der langen Gesetzgebungsperiode hat das arbeitende Volk im bürgerlichen demokratischen Staate nichts dreinzureden. Da „regieren" an seiner Statt die Herren „Volksvertreter". Aber auch nach der Auflösung des Parlaments hat der Wähler im Grunde recht wenig zu sagen, denn hinter den gesetzemachenden Abgeordneten stehen unsichtbar die wahren Regenten des Staates, die Mächte der Hochfinanz, der Großindustrie, des Großgrundbesitzes, der großen Kaufmannschaft. Ohne den Willen dieser großen Kapitalsmächte entschlüpft nicht das kleinste Gesetzlein dem Schoße des Reichstages oder eines Landtages. Sie sind es aber auch, die in den Wahlen die Zeitungen, Flugblätter und Redner bezahlen, die unter der Maske einer „Volks"- oder „Freiheits"- oder einer „christlich-nationalen" Partei die Wähler über die wahren Verhältnisse täuschen sollen. Man braucht nur die Aufsichtsräte industrieller Großunternehmungen und Banken, die Generaldirektoren, die Syndici von Industrie- und Handelskammern, Fabrikanten und Rittergutsbesitzer zusammenzählen, die in sämtlichen bürgerlichen Parteien das große Wort führen, und deren es im letzten Reichstag rund 250 gab, so weiß man schon, wer in Wirklichkeit in Deutschland Gesetze macht und regiert.

Trotzdem ist das Wahlrecht für den Bauern ebensogut wie für den Arbeiter Wahlpflicht. Nicht, weil er auf die Allmacht seines Stimmzettels baut, sondern um den Machthabern zu zeigen, daß er ihnen nicht aufs Maul, sondern auf die Finger sieht und ihre Listen durchschaut hat. Er wird aber die Partei wählen, die nicht nur gegen einzelne Personen und Gesetze ankämpft, sondern gegen dieses ganze System des Volksbetrugs und der Korruption.

Der unselig entschlafene Reichstag hatte eine Rechtsmehrheit. Der arbeitende Bauer wird guttun, ehe er zur Urne geht, einmal nachzuprüfen, was die Mehrheitsparteien und ihre Regierungen in den letzten vier Jahren für ihn getan, nicht geredet haben. Dabei wird dem nachdenklichen Wähler auffallen, daß ausgerechnet gegen Ende dieser Gesetzgebungs- und Regierungsperiode die Not der Landwirtschaft auf den Gipfel gestiegen ist. Zehntausende haben in den Wochen von Januar bis März auf den Ruf des Landbundes in den Kreis- und Landstädten vor den Finanzämtern und Regierungsgebäuden demonstriert. Die wenigsten dachten wohl daran, gegen wen sie demonstrieren, und daß derselbe Landbund, der zur Demonstration rief, in derselben Regierung, über die man schimpfte, an sehr verantwortlichen Posten (Reichsinnenministerium und Reichslandwirtschaftsministerium) steht, daß auch in Bayern und Württemberg seit vielen Jahren Rechtsregierungen bestehen, ohne daß es dort den Bauern besser geht als anderswo. Die Landbundführer sind eben gerissene Bauernverführer. Als sie merkten, daß der Bauer aufwacht und von ihnen und ihrer Regierung Rechenschaft fordert, da machten sie es wie jener Dieb in dem Märchen, der sich unter die verfolgende Menge mischte und aus Leibeskräften schrie: „Haltet den Dieb!".

Deutschnationale, Zentrum, Deutsche und Bayrische Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung schreiben jetzt: Haltet den Dieb! Aber es waren ihre Steuerpolitik, ihre Aufwertungsgesetzgebung, ihre Kreditpolitik, ihre Handelspolitik, ihr vom Staate geschützter Bank-, Pacht- und Industriepreiswucher, die heute den kleinen und mittleren Bauern an den Rand der Verzweiflung gebracht haben.

Wie oft haben wir Kommunisten alle die Jahre hindurch in den Ausschüssen und in den Plenarsitzungen des Reichstags

Sachte... Herr Keudell!

Kapp-Keudellschnarrt:

Donnawetta! Ehe icke
Jeh' von Mama Republike,
Um an der Pension zu lutschen,
Woll'n ma nochmal richtig putschen!
Marx und Braun ham nischt dajejen...
Jar keen Jrund, sich uffzurejen — — —
Feste druff mit Jott und Kapp,
Bis ans kühle Jrab!

Schuljesetz is nich jeworden —
Dito ooch Jesetz für Orden...
Drum muß ick noch mal jewittern,
Det die ollen Eichen splittern!
Ick vabiete! Ick vabiete!
Wirkung is mir völlig schiete!
Wer da stemmt sich jejen mich,
Den zaschmettre ich!

Roter Frontkämpfer antwortet:

Sachte, sachte... werter Mister!
Uns verbietet kein Minister!
Hinter uns stehn die Proleten...
Uns kann kein Keudell zertreten!!
Sieh': wie sich die Fäuste ballen — — —
Millionen Schreie hallen...
Unser Weg zur Freiheit führt!
Rote Front marschiert!!

Kasimir Sublimer.

wie in den Landtagen die Not gerade der kleinen und mittleren Bauern, der Siedler, der kleinen Pächter zur Sprache gebracht! Gut an 200 Anträge haben wir im Laufe dieser Jahre gestellt, um für den kleinen Landwirt Steuernachlaß, Zinsverbilligung, billige Notstandskredite, Hochwasserhilfe, Pachterleichterungen, Vorzugstarife, bessere Berufsbildung und Wirtschaftsberatung, Siedlungsland herauszuholen. Immer vergebens! „Unerfüllbare Forderungen" erklärten jene Landbündler, Volksparteiler, Zentrumsleute, Demokraten und Sozialdemokraten, die schon 1924, ohne zu erröten, den schwerreichen Ruhrindustriellen 700 Millionen Mark „Ruhrentschädigungen", den Rittergutsbesitzern und Großbauern 800 Millionen Rentenbankkredite, und in jedem Jahre neue gewaltige Summen hinwarfen, die aus der „produktiven Erwerbslosenfürsorge" eine einzige große Futterkrippe für Großindustrielle und Großagrarier machten.

Dieselben Burschen, die dem kleinen Bauern durch den staatlichen Gerichtsvollzieher die letzte Kuh aus dem Stalle pfänden lassen, die gingen im Reichstag hin und bewilligten den Ministern, Generälen und sonstigen hohen Beamten Gehaltsaufbesserungen, sie billigten, daß den Fürsten auf Kosten des Volkes hundertprozentig aufgewertet wurde, sie haben heute Geld für neue Panzerkreuzer, gepanzerte Polizeiautos, rauschende Empfänge für Amanullah, für neue Zuchthäuser und Finanzämter. Ein „Hilfsprogramm" für die Landwirtschaft haben diese Herren zusammengeschustert, das Hunderte von Millionen den Junkern, Großbauern, Viehgroßhändlern, Fleischwarenfabrikanten in den Rachen wirft, aber sie lehnten den kommunistischen Antrag ab, auch nur 30 Millionen für die außerordentliche Not der bäuerlichen Roggen- und Pfandbriefschuldner bereitzustellen, sie hatten keine zehn Millionen übrig für die Not jener kleinen Bauern, Fischer und Kleingewerbetreibenden, die nicht wissen, wie sie ihre Scheune ausbessern, sich neues Gerät anschaffen sollen. Jetzt kommen sie mit Wahlreden und Wahlprogrammen. Will der Bauer erneut auf diese falschen Freunde hereinfallen?

Wie steht es aber mit der Sozialdemokratischen Partei? Ein recht bezeichnendes Wahl- — oder besser gesagt — Bauernfängerprogramm hat soeben die Sozialdemokratie in Zehntausenden von Exemplaren ins Land geworfen. Auch sie macht ja jetzt in „Bauernschutz". Aber was da die Sozialdemokratie in ihrem „Agrarprogramm" vorschlägt, wird die Not der kleinen Bauern, Pächter und Siedler nicht beheben, da es an der tatsächlichen Allgewalt der großen Industrietrusts, der Großbanken, Großhändler und Rittergutsbesitzer nichts Wesentliches ändern will. Und auch die kleinen Siedlungs-, Kredit-, Pacht- und Steuerreformen, die das Programm vorschlägt, werden von der Sozialdemokratie gar nicht durchgeführt werden, denn die SPD. will ja mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum eine Koalitionsregierung machen, und diese großkapitalistischen Parteien werden nie erlauben, daß den großen Herren auch das mindeste zugunsten der arbeitenden Massen zuleide geschieht.

Der Bauer, der das schöne Büchlein der SPD., „Landwirtschaft in Not" nachdenklich durchliest, wird sich unwillkürlich die Frage vorlegen: Warum entdeckt die große Partei erst so spät ihr Herz für die Bauern? Sie hatte doch jahrelang zusammen mit Demokraten und Zentrum die Macht, das alles durchzuführen. Stattdessen hat sie brav mitgeholfen, die Steuern der Bauern zu vervielfachen, die Industriezölle zu erhöhen, den Bauern mit der bürokratischen Zwangswirtschaft hinten und vorne zu zwacken. Nein, der arbeitende Bauer kann weder dieser Sozialdemokratie, noch den Demokraten Vertrauen entgegenbringen, dazu haben sie ihn zu oft und stark enttäuscht.

Großindustrie und Großbanken haben zwei fette Jahre hinter sich. Die Aktiengesellschaften zahlen fast durchweg acht, zehn und zwölf Prozent Dividende. Ihre Aufsichtsräte streichen dicke Tantiemen ein. Auch auf den „notleidenden" Rittergütern, die so arm sind, daß sie keinen Pfennig Einkommensteuer zahlen können, hat man Geld genug für feine Reitpferde, Luxusautos, Kammerdiener, Erholungsreisen und fröhliche Gelage bei Sekt und Kaviar anläßlich der „Grünen Woche".

Auf der anderen Seite stehen zwei Millionen Erwerbslose mit ihren Familien, stehen neun Millionen Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte, die weniger als 100 Mark im Monat verdienen, stehen Millionen kleiner Rentner, Invaliden und Greise, die von Bettelpfennigen leben, stehen die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die vor Schulden und Steuern nicht ein noch aus wissen, die man von Staats wegen durch Pfändungen und Notverkäufe enteignet, deren sorgenvolle Arbeit nur kümmerliche Früchte trägt.

Wie lange soll das so weitergehen?

Außenpolitisch steigt Deutschlands Macht und Ansehen in der Welt, ja, aber nur in der Welt der Kriegsflotten, Panzerwagen, Bombengeschwader, Gasfabriken und Börsenspekulationen. Und das arbeitende Volk Deutschlands versinkt immer tiefer in Armut und Knechtschaft! Soll das so bleiben? Kriegsgewitter hängen am Horizont: in China, am Balkan, zwischen Polen und Litauen! Weltverschwörung gegen Sowjetrußland! Bauer, willst du wieder in diese Hölle von Granaten, Giftgasen, zerfetzter Menschenleiber?

Nur die Kommunistische Partei kämpft mit aller Macht und in allen Ländern gegen die Kriegspolitik der Imperialisten.

Nur die Kommunistische Partei kämpft im Interesse des Arbeitsbauern für niedere Steuern, billige Kredite, Beseitigung des Pachtwuchers, Hebung der Bauernwirtschaft, durch ausreichende Staatshilfe! Nur die Kommunistische Partei zeigt aber auch den Bauern den Weg, auf dem dies erreicht werden kann: durch Eroberung der vollen Macht im Staat, durch das Bündnis der Arbeiter und Bauern.

Der werktätige Bauer kann nichts erreichen ohne den Arbeiter!

Die Arbeiterschaft ist die stärkste arbeitende Klasse in Deutschland. Die Arbeitermassen sind der Hauptkunde des Bauern! Wenn der Arbeiter hungert, kann der Bauer nichts verkaufen. Ist die Arbeiterklasse schwach, dann können Großindustrielle, Großbankiers, Großhändler und Großgrundbesitzer den Bauern ungestraft auswuchern. Ein Arbeiterstaat aber, dem alle großen Bergwerke, Fabriken, Banken und Landgüter zu eigen sind, kann auch dem arbeitenden Bauern mit billigen Krediten, Maschinen, Meliorationen, Saatgut usw. unter die Arme greifen.

Der Bauer gehört darum nicht zum Rittergutsbesitzer, sondern zum Arbeiter. Jeder Stimmzettel, der am 20. Mai für die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie abgegeben wird, ist eine Stimme gegen die Bauernschaft. Jeder kommunistische Wahlzettel ist eine Stimme für das Bündnis der Arbeiter und Bauern.

Um das RFB.-Verbot

Nunmehr haben auch Mecklenburg-Strelitz, Bremen und Thüringen, insgesamt 16 Länder, Einspruch gegen das Verbot von Keudells erhoben. Irgendwelchen Einfluß haben diese Proteste auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofes natürlich nicht. Die Presse in den Ländern weist bereits darauf hin, daß selbstverständlich nach Entscheid des Staatsgerichtshofes das Verbot durchgeführt werden müsse.

Sozialdemokraten schufen das „Republikschutz"-Gesetz

Die linkssozialdemokratische „Plauener Volkszeitung" schreibt zum Verbot des Roten Frontkämpferbundes unter der Ueberschrift „Die Diktatur der Bourgeoisie" u. a.:

„Eines darf man allerdings nicht vergessen: die Handhabe zu dem Vorgehen bietet das Republikschutzgesetz! Die ihm zustimmten, haben das sicher nicht gewollt. Aber lernen wir daraus, daß es auf das Wollen nicht ankommt in der praktischen Politik, sondern daß der kapitalistische Klassenstaat eben — jenseits von Wünschen und Wollen — immer ein Werkzeug der Bourgeoisie sein muß, daß die Demokratie im Kapitalismus nur eine Form der bürgerlichen Diktatur ist, während die proletarische Diktatur erst die einzig wahre Demokratie, die soziale Demokratie, bedeutet."

Das „Republikschutz"gesetz kam im Sommer 1922 zustande, als die sozialdemokratischen Führer nach einem Ventil für die revolutionäre Massenbewegung anläßlich des Rathenau-Mordes suchten. Die reformistischen SPD.- und ADGB.-Führer sabotierten das Berliner Abkommen, das in der Situation der ersten Erregung bestimmte Mindestforderungen für den Kampf der Arbeiter formulierte. Keine dieser Forderungen wurde erfüllt. **Die SPD.-Führer würgten die Massenbewegung der Arbeiter, wie gewöhnlich, durch ein Täuschungsmanöver ab. Diese grobe und arbeiterfeindliche Täuschung war das Republikschutzgesetz,** das von den Kommunisten sofort als eine verschärfte Auflage des Sozialistengesetzes gekennzeichnet wurde.

Immer behaupten die SPD.-Führer heuchlerisch — so im Krieg seit 1914, so in der kapitalistischen Republik seit 1918 —, sie hätten „das" nicht gewollt, wenn man ihnen die konterrevolutionären Früchte ihrer Politik entgegenhält, und die „Linken" leisten ihnen dabei Schildhalterdienste. Die Koalitionspolitik kann niemals andere als solche der Bourgeoisie dienende Früchte bringen. Jahr für Jahr wurden auf Grund des „Republikschutz"gesetzes in Deutschland **in zwölf Monaten mehr revolutionäre Arbeiter abgeurteilt als in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes von 1870 bis 1890.** Für die Ludendorff, Hitler, Kahr, Ehrhardt und Claß existierte das Republikschutzgesetz natürlich nicht! Trotzdem jubelte die SPD.-Presse, als im vergangenen Jahre das arbeiterfeindliche republikanische Ausnahmegesetz erneut verlängert wurde, und der deutschnationale Reichsinnenminister von Keudell kann jetzt auf Grund dieses sozialdemokratischen Gesetzes den RFB. verbieten.

Keine Einigung im Ruhrbergbau

Berlin, 21. April. (Eig. Drahtb.) Die Einigungsverhandlungen im Arbeitsministerium im Konflikt des Ruhrbergbaus sind ergebnislos verlaufen. Gestern nachmittag trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der der Reichsarbeitsminister über die Verhandlungen im Lohn- und Arbeitszeitkonflikt des Ruhrbergbaus berichtete. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Bergarbeiter, es ist genug verhandelt worden! Handelt!

Vom Tage

Der französische Botschafter in Berlin hat dem Außenminister Stresemann den französischen Gegenvorschlag zum amerikanischen Antikriegspakt überreicht.

Nach bürgerlichen Meldungen werden insgesamt 9000 Männer und Frauen bei den kommenden Wahlen kandidieren.

Die Berliner kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat einen Antrag eingebracht, am 1. Mai alle städtischen Betriebe und Büros zu schließen.

Die lettische Polizei veranstaltete in Riga Haussuchungen und verhaftete 11 Kommunisten.

Der „Sachverständigenausschuß" des Völkerbundes hat festgestellt, daß die in St. Gotthard beschlagnahmten Maschinengewehre nicht aus Italien stammen. (Wohl, weil es sich um altes österreichisches Material, das italienische Kriegsbeute wurde, handelt.)

Nach japanischen Meldungen soll der Ministerpräsident Tanaka die Vollmacht zur Auflösung des neuen japanischen Parlaments wegen der Angriffe der Opposition erhalten haben.

Nach Meldungen aus China sollen zwei nordchinesische Heere, die unter Führung von Suntschuanfangs und Tschangtschungtschangs stehen, von dem General Feng vernichtend geschlagen worden seien.

PASSAGIERE DER III. KLASSE

Roman von Kurt Kläber

3

Alle schnupperten mit ihren Nasen in die Luft, verdrehten ihre Augen und machten seltsame Gesichter. „Wirklich", sagte die Französin mit erhobener Stimme, „er riecht!"

Der Holländer, der die Französin seit ihrem Eintritt noch nicht aus den Augen gelassen hatte, fing diese Worte auf, stemmte sich in die Höhe, lachte der Frau vertraulich zu und zischte: „Ja, ja!"

Die Frau sah das runde Gesicht erstaunt an. Sie zog erst etwas die Schultern ein, als müsse sie sich schütteln. Spitz kam aber gleich ihre Zunge zwischen die Lippen. Sie lachte mit.

Der Krumme hob unter dieser Vertraulichkeit die Augen, als wäre er gestochen worden. Er sah erst die Frau an und dann den Holländer. Seine Augen wurden scharf und grimmig.

„Was lachst du?" schrie er den Dicken an, daß die Betschwester erschrocken auffuhr und nach ihrem Buche tastete. „Ist das zum Lachen, daß sie uns stinkigen Fisch geben?"

Dem Holländer färbte sich unter dem lauten Anruf das Gesicht. Er wollte etwas antworten und erhob schon seine Hand, um sie mit dem ersten Wort auf den Tisch zu schlagen. Es fiel ihm nur nichts ein. Die Französin lachte aber weiter. Sie war unter den groben Worten des Krummen zusammengeguckt wie der Dicke; nun sie sein Gesicht sah, das zerdrückt und schief auf dem fetten Halse saß, war ihr das Lachen wiedergekommen. Sie sah dem Krummen in seine feurigen Augen und auf die roten Tränensäcke, die langsam Wasser ließen, spitzte auch ihm ihre Zunge zu, und ihr Lachen stieg noch einen Ton höher.

Der Krumme wärmte sich in diesem Lachen. Er versuchte, seine Zunge genau so spitz herauszustecken, schnellte sie aus dem Gaumen hervor, und die Französin, die es sah, kreischte vor diesem Ungeheuer auf, verschluckte sich, und sie mußte sich eilig umdrehen, sonst hätte sie den ganzen Tisch bespien.

Der Lange wandte sich der heftig Bellenden mit einer milden Bewegung zu. Er richtete sie wieder auf und drückte dabei seine durchsichtigen, schmalen Finger auf ihre Brust, schlug sie mit der anderen Hand langsam auf den Rücken und tat das solange, bis sich die Frau wieder umdrehen konnte.

Unterdessen ging es an der anderen Seite des Tisches noch höher her. Der Fisch wanderte von einem zum anderen. Der Belgier, ein großer, schwarzer Mensch mit blitzenden Augen, hob pastoral die Hände, als die Schüssel vor ihm stand. Er machte sein ernstestes Gesicht, nahm eine Gabel, teilte damit einen der großen Fische auseinander, ohne ihn auf seinen Teller zu nehmen, sah in seinen Leib, und während er auf die dunklen Stellen deutete, die sich längs der Gräten hinzogen, sagte er mit einer klangvollen Stimme: „Er ist bereits schwarz."

Der Däne, noch größer und schlanker, der neben ihm aß, und dessen rotes Haar steil und wie Feuer über seinem spitzen Schädel loderte, riß ihm die Schüssel fort. „Warum soll er nicht schwarz sein?" schrie er laut und beugte sich über den geöffneten Fischleib. „Wir fahren doch in der dritten Klasse. Proletenbilleit! Oder habt ihr schon einmal etwas anderes als Abfälle bekommen?"

Der Amerikaner, der blaß und wie aus einem Stück gegossen dem Dänen gegenübersaß, hob seine bebrillten Augen und sah den Schreienden scharf an. „Du hast recht, Kamerad", sagte er. „Wir fallen überall in unseren Stand wie in ein Loch, und wir werden stets so behandelt, wie es der dritten Klasse zukommt."

Der Deutsche, der neben ihm saß und noch an einem zweiten Teller Suppe schledte, schrie auch auf. Er zog erst seinen Löffel über die dicken Lippen, stülpte sie noch vorn und sagte polternd: „Ich habe mein Geld bezahlt, und ich will guten Fisch haben. Den besten Fisch, ich werde mich sonst beschweren!"

Alle schimpften über den Fisch. Der setzte seine Reise auf der Tischplatte fort. Er stand nun vor einem zweiten Holländer, dem Gedulden. Der stocherte mit seiner Gabel ihn ihm herum. „Er wird schon noch zu essen sein", sagte er, zog das zerteilte Stück aus der Schüssel, hielt es vor seine Nase und ließ es auf seinen Teller fallen.

Die Schimpfenden waren einen Augenblick still. Sie sahen zu dem Gedulden. Der zog die Fischhälfte noch über seinen Teller, dann hob er das Tier einmal bei dem Kopf und einmal bei dem Schwanz in die Höhe und spielte mit ihm wie eine junge Katze. Plötzlich, sein graues, verwittertes Gesicht verzog sich zu einer seltsamen Grimasse, schnappte er hinein.

Er spie alles gleich wieder aus, kreischte, als wenn ihm schon etwas in die Kehle gekommen wäre, hob hastig seine Hände hoch, packte seine Kranzspiel und fuhr damit rechts und links über Backen und Lippen. Mit einem kurzen „Brrr" schüttete er noch die Fischhälfte in die Schüssel zurück und gab ihr einen Stoß, daß sie bis zu dem Schotten fuhr.

Der Schotte faßte sie mit den Fäusten, als wollte er sie zerdrücken. Er hob sie aber nur vor sein Gesicht, schlug sie wuchtig nieder auf das harte Holz des Tisches und sagte kurz und grimmig: „Pack!"

Der Krumme fing das Wort „Pack" auf, zog die Schüssel heran und hing auch seine Nase hinein. Zur gleichen Zeit schielte er nach der Französin. Als er sah, daß diese, die sich leicht an den langen Engländer gelehnt hatte, wieder mit dem Dicken züngelte, rief er laut, ja er brüllte beinahe: „In die Fresse sollte man den Brüdern das Zeug werfen!"

Die Französin war diesmal wirklich erschrocken. Sie drückte sich stärker an den Langen, der durch ihre Vertraulichkeit ganz steif und feierlich wurde, schloß die Augen und atmete heftig.

Die Suppe schlürfende Betschwester, die dem Gebrüll des Krummen noch näher saß, war auch erschrocken. Sie ließ ihren Löffel fallen und griff eilig nach dem schwarzen Gebetbuch.

Nur die Jüdin blieb ruhig. Sie zog sogar die Schüssel zu sich herüber, fischte sich mit ihrer Gabel ein Stück heraus, legte es auf ihre vorgeschobenen Lippen und zernagte es mit ihrer Zunge. Es schien ihr auch nicht zu schmecken; sie schob die Lippen noch weiter vor, daß sie aussahen wie das Maul eines fetten Karpfen, drehte sich halb um und spuckte alles klatschend auf den Boden.

Durch den Krummen war der Lärm allgemeiner geworden. Der geduckte Holländer, er sah aus wie ein „Tramp", den die Landstraße in diesen Schiffsbauch gespien hatte, rief immer: „Es schmeckte wie Dreck!"

Der junge Mann, es war sein Bruder, der korrekt, mit einem steifen Kragen und steifen Manschetten, neben ihm saß, sagte genau so oft, nur kurzer und würdiger: „Gemeinheit!"

Der große Schotte war am ärgerlichsten. Er fand nur keine Worte für seine Wut und schlug darum laut und dröhnend auf die Tischplatte.

Plötzlich zischte der Deutsche, der sich in dieser polternden und schimpfenden Gesellschaft nicht besonders wohl fühlte und immer nach den Türen schielte: „Der Steward kommt!"

Der Steward, ein junger Mann, dem der weiße Kittel etwas lose um die schmalen Schultern hing, brachte das Fleisch. Es war nicht gleich ruhig, besonders der Schotte donnerte noch auf den Tisch. Die anderen brummten und maulten aber doch schon leiser.

(Fortsetzung folgt.)

Rätsel-Ecke

a — a — ar — ar — bar — ber — ber — bit — chel — chi — chi — chi — cho — da — deich — den — den — die — die — du — e — elms — em — er — er — eu — fa — feu — fi — gie — go — ho — i — in — is — kro — las — le — ler — li — lo — lon — mei — men — mi — mo — na — na — na — ne — ne — nen — nen — ner — ni — nig — nuch — o — pos — psy — re — rha — rin — se — sel — sel — sen — si — stop — stu — su — sum — ta — ta — tät — tekt — them — ti — tou — ul — ur — ur — var — zit.

Aus obigen Silben sind 29 Wörter zu bilden, deren erste und dritte Buchstaben, nebeneinander gelesen, ein ägyptisches Sprichwort ergeben. (ch — 1. Buchstabe.)

1. Teil des Wagens. 2. Elektrische Lichterscheinung. 3. Haremswächter. 4. Landwirtschaftliches Gerät. 5. Oper von Verdi. 6. Gefäß. 7. Rechtschreibbuch. 8. Uebereinstimmung. 9. Seelenkunde. 10. Pflanze. 11. Längenmaß. 12. Deutscher Erfinder. 13. Stoß. 14. Kunstgewerbler. 15. Göttin. 16. Italienische Insel. 17. Indischer Dichter. 18. Käse.

Beinozu kann man nur die Motto. Tommi für die Wahlfonds Kasse!

19. Urkundenbewahrer. 20. Stadt in Frankreich. 21. Teil von Groß-Berlin. 22. Gotischer Bischof. 23. Boxer. 24. Vergrößerungsglas. 25. Pelztier. 26. Ergebnis. 27. Nonnenorden. 28. Fluß in England. 29. Tierprodukt.

Füllrätsel

B E E E E	
E F H H I	deutscher Fluß
L L M N N	Gasthof
O O O O R	Insekt
R S T	Ansiedlung
T	Konsonant

Die erste wagerechte und mittlere senkrechte Reihe ergeben einen Wunsch für unsere Leser.

Sternrätsel

A	Vokal
A B C	Teil des Baumes
D E E E E	Insekt
E E E E E F F	Fluß in Belgien
F G H I I L L M N	Feiertag
O O O R R S S	Schreibstift
S S S T T	Insekt
T T T	Nord. Gottheit
T	Konsonant

Mittlere wagerechte und mittlere senkrechte Reihe sind gleichlautend.

Rätselauflösung aus Nr. 88

Sternrätsel

Chinin, Hessen, Azoren, Martin, Patron, Indien, Ossian, Nubien. Champion.

Verschmelzungsrätsel

Hellebarde
Ellenbogen
Lohengrin
Girandole
Odaliske — Helgoland
Lazarett
Astarte
Neunzig
Diabetes

Humor-Ecke

Einfaches Mittel.

„Schrecklich, dieses Berlin", sagt aufgeregt die Tante, „gleich zwei Kerle sind mir auf der Straße nachgestiegen."

„Aber Tante", bemerkt Klein-Edith unschuldig, „da hättest du dich nur einmal umzusehen brauchen, und schon waren sie weg!"

Der Sparsame.

„Wissen Sie, ich kann mich ärgern; ich habe doch vorhin aus Versehen zwei Karten für die Badeanstalt gelöst."

„Na, verwahren Sie doch die eine fürs nächstemal."

„Quatsch, ich weiß doch nicht, ob ich nächstes Jahr noch hier wohne!"

„Hm, eigentlich bin ich gar kein richtiger Republikaner, immer, wenn ich das 10. Glas runter habe, werde ich patriotisch."

*

„Ich wünschte nur, ich hätte in meinem Theater bloß zehn solche Schauspieler, wie Sie einer sind, Herr Reichberg!"

„Wieso, wenn ich bitten darf? Sie schrieben doch immer, ich sei total unfähig, und schmeißt Ihnen jede Komödie!"

„Eben deshalb wünsche ich mir bloß zehn von solchen Mitgliedern! Denn leider habe ich vierzig von Ihrer Sorte!"

*

Bei jeder 50. Aufführung der Operette pflegte der Komiker auf der Szene einen neuen Witz zu machen. Das ganze Personal freute sich stets auf diese seltene Abwechslung, und auch diesmal wurde der Komiker schon vor der Vorstellung von den Mitgliedern bestürmt, das allabendliche Einerlei durch einen neuen Witz zu unterbrechen. „Nein, Kinder, so leid es mir tut, heute geht's nicht; heute sind die Textdichter im Theater, und das ist zu gefährlich."

„Aber warum denn?" riefen die Kollegen, „die können doch nichts dagegen haben, wenn die Leute lachen?"

„Das schon," bestätigte der Komiker, „aber wir haben nachher nichts zu lachen, wenn die aus dem Witz eine neue Operette machen."

*

Deutsche Volkspartei.

„Na, Lilly, du warst doch gestern in der Wahlversammlung, wirste denn eure Kandidatin wählen?"

„Die? Den Hut hättste mal sehen sollen, den die auf hatte!"

*

„Ich bin sehr vorsichtig! Ich schicke meine Kinder immer aus dem Hause, wenn ich mit meiner Frau Streit habe!"

„Die lieben Kleinen! Man sieht es ihnen an, daß sie viel an der frischen Luft sind."

*

Oberlehrer Müller: „Schämt ihr euch denn gar nicht, ich geb' jedem einen Groschen, wenn ihr mit der Schlägerei aufhört."

„Quatsch, stiften se lieber ne Mark für den Sieger!"

*

Redeblüten.

„Am Schluß der Veranstaltung findet eine Tellerversammlung statt."

„Wir ersuchen jeden einzelnen, recht zahlreich zu erscheinen."

Rundfunk-Programm

Rundfunk-Programm Breslau (322,6), Gleiwitz (250).

Sonntag: 22. April. 8.45: Glockengeläut der Christuskirche. ● 11: Evangelische Morgenfeier. Mitw.: Pfarrer Dr. phil. Saal, Johanna Hoppe (Alt), A. Asche (Flügel). ● 11.30: Großes Schauspielhaus Berlin: Funk-Matinee. Meisterchor Gesangverein Kattowitz. Leitung: Prof. Jubrich. Lotti Crucifixus. — Brahms: Motette „Warum ist das Licht gegeben den Mühseligen. — Auger: Morgengesang. — Cornelius: Tanzlied. — Herzogenberg: St. Nicomut. — Deutsche Volkslieder: In stiller Nacht; Ich fahr' dahin; Wächterlied; Vom alten Fritz. ● 14: Rätselfunk. ● 14.10: Saatgutmitte. Dr. Hiller: Die Ergebnisse der Feldversuche der Landwirtschaftskammer Niederschlesien. ● 14.35: Schachfunk. ● 15: Funkkinderstunde. Kindernachmittag. ● 15.30: Englische Lektüre. ● 16.30: Funkkapelle. Gerd Resoe (Singende Säge). Fucik: Florentiner Marsch. — Duo. Marinarella. — Mojsisowski: Spanische Tänze. — Grieg: Solveigs Lied. — Toselli: Serenade. — Bach-Gounod: Meditation. — Scherz: Humoreske über „S' kommt ein Vogerl geflogen". — Tosti: Pour un Baiser. — Lekte Rose, frisches Volkslied. — Redbal: Potp. aus „Polenblut". ● 18.30: Traugott Conrad: Heiteres Gereimtes und Ungereimtes. ● 18.55: Dr. Ado Gaehler: „Meine Expedition zu den Tobiasindianern in Nordargentinien." ● 19.20: Dr. Mück: Verschollene deutsche Dichter. ● 19.45: Bernard Guillemin: Hippolyte Taine — oder die Angst vor dem Werden. (Zu seinem 100. Todestag.) ● 20.10: Gleiwitz: Heitere Quartette. Funkquartett. Keldorfer: Die Kunst des Weines. — Benes: In der Pfalz. — Roscher: Eine Hinrichtung. — Raymond: Wenn die Garde marschiert. — Grobe: Allerlei Humor. — Viber: Meyer-Hymne. — Max: Bei einer Flasche Mosel. — Strauß: Alldeutschland. — Unsch.: Breslau: Bläser-Kammermusik. Blumer: Serenade und Thema mit Variationen. — Reicha: Quintett für Flöte, Oboe, Klarinette, Fagott und Horn. ● 22: Berichte. ● 22.30: Tanzmusik der Funkkapelle.

Montag, 23. April. 16: Blick in Zeitschriften. ● 16.30: Funkkapelle. Violine: Bruno Jantz. ● 18: Elternstunde. „Mutti ist krank", eine moderne englische Unterrichtsstunde. Leitung von Mittelschullehrer Kurowski. — Dr. Grete Steinberg: Das Schulkind im Bildermuseum. ● 18.50: E. Landsberg: Blick in die Zeit. ● 19.30: Philharmonie Berlin: Symphoniekonzert, veranstaltet von der Genossenschaft deutscher Tonsetzer. Mitw.: Barbara Kemp (Sopran). Orchester der Berliner Staatsoper (Leitung: Dr. Richard Strauß). Mozart: Symphonie C-dur (Jupiter-Symphonie). — Wagner: Vorspiel und Isoldes Liebestod aus „Tristan und Isolde". — Strauß: Sinfonia domestica.

Radio-Scheitnig / Apparate, Lautsprecher, Hörer
Fritz Haubitz, Scheitniger Straße 8

Das Sklavenlos der Landarbeiterin

Auszüge aus dem Tarifvertrag

In dem für Schlesien und Oberschlesien bis zum 2. Januar 1930 gültigen Manteltarif für die Landarbeiter sind u. a. folgende Bestimmungen zu finden:

„Arbeitsverträge dürfen den Arbeitnehmer nicht verpflichten, zu seinem Haushalt gehörige Personen mit Ausnahme der Ehefrau und der Kinder unter 18 Jahren in den Dienst des . . . Arbeitgebers zu stellen." (§ 6)

*

„Freiarbeiter, Freiarbeiterinnen und Deputantenfrauen haben auf die Urlaubstage keinen Anspruch, es sei denn, daß sie vertragsmäßig zur ständigen Arbeit für sechs Tage in der Woche verpflichtet sind." (§ 7a)

*

„Bei Arbeitnehmern, deren Frauen vertragsmäßig zur Arbeit verpflichtet sind, und die dann schuldhafterweise (!) nicht zur Arbeit kommen, ist ein Abzug vom Lohn des Mannes in Höhe von 1 Pfennig je Stunde (das Stundenlohn des Mannes beträgt zurzeit 10,5 Pfennig. D. Red.) zu machen." (§ 18)

*

„Die vertragschließenden Arbeitnehmerverbände verpflichten ihre Angestellten und Mitglieder, nicht für sie günstigere Bedingungen als die in diesem Vertrag gewährten zu fordern." (§ 3)

*

„Die vertragschließenden Verbände verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen zu verhindern." (§ 10)

*

Der Stundenlohn einer Landarbeiterin, die keinerlei Deputat erhält, beträgt laut Tarif 17 Pfennig.

*

Ein Kommentar würde die Wirkung der angeführten Auszüge nur abschwächen. Diesen Vertrag haben die an der Spitze des Landarbeiterverbandes stehenden Sozialdemokraten abgeschlossen. Dieselben Sozialdemokraten fordern die Landarbeiter auf, sie in den Reichs- und Landtag zu wählen.

Pfeift ihnen etwas, Landarbeiterinnen und Landarbeiter! Wählt nur Kommunisten!

Schlesischer Schilbürgerstreich

Brave Breslauer Spießbürger, die sonst ehrbar Heringe verkaufen oder in staubigen Amtsstuben Formulare mit Tinte bedecken, hatten nun endlich wieder einmal Gelegenheit, jedem Mitmenschen auf der Straße, in der Elektrischen und besonders in den Bedürfnisanstalten mit einem Wortschwall zu demonstrieren, daß wir Deutsche eben doch an der Spitze marschieren. All diese biederen Steuerzahler waren durch den mißglückten Selbstmordversuch zweier deutscher Flugzeugchauffeure, der von der bürgerlichen Presse als Großtat deutschen Geistes aufrisiert wurde, in einen vaterländischen Verzückungszustand geraten, von dem sie sich bis heute noch nicht wieder erholt haben. Man muß allerdings als nüchterne Beobachter in diesem Falle der deutschen Untertanenseele mildernde Umstände zubilligen, war doch dieser ganze Ozeanflug-Rummel mit einem Raffinement aufgezogen, das dem routiniertesten Reklamefachmann alle Ehre machen würde. Kein Wunder also, daß diesem Ansturm gefühlvoll verzuckerter Stimmungsfeuilletons das durch Generalanzeigerlektüre und Courts-Mahlerladen mit verlogener Sentimentalität verseuchte blonde Spießergemüt erlegen ist. Die Beichte des sich beharrlich Hauptmann nennenden Chauffeurs Köhl ist angesichts der Sinnlosigkeit des Wagnisses doch nach streng kirchlicher Auffassung eigentlich eine fundamentale „Gottes"lästerung; die feudale Monokelvisage des Passagiers Hünefeld; die schwarzweißroten Farben, unter denen man flog; der über dem holländischen Städtchen Doorn zu Ehren eines prominenten Holzsägers abgeworfene Kranz: das alles waren Momente, mit denen die gerissenen Bürgerschmolz ihr Lesepublikum an der empfindlichsten Stelle kitzelten, der vaterländischen Seele nämlich, die zwar seit dem Verfassungsschwur des Herrn von Hindenburg einen dünnen republikanischen Lack erhalten hat, im übrigen aber in patriotischer Hinsicht genau so verzückungsfähig ist, wie in vorrepublikanischen Zeiten. Nach dem Ausspruch des vor einem Jahrzehnt nach Holland geflüchteten Erfinders der deutschen Marine, jenes phantasiebegabten Komödianten, der sich selbst zum „Admiral des Atlantik" ernannte, lag unsere Zukunft damals auf dem Wasser. Inzwischen hat die Lufthansa und der Propagandafachmann Hünefeld vom Norddeutschen Lloyd herausgefunden, daß sie in der Luft liegt. Det is der janze Unterschied. Der deutsche Untertan aber ruft bei den arrangierten Gelegenheiten sein „Hurra", damals wie heute. Es hat sich in dieser Beziehung gar nichts geändert. Werfen wir doch nur einmal einen Blick in unsere garantiert republikanische Presse und wir sehen, daß sie kein heißeres Bestreben kennt, als das Heil-Gebrüll der chauvinistischen Journaille noch zu übertönen. Die „Volkswacht" bemühte sich zwar, den patriotischen Schlammflüssen mit einer gewissen Sachlichkeit zu begegnen, aber dieses Bemühen wurde illusorisch gemacht durch ein an den Chauffeur Köhl gerichtetes Jubeltelegramm ihres Mitarbeiters Paul Löbe. Es mag ja sein, daß der durch die Auflösung seines Instituts arbeitslos gewordene Reichstagspräsident ein vaterländisch empfindender Mann ist, der die durch den Ozeanflug erzeugten Wallungen seines Innenlebens mit dieser Depesche abreagieren wollte — das berechtigte ihn aber keineswegs zu der Arroganz, Herrn Köhl zu labeln, sein Flug ehre das ganze deutsche Volk. Paul Löbe möge sich vergegenwärtigen, daß das wirkliche „Volk" den nationalistischen Ozeanflugrummel ablehnt und daß gerade dieser ehrliche Abscheu das Volk ehrt. Das Volk, Herr Löbe, dem Sie sich scheinbar durch die Veranstaltung von parlamentarischen Bierabenden und Amanullahfrühstücken entfremdet haben, weiß sehr wohl, daß der Ozeanflug ein mit patriotischen Mätzchen garniertes kapitalistisches Unternehmen ist, für welches sich der um neue Profitquellen besorgte Norddeutsche Lloyd einen Chauffeur und einen Reklamechef, eben die Herren Köhl und Hünefeld, engagierte. Warum gerade diese gegen Entlohnung ausgeführte Arbeitsleistung besonders „ruhm- . . . ehrenvoll" sein soll, ist nicht recht klar. Risiko und Lebensgefahr bestehen doch schließlich in gleicher Weise bei anderen Berufen, das offenbart uns mit erschreckender Deutlichkeit die Tatsache, daß erst am letzten Dienstag wieder vier Kumpels auf der Karsten-Zentrum-Grube bei Beuthen umgekommen sind. Für diese Form des Heldentums haben freilich die bürgerlichen Preß-Sudelköche kein Verständnis, so etwas tun sie mit so dürftigen Zeilen ab.

In der Redaktion der „Volkswacht" ist eine Panik ausgebrochen, weil irgend ein Spaßvogel am Fränkelplatz das Gerücht ausgestreut hat, die bösen Kommunisten würden am Wahltage ein Plakat herumtragen, welches den schlesischen Spitzensozialdemokraten Löbe Arm in Arm mit der vollgefrühstückten Königin von Afghanistan zeigt. Obwohl bei uns von einem derartigen Plan bisher nicht die Rede war, muß doch gefragt werden, was dem afghanischen Beinahe-Herzog und seinen getreuen Schildknappen an dieser eventuellen Darstellung eines wahren Vorgangs so verrucht dünkt?! — Um die Massen lachen zu machen, hätten wir nicht erst nötig, Karikaturen von Paul Löbe herumzutragen. Die Sozialdemokratie kariert nämlich ihren Favoriten selber, wie ein Einladungszettel des sozialdemokratischen Ortsvereins Strehlen zu einer Löbe-Versammlung vom 19. d. M. zeigt. Am oberen Rande dieser Einladung prangt zweimal der Ruf „Halloh!" und dazwischen steht mit einladenden Handbewegungen ein Männlein in clownhafter Kostümierung. Dadurch erhält der gelbe Zettel eine so heitere Note, daß man wähnt, es handle sich um die Einladung zu einem Kasperle-Theater. Schließlich ist es ja wirklich Kasperle-Theater, wenn die Sozialdemokratie momentan wüst gegen Zentrum und Volkspartei loszieht, mit denen sie doch morgen wieder zusammen an einem Tisch sitzen und kuhhandeln wird! Wie es scheint, haben die Strehlener das richtig erfaßt!

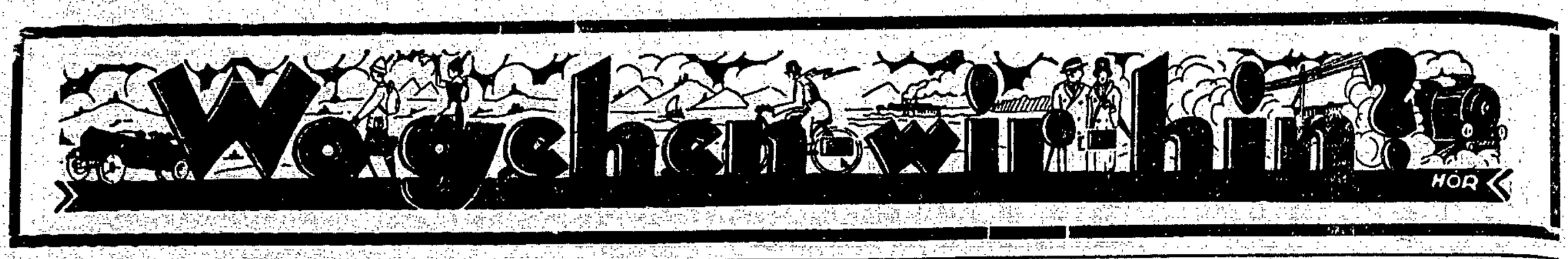
*

In der frommen „Schlesischen Volkszeitung" vom 19. d. M. steht folgendes Inserat:

Wer hilft einem armen Teufel zum Studium? Zuschr. erbeten unter F. 225 Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Da schlage doch einer lang hin! Jetzt haben die Teufel schon die strengreligiöse Zentrumsvon der Hummerei zu ihrem Publikationsorgan erkoren! Was sagt der Fürstbischof dazu?! Er sollte schleunigst seine famose „Katholische Aktion" zusammentrommeln und den Teufel auf der Hummerei austreiben, ehe es zu spät ist. Denn solche studierlustigen Teufel sind erfahrungsgemäß besonders gefährlich.

Pamuchs.



Verlangen Sie überall Namslauer Bier

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 21. 4. bis Freitag, den 27. 4. außer Montag, den 23. 4. täglich 20 Uhr
Zum 1. Male
Toboggan
Drama von Gerhard Menzel
Montag, den 23. 4. 20 Uhr
Candida
Sonnabend, den 28. 4. 20 Uhr
Uraufführung:
Arm wie eine Kirchenmaus
Lustspiel v. Ladislaus Fodor

Sonntag, den 22. 4. 15½ Uhr zu kleinen Preisen
„Das Kamel geht durch das Nadelöhr"

Thalia-Theater
Sonnabend, den 21. 4. bis Sonnabend, den 28. 4. täglich 20 Uhr
Schwarz und Weiß
Sonntag, den 22. 4. 15½ Uhr
„Der Hexer"

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Tel. Stephan 36300
Täglich 20 Uhr
Lady X
Sonntag 15.30 Uhr
Der Zarewitsch

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Sonnabend, 20 Uhr
Gastspiel
Barbara Kemp / Max von Schilling
Mona Lisa
Sonntag, 11 Uhr
Geschlossene Veranstaltung
Sonntag, 20 Uhr
Die Bohème

„Lindenpark" – Grüneiche
bietet einen angenehmen Aufenthalt bei bester Verpflegung
Sonntag und Mittwoch Tanz

Henkners Festsäle
Morgenau
Jeden Sonntag:
Großer Gesellschafts-Tanz
Neue Kapelle / Verstärkt. Orchester
Anerkannt gute Küche / Gut gepflegte Biere / Großer schattiger Garten

Störungs-Versuche bei dem **Revue-Bild** „Der unbekannte Soldat" haben keinen Zweck
das Bild bleibt nach wie vor im Spielplan der **Henry Bender-Revue „Jupiter schaffrennt"**
Victoria-Theater Rg. 229
Täglich 8¼ Uhr

Möbel
zu bill. Preisen auf bequemste **Teilzahlung**
Gegründet 1893
Hübner
Breslau
Reuschestr. 2

Zoologischer Garten
Dienstag – Donnerstag – Sonntag:
Konzert
Anfang 4 Uhr — Anfang 4 Uhr

Familien-Lokal „Hotjäger"
Weidendamm 34/36
Haltestelle der Linie 4, Bootshäuser
Sonntag: Familientanz
Für gute Küche und Getränke ist bestens gesorgt

Carl Bräuers Festsäle
Gabitzstrasse 22
Inh. Paul Gräser
Heute Sonntag
Grosser Gesellschafts-Ball
Mittwoch
Verkehrter Ball
5 Prämiierungen

„Zentral-Ballsaal", Westendstr.
Mittwoch, den 25. April 1928, abends 8 Uhr
Mandolinen-Konzert
der „Freien-Mandolinen- u. Gitarren-Vereinigung" mit ihren Kindergruppen
Eintrittspreis pro Person 40 Pf. inkl. Steuer

Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte"
Inh.: **Hermann Wittke** Telephon 6127
Breslau 16, Am Zimpeler Weg
5 Minuten von der Straßenbahnlinie 1
Angenehmer Aufenthalt.
für Familien besonders geeignet
Gute Verpflegung. Ausschank von Haasbier
Saal zur Abhaltung von Festlichkeiten den Vereinen bestens empfohlen

Konzerthaus Kroker
Weidendamm
Herrliches Familienlokal an der Oder
Jed. Mittwoch, Freitag u. Sonntag
Konzert

Hopf & Görcke
Gräbschener Str. 191 (Depot)
Jeden Sonntag u. Dienstag
vornehmer Tanz

„Schweizerhof" Morgenau
Touren- u. Schleifentanz
Eintritt frei
Saal an Vereine noch abzugeben

Achtung! Achtung!
Wo ist der schönste Aufenthalt f. Arbeiter?
Bei
Richard Kirsch, Steinstraße, Ende Hubenstr.
Im schönen schattigen Garten
Jeden Sonntag Frei-Konzert
Riesen-Eisbeinessen. Gute Getränke
Belustigungen für jung und alt.
Es ladet ergebenst ein **Der Besitzer**

Tanz-Kristall-Parkett
Eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges
Neue Kapelle **Original-Los-Orios** Neue Kapelle
Salon-Jazz-Tanz-Kapelle

Lunapark
Morgen Sonntag
Hochbetrieb im Vergnügungspark
den Gärten u. Sälen

Brauerei und Ausschank
Zum großen Meerschiff
Inhaber Erich Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. v. Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12—3 Uhr

Gaststätten Gebrüder Wolff in allen Stadtteilen

Beerdigungsanstalt
C. Heymann
Bestattungs-Versicherung
Ueberführung
und Feuerbestattung
Kiskerstr. 87. Zweiggeschäft Gräbschener Str. 67. — Tel. Ring 170

Molkerei Klein-Mochbern
Inh.: Reinhold Gotthardt
Groß- u. Kleinhandel, Hauptgeschäft: Förstrstr.
Tiefgekühlte, haltbare Vollmilch
Eier, Butter, Käse

Beste deutsche Bezugsquelle! **billige böhmische Bettfedern!**
1 Pfd. graue, gefüllte Mk. 0.80 u. 1.–, halbw. Mk. 1.2., weiße, flaum Mk. 2.–, 2.50 u. 3.–, Herrenhemdenfeder Mk. 4.–, bester Halbflaum Mk. 5.– u. 6.–, ungefüllt Daun, Bettfedern Mark 2.80, 2.80 u. 3.25, Flaumengl. Mk. 3.80 u. 4.20, Bettcretonnetz Mk. 7.–, bedruckt Mk. 10.–, zollfrei gegen Nachnahme von 10 Pfund an portofrei.
Nichtgefallendes gegen Geld zurück. Zentralversand Friedland Bezirk Liberec.
Rudolf Blahut
Bettfedernfabrik,
Deichselstr. 67/4 (Böhmerwald)

wissen wohl schon, daß man bei uns gut und billig kauft, da

keinen Laden, sondern nur ein Etagengeschäft haben!

Unser Schlager

Hellbraun. Damen-Spangenschuh 11.90,	**10.90**
Lack-Damen-Spangenschuhe 10.90,	**9.90**
Herren-Halbschuhe in braun, schwarz, Lack u. Lack 13.50,	**11.50**
Herren-Halbschuhe Wildleder mit Lack	**15.90**

Otto Lipinski
OHLAUERSTR. 29 1 TR.
neben Wirtshaus Ohlauerstraße
KEIN LADEN!

Fahrräder
Triumph, Adler, Corona Hudissa u. a.
auf Teilzahlung
schon bei 10.– Mk Anzahlung und 2.– Mk. wöchentl. Abzahlung an
Ersatz u. Zubehör billigst
Karl Borst jr.
Siemauer Str. 12a
Bitte genau auf meine Adresse zu achten!

Durchaus perfekte Stenotypistin
zum sofortigen Antritt gesucht
Angebote unter „Sekretariat" an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 3/9

Trinken Sie
Selter-Limonaden
Willner-Weissbier
von **B. Czaya, Breslau**
Eichenparkstr. 38/40

Färberei Felix, Breslau 24
Gräbschener Str. 249 51 Fernr. Steph. 30934
färbt, wäscht, reinigt alles!
Läden u. Annahmestellen in allen Stadtteilen
Vorzeiger dieses Inserats 5 Proz. Rabatt

Kappel-Schreibmaschinen
und eigene Reparaturwerkstatt
Max Arnoldt, Breslau 5
Museumplatz 9 Ohle 5459

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei Gutsche – überall empfohlen!
Albert Gutsche
Hauptgeschäft: Reuschestraße 29—31
Fil.: Gräbschener Str. 19-21, Moltkestraße 14, Bohrauer Str. 27, Poststr. 7
Bekannt als leistungsfähige Leder- und Schuhbedarfsartikel-Handlung Schlesiens

Ausschneiden! **Aufbewahren!**

Der Wahlkampf

(Sonderbeilage Nr. 2)

Herrliche Zeiten

Wir wollen heute eine kleine Bilanz ziehen von dem, was vor den letzten Reichstagswahlen den Werktätigen versprochen wurde — und was aus diesen „Versprechungen" geworden ist. **Senkung der Preise, Errichtung von Wohnhäusern, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Senkung der Steuern, Ausbau der Sozialgesetzgebung** — so wurde es Abend für Abend in Tausende von vollbesetzten Versammlungssälen gedonnert, prangte es auf allen Wahlplakaten an den Mauerwänden und wurde es schwarz auf weiß verewigt durch Millionen von Flugblättern in alle Heimstätten getragen. Nichts ist in Erfüllung gegangen: die Aera des Bürgerblocks mit der Hilfsstellung der Sozialdemokratie hat vielmehr das furchtbare Elend der Werktätigen ins Ungemessene gesteigert.

*

Wir wollen darüber Tatsachen reden lassen. Zuerst ein Vergleich der Preise wichtigster Lebensmittel. Es kosteten im Reichsdurchschnitt:

	z. Z. der Wahlen von 1924	Frühjahr 1928	Steigerung in Prozent
	Pfennige:		
Roggenbrot (Kilo)	28	48	70
Rindfleisch (Kilo)	200	280	40
Naturbutter (Kilo)	370	440	18
Leberwurst (Kilo)	240	300	25
Vollmilch (Liter)	28	30	7
Hühnereier (Stück)	10	14	40

Rechnen wir diese einzelnen Prozentsätze zusammen und ermitteln den Durchschnitt, dann kommen wir auf eine allgemeine Preissteigerung von nicht weniger als 33⅓ Prozent.

Das also ist in Wirklichkeit das Ergebnis jenes unerhörten Schwindels von der Senkung der Preise. Die Massensteuern — Bier und Tabak — sind erhöht worden, ebenso die Zölle für Kartoffeln, Weizenmehl, Schweinefleisch und Zucker, die Portotarife und Telephongebühren ungemein gesteigert, der Reichsbankdiskont wurde heraufgesetzt, alle diese **Wuchermaßnahmen zugunsten des verbündeten Trust- und Agrarkapitals** haben in ihrer Auswirkung die Kleinhandelspreise in den Jahren der Bürgerblockära um mehr als ein Drittel in die Höhe getrieben, haben den Brotkorb der Werktätigen immer höher gehängt.

*

Aber die Auswucherung der Werktätigen durch die Erhöhung aller Lebensmittelpreise wird weit, weit in den Schatten gestellt durch die **sprunghafte Steigerung der Wohnungsmieten** von 1924 bis 1928. Wir wollen auch darüber Zahlen reden lassen. Die gesetzliche Wohnungsmiete betrug in Prozent der Friedensmiete (auch durchschnittlich):

	Januar—April	Oktober—Dez.
1924	32 Prozent	66 Prozent
1925	66 „	76 „
1926	84 „	100 „
1927	110 „	120 „

Bei den letzten Wahlen waren und heute sind alle Parteien demagogisch gegen eine Erhöhung der Wohnungsmieten. Aber wie 1924 ein Mietwucher einsetzte, wird auch nach den jetzigen Wahlen der Mietwucher sich weiter fortsetzen. Die Forderungen der Hausbesitzer gehen zunächst nach einer Miete von 160 Prozent (entsprechend dem sogenannten Lebenshaltungsindex), dann nach 200 Prozent (verbilligte Neubaumieten) und schließlich 300 bis 400 Prozent (Rentabilitätsmieten), **so daß die Werktätigen für eine erbärmliche Zweizimmerwohnung, die in Berlin vor dem Kriege 32 Mark kostete, nach dem Programm der Hausbesitzer nicht weniger als 128 Mark pro Monat bezahlen sollen!**

Während der letzten Periode des Bürgerblockreichstags erlebten die Werktätigen eine Steuererhöhung nach der anderen. Aber nur derjenigen Steuerarten, die sie selbst aufzubringen haben, die Steuerlasten der Besitzenden wurden fortgesetzt ermäßigt. So bietet sich auch auf dem Gebiete der Steuerpolitik eine erschreckende Bilanz. Es trugen zu den Steueraufkommen bei:

	Besitzende	Besitzlose
1913	52,2 %	47,8 %
1924	27,5 %	72,5 %
1926	22,8 %	77,2 %

Das sind die Ergebnisse neudeutscher Steuerpolitik in unserer demokratischen Politik!

Im August 1924 hat die Mehrheit des Reichstags, einschließlich der Sozialdemokratie, dem Dawespakt ihre Zustimmung erteilt. Damit war eine neue unerträgliche Milliardenlast auf Jahre hinaus den Werktätigen aufgebürdet. Denn es ist klar — und die Aera des Bürgerblocks hat es vollkommen bewiesen — daß die herrschende Bourgeoisie alle Lasten auf die arbeitenden Massen offen oder versteckt abwälzt. So beträgt die Mehrbelastung aus dem Dawesplan für jede Berliner Normalfamilie von vier Personen:

1924/25 = 22,80 Goldmark (360 Mill. Mk. insgesamt)
1925/26 = 77,40 Goldmark (1220 Mill. Mk. insgesamt)
1926/27 = 95,20 Goldmark (1500 Mill. Mk. insgesamt)
1927/28 = 111,— Goldmark (1750 Mill. Mk. insgesamt)
1928/29 = 158,80 Goldmark (2500 Mill. Mk. insgesamt)

Unmerklich wird an allen Ecken und Enden dieses Geld aus den Taschen der Werktätigen erpreßt. Das ist das wirkliche Bleigewicht der Milliarden, das der deutsche Imperialismus seinen Widersachern aufzuhängen gedachte.

*

Die einzige Partei, die unbeirrt und bei jeder Gelegenheit gegen diese schamlose Ausplünderung der arbeitenden Massen und gegen ihre weitere Verelendung gekämpft hat, ist die **Kommunistische Partei.** Die Sozialdemokratische Partei hat nach außen nur eine jämmerliche Scheinopposition betrieben, in den Dunkelkammern aller Gesetzfabriken hat sie dagegen eifrig mitgeholfen, den Werktätigen das Brot zu verteuern, die Mieten zu erhöhen und die Steuerlasten immer drückender zu gestalten. Diese Schuld kann die Sozialdemokratie nicht von sich abwälzen. Daran muß sich jeder Werktätige erinnern, wenn die SPD. wieder mit ihren uferlosen Versprechungen auf Stimmenfang geht. **Die Stimmen der Werktätigen gehören einzig und allein der Kommunistischen Partei.**

Fritz Wanderer.

Menschenmord ist Gottesdienst!

Der christliche Pfarrer Dr. Schettler schrieb im Jahre 1915 folgendes:

„Dem Soldaten ist das kalte Eisen in die Faust gegeben, und er soll es führen ohne Schwächlichkeit und Weichlichkeit. Der Soldat soll totschießen, soll dem Feind

das Bajonett in die Rippen bohren,

soll die sausende Klinge auf den Gegner schmettern, das ist seine heilige Pflicht, ja, das ist ein Gottesdienst. Kriegführen heißt Blutvergießen, und je ausgiebiger es geschieht, um so rascher werden unsere Feinde den Frieden suchen .... die Welt hat wieder einmal

eine Eisenkur nötig,

gebt ihr deutschen Stahl zu kosten ... Gott hat es zugelassen, daß diese Prüfung die Menschheit treffe. Ihr habt sie nicht zu verantworten ..."

Arbeiter! Denkt an diese Worte, wenn das Zentrum den Wahlkampf führt unter der Devise:

Die Religion ist in Gefahr

Die Volksbetrüger

II.

Die Demokratische Partei und das demokratische Kapital

Die sogenannte Deutsche Demokratische Partei ist eine der schwächsten bürgerlichen Parteien. Immerhin hat sie noch heute Einfluß in gewissen gelben Gewerkschaftskreisen (Hirsch-Duncker) und vor allem unter den Angestellten (GDA.). Diese Tatsache sowie der Umstand, daß die Demokratische Partei häufig als die einzige „kapitalreine" und sozialgerichtete „ehrliche" bürgerliche Partei angesehen wird, gibt der Arbeiterschaft Veranlassung, angesichts der Wahlen einmal den Blick hinter die Kulissen auch dieser Partei zu werfen.

Die Demokratische Partei ist in ihrem Wesen, ihren Zielen und ihrer Führerschaft natürlich genau so kapitalistisch, wie die übrigen bürgerlichen Parteien. Soweit es einen Unterschied gibt, besteht er darin, daß die Zusammensetzung der Kapitalgruppen, die hinter dieser Partei stehen, anders ist als es bei den Rechtsparteien, einschließlich Zentrum, der Fall ist. Liegt die Herrschaft über die drei Rechtsparteien in erster Linie bei den Rohstoffkapitalisten („protestantische" Schwerindustrie hinter den Deutschnationalen und der Volkspartei, „katholische" Schwerindustrielle Klöckner, Thyssen und Otto Wolff hinter dem Zentrum), so liegt sie im Falle der Demokratischen Partei bei der verarbeitenden Industrie und den Banken. Ja, noch mehr: Der innere kapitalistische Gegensatz zwischen den Rohstoffmonopolisten (Kohle und Eisen) einerseits und der Fertigindustrie andererseits bildet die eigentliche ökonomische Grundlage für die politische Konkurrenz zwischen den Rechtsparteien und der bürgerlichen Linken. Nicht um Republik oder Monarchie, schwarzweißrot oder schwarzrotgold handelt es sich, sondern darum, daß die stärker organisierten und konzentrierten Rohstoffkonzerne bestrebt sind, die vielen kleinen Verarbeiter ihrer Produkte, die Kapitalisten kleinen Formats, zu erdrücken und ihren Profit sich selbst anzueignen. Wenn zum Beispiel zwischen der „Rechten" und der „Linken" im Reichstag um die Zollfrage gekämpft wird, so handelt es sich nicht um die Prinzipien des „Schutzes der heimischen Arbeit" und des „Freihandels", sondern einfach darum, daß die Ruhrkonzerne den Schutzzoll brauchen, um der verarbeitenden Industrie durch hochgetriebenen Eisenpreis den Profit wegzuschnappen, worauf die verarbeitenden Konzerne die Fahne der Demokratie erheben und die „Weimarer Koalition" ins Treffen schicken. Findet dann zwischen den beiden Kapitalistengruppen eine private Verständigung statt (wie das vor kurzem zwischen dem Stahltrust und der „Avi", der Arbeitsgemeinschaft der Verarbeitenden Industrie, betreffs des Eisenpreises geschah — beide verständigten sich auf Kosten des Konsumenten, des Volkes) — dann legen sich auch im Reichstag die Wogen, die Rechten paktieren mit den Demokraten und der Bürgerblock, die Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse, ist wieder „intakt". Der ganze politische Streit zwischen „rechts" und „links" im Lager der Bourgeoisie ist also nur ein Mittel zur Austragung der Profiteifersüchteleien zwischen den einzelnen privatkapitalistischen Konkurrenzgruppen.

Die Vorherrschaft der Fertigindustrie und der Banken in der Demokratischen Partei drückt sich vor allem in deren politischer Führung aus. Fast auf jeder Wahlliste der Partei in den einzelnen Bezirken finden sich an erster Stelle Namen von Fabrikbesitzern, die aus irgendeinem geschäftlichen Grunde gegen ihre Materiallieferanten, die großen Rohstoffkonzerne, eingestellt sind. Einer der bekanntesten Führer und Geldgeber der Demokratischen Partei in Süddeutschland ist zum Beispiel der Stuttgarter Unternehmer Robert Bosch, ein Karosseriefabrikant; seine Dividenden werden durch die Verteuerung des Automobilstahls zugunsten des Walzwerksverbandes geschmälert und er braucht einen demokratischen Reichswirtschaftsminister, um die Schwerindustrie, deren Mann der heutige volksparteiliche Minister Curtius ist, zurückzuwerfen. Die Maschinenfabrikanten denken und handeln nicht anders; auch für sie ist die Demokratische Partei nur ein Werkzeug, um ans Staatsruder zu gelangen und von dort aus gegen die Konkurrenten mittels einer Zoll-, Handelsvertrags-, Preis- und Kartellpolitik vorzugehen. Dabei bedeutet eine demokratische Regierung gar nicht, daß Rohstoffpreise heruntergeschraubt werden; sie bedeutet nur, daß die Rohstoffproduzenten zu privaten Konzessionen an die Verarbeiter bereit sein werden und daß das Ganze sich dann in einer Steigerung der Fertigwarenpreise auswirken wird, die beide Gruppen zufriedenstellt und nur das Verbraucherpublikum schädigt.

Nicht allein kleine Fabrikanten, auch große verarbeitende Konzerne, die dem Produktions- und Kapitalumfang nach der Schwerindustrie fast ebenbürtig sind, orientieren sich daher mit Vorliebe „demokratisch". So ist es bekannt, daß der Schatzmeister und führende Wirtschaftspolitiker der Demokratischen Partei, das Vorstandsmitglied Dr. Hermann Fischer, ein Aufsichtsrat des Elektrokonzerns AEG. ist; sein Chef, Felix Deutsch, ist ebenfalls ein guter Demokrat, Siemens war es bis vor kurzem gleichfalls. Von diesen beiden Elektrodemokraten ging die letzte brutale Metallarbeiteraussperrung in Berlin aus. Dr. Hermann Fischer ist Leiter des Hansabundes, der Spitzenvertretung der verarbeitenden Industrie und sitzt zugleich bei einer Großbank, der Disconto-Gesellschaft, die ihn nach dem Kriege speziell zur öffentlichen politischen Betätigung in ihrem Interesse abgeordnet hat. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Dr. Erich Koch-Weser, sitzt gleichfalls bei einer Elektrofirma, dem Bergmann-Konzern. Der süddeutsche Demokratenführer und ehemalige badische Staatspräsident Professor Hummel ist Aufsichtsrat der IG.-Farbenindustrie, die in der Kapitalmacht dem Ruhrtrust nicht nachsteht. Der Chemietrust übt auch den stärksten Einfluß auf die demokratische Presse aus, indem er gemeinsame Geschäfte mit den Berliner Zeitungskönigen Ullstein macht (gemeinsame Beteiligung an der Filmgesellschaft Terra). Der ehemalige demokratische Vizekanzler Schiffer ist heute bei allen Geschäften des tschechischen Großschiebers und Braunkohlenmagnaten Petschek beteiligt, der bei dem vorjährigen Angriff des Braunkohlenkapitals gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft seine Hände führend im Spiel hatte. Der verstorbene Reichsinnenminister und „Schöpfer der Weimarer Verfassung", Dr. Hugo Preuß, war der Berliner Filialdirektor des österreichischen Finanzmannes Bosel, des Freundes der sozialdemokratischen Führer in Wien und des Wiener Polizeipräsidenten Schober, der das vorjährige Juli-Blutbad unter dem Wiener Proletariat organisiert hat. Der frühere demokratische Reichsfinanzminister Dr. Reinhold wurde nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in einen industriellen Aufsichtsrat nach dem andern gewählt. Der ehemalige demokratische Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm ist heute Geschäftsführer des „Industrie- und Handelstages", der Zentrale des Handelskapitals.

So geht es weiter — jeder Demokratenhäuptling ein Kapitalkerl. Und diese Partei ist seit Jahren die liebste Freundin der Sozialdemokratie.

Sozialdemokrat Braun kündigt große Koalition an

„Zum Besten unseres preußischen Vaterlandes ..."

Otto Braun, preußischer Ministerpräsident, ist von der SPD. als Reichstagsspitzenkandidat aufgestellt worden. In der neuesten linkssozialistischen Zeitschrift „Der Klassenkampf" schreibt der Sozialdemokrat Laugkavel, Hamburg, über seinen Genossen Braun:

„Sie (die sozialdemokratischen Führer! Die Red.) fürchten aber noch viel mehr, die Opposition könnte wirklich ernst werden und nach einem glänzenden Wahlausfall mit Stimmen- und Mandatszuwachs die Koalitionsverhandlungen erschweren. Denn höher als die Opposition steht ihnen die Koalition. Die Opposition ist ihnen nur ein Mittel zur Erlangung der Koalition, einer Koalition, in der die Sozialdemokratie möglichst viele Ministerstellen, „Machtpositionen" genannt, erhält.... Und der Genosse Ministerpräsident Braun nahm Entscheidungen der Parteiinstanzen vorweg, als er im Preußischen Abgeordnetenhause ... sagte: „Wenn sich nach der Wahl die Herren von der Deutschen Volkspartei aus dem oppositionellen Schmollwinkel ... wieder herausbemühen, und mit uns gemeinsam arbeiten, dann, glaube ich, werden wir vielleicht noch mehr Positives zum Besten unseres preußischen Vaterlandes leisten können." (Lebhafter Beifall links.) Genosse Braun wünscht also nach den Wahlen die Koalition der Deutschen Volkspartei, der Partei des Scharfmachertums, mit der Sozialdemokratie „zum Besten des Vaterlandes", worunter die Männer der Deutschen Volkspartei ihr und nicht der Arbeiter Bestes verstehen. Und diese Ausführungen finden lebhaften Beifall links!!"

*

Diese Ausführungen macht ein Sozialdemokrat. Brauchen wir [illegible] sozialdemokratischen Arbeitern noch zu sagen, daß ihr eure [illegible]mmzettel für die Große Koalition abgebt, wenn ihr SP[illegible]lt? Ist es auch eure Ansicht, daß ihr im Bunde mit den [illegible]parteilichen Eisenkönigen und Schlotbaronen den Achtstundentag und die Siebenstundenschicht **bekommt?**

MENSCH UND ENERGIE

TECHNISCHE BEILAGE DER KOMMUNISTISCHEN TAGESPRESSE

2. Jahrg. • Nummer 8

Bearbeitet von der Sozialistischen Studentengruppe der Techn. Hochschule Hannover

Nachdruck sämtl. Artikel verboten

Was geht in einem Lager vor sich?

Ich will versuchen, in nachfolgendem Aufsatz eine ungefähre Vorstellung von den Vorgängen zu geben, die sich abspielen, wenn eine Welle (etwa die Achse eines Eisenbahnwagens) sich in ihrem Lager dreht. Bei dieser Drehung muß Reibung auftreten, die, wie überall, einen direkten Verlust an vorhandener Energie bedeutet, denn Reibung ist ja nichts anderes als eine Form von Energie, die man nicht benutzen kann. Die auftretende Reibung setzt sich im allgemeinen in Wärme um und erhitzt das Lager, was dem Material nicht gut zu sein pflegt. Man erkennt: Sowohl der unvermeidliche Energieverlust wie auch die Erwärmung sind Dinge, die man so klein wie möglich halten muß; man muß also dafür sorgen, daß die Reibung so klein wie möglich ausfällt. Das normale Mittel zur Vermeidung der Reibung ist das „Schmieren" des Lagers mit Oel. Würde man das Lager nicht schmieren, so reiben sich die Metallflächen der Achse und des Lagers direkt aneinander, die Reibung ist sehr groß; schmiert man dagegen, so setzt sich das Oel zwischen Lager und Achse, wird infolge

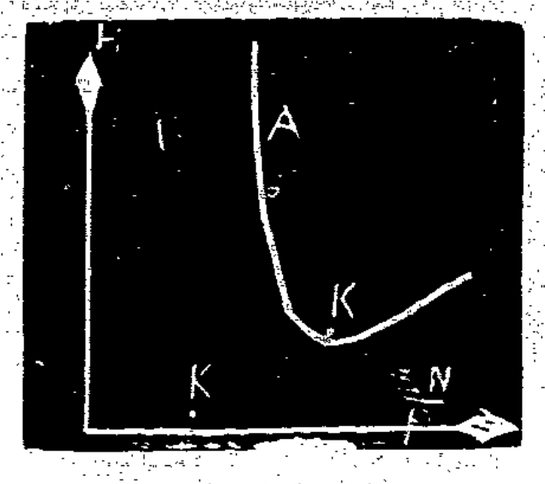


Abb. 1.

der Wärme ziemlich flüssig und bildet so ein „Flüssigkeitspolster", die Achse „schwimmt" gewissermaßen im Lager. Voraussetzung dazu ist natürlich, daß die Achse nicht genau eingepaßt ist, sondern etwas Spiel hat. Ferner ist Voraussetzung, daß die Achse sich schnell genug dreht, damit das Oel keine Zeit hat, seitlich auszuweichen und die Metallflächen direkt zur Berührung zu bringen.

Es mag auf den ersten Blick verwunderlich erscheinen, daß die Achse in ihrem Lager schwimmen soll, tatsächlich ist es aber so, wie man auch durch zahlreiche Versuche festgestellt hat. Daß die Verluste hierbei wesentlich geringer sind als bei direkter Reibung, ist wohl selbstverständlich, der Reibungsvorgang ist gänzlich in das Innere des Oelpolsters verlegt, er besteht nur noch in der Reibung der einzelnen Flüssigkeitstropfen aneinander. Die Reibung ist jetzt also praktisch nur mehr abhängig von der Dicke des Oelpolsters. Dies wird um so dicker sein, je „zäher" das Oel ist, je größer die Drehzahl des Zapfens ist und je kleiner der Druck ist, der von außen auf der Achse ruht. Man sagt, die Reibung muß abhängig von einer Größe $\frac{z \cdot n}{p}$ wo z eben die Zähigkeit des Oeles, n die Drehzahl und p den Druck bedeutet. Je größer dieser Ausdruck ist, um so dicker ist das Oelpolster, um so geringer die Reibung, und umgekehrt wird bei kleiner werdendem Ausdruck das Oelpolster dünner, bis es schließlich reißt und damit die Reibung eine „trockene" Reibung wird, d. h. eine Reibung von Metall

Abb. 2.

auf Metall. In Figur 1 ist die Reibung in Abhängigkeit des eben erklärten Ausdrucks $\frac{z \cdot n}{p}$ dargestellt. Im Gebiet der flüssigen Reibung, also bei großen $\frac{z \cdot n}{p}$ d. h. rechts von K in Abt 1, trennt das Oelpolster die Metallflächen soweit, daß sie mit ihren auch bei bester Bearbeitung noch vorhandenen Unebenheiten nicht miteinander in Berührung kommen. Links von K steigt dann infolge der auftretenden trockenen Reibung die Größe der Reibung wieder stark an.

Was muß man nach Vorstehendem nun von einem idealen Schmiermittel verlangen können? Es muß ein Oelpolster bilden, das große Beständigkeit hat, das auch bei großer Dünnheit infolge mechanischer Einwirkungen noch nicht reißt. Und die Bedingungen dafür liegen um so günstiger, je größer das Ausbreitungsvermögen, die Benetzungsfähigkeit der Flüssigkeit und je größer ihre Haftfestigkeit an der benetzten Fläche ist. Von der Größe nur dieser Eigenschaften hängt die Widerstandskraft des Oelpolsters gegen mechanische Einwirkungen ab, die ihn zu zerreißen, hinauszuschieben oder wegzudrücken suchen. Ein Schmiermittel läßt sich also treffend nach der Lage des „kritischen Punktes" (K) in obiger Darstellung beurteilen. Die Kurve z läßt also auf weitaus günstigere Schmiereigenschaften schließen. Und so ist es auch. Ein Zusatz von nur 0,1 bis 0,3 Prozent Kolloidgraphit zum Schmiermittel genügt dazu. Zunächst, warum Kolloidgraphit? — Ein Stoff in „kolloidaler" (d. h. feinstverteilter) Form verliert gewissermaßen seine Schwere, kann sich unter Umständen jahrelang in der Schwebe halten. Das ist der Grund. Der Graphit soll gewissermaßen immer in Alarmbereitschaft, in Bewegung sein, sich nur dort „einsetzen", wo es nötig ist, wo etwas auszugleichen ist. In den vorgenannten Unebenheiten der Metallflächen setzen sie sich ab (Abb. 2), Schuppe auf Schuppe, bis sie einen ausgeglichenen Ueberzug gebildet haben (Abb. 3). Tritt dann einmal eine Ueberlastung des Lagers ein, zerreißt das Oelpolster, so tritt zwar trockene Reibung auf, aber nicht mehr die große Metall auf Metall, sondern eine viel kleinere von Graphit auf Graphit. Etwas Aehnliches tritt auch schon auf, wenn der Graphit noch keine Zeit gehabt hat, sich in den Unebenheiten festzusetzen. Fangen nämlich die Unebenheiten der beiden Gleitflächen (wegen Ueberlastung zum Beispiel) an, in Eingriff zu kommen, so halten sie in den jetzt sehr engen Spalten die Graphitteilchen fest, mahlen auf dem Graphit (Abb. 2). Die Reibung ist wieder in eine Zwischenschicht verlegt, sie arbeitet im Graphit. So liegen die Verhältnisse bei und nach Ueberschreiten des kritischen Punktes. Und vorher, im Gebiet der flüssigen Reibung? Da zeigt sich eine Vergrößerung der Benetzungsfähigkeit und der Haftfestigkeit der Schmieröle. Sieben- bis zehnmal so groß sind diese Eigenschaften bei graphitierten Flächen wie an blanken Metallflächen (Kupfer zum Beispiel) bei Verwendung guter Schmieröle. Bei schlechten Oelen ist diese Verbesserung noch auffallender. Sie geht soweit, daß die Schmiergüte aller Oele dadurch auf nahezu gleiches Niveau gebracht wird. Man könnte nun meinen, die Zähigkeit des Oeles würde durch die Graphitzugabe erhöht und damit die Lagerreibung bei normalem Betrieb, im Gebiet der flüssigen Reibung. Das ist nicht der Fall. Die Zähigkeit nimmt bei den normalen Graphitzusätzen von 0,1 bis 0,3 Prozent nur um 0,2 Prozent zu, ist also so gut wie unbeeinflußt.

Abb. 3.

Fassen wir die praktischen Auswirkungen eines Zusatzes von Kolloidgraphit zu Schmieröl zusammen, so ergibt sich folgendes: Man kann bei sonst gleichbleibenden Schmierverhältnissen die Lagerbelastungen bedeutend vergrößern (um etwa 80 Prozent), ohne ein Abreißen des Oelpolsters mit seinen unangenehmen Folgen befürchten zu müssen. Für die immer ungenauer werdenden Maschinenausmaße besonders der elektrotechnischen Industrie also gerade das, was sie sucht.

Man kann ferner dünnflüssigere und minderwertigere Oele verwenden, kann zudem auch noch die Schmierölmenge kleiner halten, d. h. man kann ganz wesentlich an der Schmierung sparen, ohne die Betriebssicherheit dadurch zu gefährden. Und dies alles durch ein so einfaches Mittel. Mir scheint, die „Steinlager" und ähnliche, an den Haaren herbeigezogene Konstruktionen treten damit in das Stadium der Museumswerte ein.

„Bauer."

Giftgas und Zivilbevölkerung

„Vor ganz kurzer Zeit ist in Brüssel eine internationale Konferenz zusammengetreten, um über den Schutz der Zivilbevölkerung im Kriege gegen das neue Mittel und die neue Art der Kriegführung (mit Giftgas gegen die Städte und Industriezentren vorzugehen) Grundsätzliches zu beraten. Auch das Rote Kreuz soll zu diesen Beratungen herangezogen werden."

So konnte man kürzlich in manchen Zeitungen lesen, so glaubt man, die Zivilbevölkerung beruhigen zu können. Daß wir als Kommunisten von einer solchen Konferenz nicht allzu viel erwarten dürfen, ist nach der letzten Pleite des Völkerbundes in Genf wohl ohne weiteres klar. Denn mit zwei Möglichkeiten ist die Arbeitsweise einer solchen Konferenz erschöpft: entweder wird nach endlosen Debatten doch jeder Vorschlag zur durchgreifenden Aenderung und Sicherung abgelehnt, wie es jetzt in Genf bei den russischen Abrüstungsforderungen geschah, oder man faßt irgendwelche Beschlüsse, um sie im Ernst- und Kriegsfalle doch nicht durchzuführen. Hierfür ist das im Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 ausgesprochene Verbot von Giftgasen („die Splitterwirkung der Granate soll die Giftwirkung übertreffen") und Dum-Dum-Geschossen („Waffen und Geschosse „eigens um überflüssige Schmerzen zu verursachen") besonders lehrreich. Denn gerade hierbei haben wir während des letzten Krieges selbst gesehen, wie wirkungslos derlei Vorschriften sind.

Neben dieser grundsätzlichen Beurteilung der angeführten Konferenz interessiert uns aber ganz besonders die technische Seite der dort behandelten Fragen. Wir wollen von vornherein feststellen, daß nach dem jetzigen Stande der Technik ein wirklich sicherer Schutz der Zivilbevölkerung im Falle eines Gasangriffes nicht möglich ist.

Wir dürfen zwar überzeugt sein, daß die Rüstungsindustrien sich mit Begeisterung auf diesen neuen Zweig des Giftgasschutzes werfen werden, daß sie die „humane Gesinnung", die aus diesen Millionengewinnen spricht, mit großem Geschick in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse propagieren werden.

Aber — für ein Millionenvolk wirksame Gasmasken zu beschaffen und ständig gebrauchsfertig zu halten, ist unmöglich. Denn Zehntausende können die Gasmaske, unter der nur mit Erschwerung zu atmen ist, nicht vertragen. Kleine Kinder und Kranke kann man nicht unter Gasmasken setzen, nicht wahr? Da die Maske genau der Gesichtsform angepaßt sein muß, würden zudem die rasch wachsenden Minderjährigen alle paar Monate eine neue gebrauchen. Und endlich das Wichtigste: gegen die neuesten Reiz- und Giftgase gibt es noch kein wirksames Maskenfilter. Denn nur ein Universalfilter, mit Gewähr unbedingter Sicherheit bei allen Gasen, kann in Frage kommen. Wir wollen doch nicht glauben, daß jeder Mensch einen Kasten mit Spezialfiltern vorrätig halten und dann im Augenblick der Gefahr erst benachrichtigt werden muß, welches Gas der Feind anwendet.

Man ist daher auch schon von dem grotesken Gedanken der Gasmasken abgekommen und erwägt die Verwendung gasdichter unterirdischer Räume. Auch dieser Gedanke führt bei näherer Ueberlegung zu entscheidenden Schwierigkeiten. Eine einigermaßen sichere und starke Schutzwirkung wäre nur zu erwarten, wenn jedes Haus einen großen gassicheren Raum hätte. Leicht gesagt, aber . . . jeder dieser Räume ist ja eine Art riesiger Gasmaske, und die die Luft ein- und ausatmende menschliche Lunge muß durch einen Elektromotor von erheblicher Kraft ersetzt werden, der frische Luft durch ein Filter in den Raum zieht und verbrauchte ausstößt.

Denken wir uns nun einen Gasangriff, dann müssen sämtliche Elektromotoren in allen Häusern einer Großstadt gleichzeitig in Betrieb gesetzt werden. Man muß also ein großes Elektrizitätswerk schon im Frieden so bereit halten, daß es ausschließlich diesem Zwecke dient. Das allein wäre kein unüberwindbares Hindernis. Aber eine Störung durch einen feindlichen Agenten kurz vor dem Gasangriff oder eine Bombe in das Werk — und die ganze Stadt ist verloren.

Da eine Vergasung viele Stunden anhalten kann (besonders bei Verwendung von „Gelbkreuz"), muß auch ein Teil der Aborte und ein Raum für Lebensmittel mit in den Komplex der gassicheren Räume eingeschlossen werden — alles in allem wären bei der Mehrzahl aller Häuser erhebliche Umbauten erforderlich.

Ein anderer Plan spricht von gassicheren Kammern in jeder Wohnung. Das erfordert noch mehr bauliche Aenderungen und einen noch stärkeren Elektromotor für das ganze Haus.

Von den gassicheren Räumen auf der Straße — Kinos, Kirchen usw. kämen dafür in Frage — können nur diejenigen Vorteil haben, die sich im Augenblick des Angriffes unterwegs befinden. Das werden, da moderne Gasangriffe auf die Städte in der Regel in der Nacht stattfinden, nur Bruchteile der Bevölkerung sein. Man kann nicht damit rechnen, daß die Massen ihre Häuser verlassen und diese öffentlichen Sicherheitsräume aufsuchen. Sie würden auch zu spät kommen. Glaubt man wirklich, mit einzelnen Polizeileuten den Verkehr in diesen von einer panikerfüllten Menge gestürmten Sicherheitsräume in Ordnung halten zu können? Weiß man wirklich nicht, daß die vorwiegend als Reizgase verwendeten Mittel (wie „Blaukreuz") sich überall in nebelfeinen Tröpfchen absetzen und mit den Kleidern ebenso in Wohnungen und Sicherheitsräume verschleppt werden wie im Krieg in die Unterstände?

Man ist da auch immer noch sehr unmodern in seinen Berechnungen, wann ein solcher Angriff kommt. Das Wesen der neuzeitlichen Städtevergasung ist Ueberraschung, im Augenblick der Kriegserklärung, und man muß damit rechnen, daß schon Angriffe erfolgen, bevor die Bevölkerung von der Kriegserklärung etwas weiß.

Auf einen aktiven Schutz durch eigene Flieger darf man sich nicht verlassen. Da der Verteidiger nicht genau weiß, wohin der Angreifer fliegt, so wird er, wenn er die Verteidigungskräfte verteilt, überall rasch von den Kampfflugzeugen des Angreifers, der konzentriert vorgehen kann, geschlagen sein. Verteilt er sich aber nicht, so wird er einen Platz schützen können, bei Dutzenden aber zu spät kommen. Es ist daher mit Sicherheit vorauszusehen, daß man sich gegen die Städtevergasung mit Flugzeugen nicht schützen kann und daher versuchen wird, seinerseits die Städte des Feindes zu vergasen, daß also ein wüstes Wettmorden der Bevölkerung durch die beiderseitigen Vergaserluftflotten stattfinden wird.

Die Zeche wird das Volk zahlen, die Masse der Unbewaffneten, der Frauen und Kinder. Und je mehr sich das Volk einlullen läßt durch angebliche Sicherheitsmethoden, je mehr es guten Glaubens neue Milliarden für diese Art der Rüstung ausgibt, desto mehr wird es leiden, weil es die scheinbare Ungefährlichkeit des neuen Krieges heraufbeschwört.

Es gibt keinen durchgreifenden Gasschutz.

Es gibt kein Aufhören der Kriege in der kapitalistischen Gesellschaft.

Es gibt in der Menschheitsgeschichte keine Klasse, die freiwillig auf ihre Vorrechte verzichtet hätte, die kapitalistische macht keine Ausnahme.

Darum — links ran!

„Stinkbombe."

? WEISST DU SCHON ?

Daß die Temperatur des Mondes auf der der Sonne abgewandten Seite nach den neuesten Messungen — 163 Grad Celsius beträgt, auf der Sonnenseite dagegen + 80 Grad Celsius. Gut, daß wir nicht auf dem Monde leben!

Daß neuerdings auch der Chirurg zur Maschine greift. Für Arbeiten am lebenden Knochen ist jetzt ein Preßlufthammer gebaut worden, der 3800 Schläge in der Minute macht. Das kann ja heiter werden!

Daß der erste brauchbare Preßlufthammer für Handbetrieb von einem Zahnarzt erfunden worden ist, der ihn für die Herstellung von Goldfüllungen verwendete.

Daß bei ganz kleinen Teilen die Erdanziehung praktisch unwirksam wird. Durch elektrische Zerstäubung von Silber z. B. kann man das in Wasser unlösliche Metall derart darin verteilen, daß es eine wirkliche Lösung zu sein scheint, keine Mischung mehr, die es aber tatsächlich nur ist. Der Chemiker spricht von „kolloider Lösung". Diese kleinsten Metallteilchen nun setzen sich nicht auf dem Gefäßboden ab, was sie eigentlich tun müßten, da Silber schwerer ist als Wasser. Sie können im Gegenteil Jahrzehnte in der Schwebe (Suspension) bleiben.

Daß bei Vergrößerung der Stockwerkzahl die Baukosten (Gründung und Windverband) und Betriebskosten hinsichtlich Wasserversorgung, Feuerlöschanlagen und Personen- und Lastaufzügen derart ansteigen, daß es verständlich erscheint, wenn man für Hamburg die wirtschaftliche Grenze bei etwa 11, für Neuyork bei etwa 16 Stockwerken zu suchen hat. Beim Woolworth-Gebäude, das in 55 Stockwerken (vorwiegend Geschäftsräume) 15 000 Menschen unterbringt, beanspruchen zudem die 29 Personen- und Lastaufzüge in jedem Stockwerk 33 bis 40 Prozent der Nutzfläche als Verkehrsfläche. Nur ungehemmte Bodenspekulation, Reklameabsichten und persönliche Eitelkeit machen solche Gebäude überhaupt erst „wirtschaftlich".

Daß die Gesamterzeugung Rußlands an Eisen und Stahl sich im Januar um fast 3 Prozent gegenüber dem Vormonat gesteigert hat. Es wurden erzeugt 276 900 Tonnen Roheisen, 352 700 Tonnen Martinstahl und 285 500 Tonnen Walzwerkerzeugnisse.

Daß in der deutschen Landwirtschaft etwa 20 000 Großbetrieben mit über 100 Hektar bebauter Fläche 5 Millionen bäuerliche und Kleinbetriebe gegenüberstehen.

Internationale Politik

Birkenhead deckt die Karten auf

Seine Berliner Aufgabe: Kriegsfrontbildung gegen USSR. — Mitverschwörer Stresemann schweigt

Wie wir erfahren, äußerte sich der in Berlin anwesende englische Minister Lord Birkenhead im Berliner Klub der englischen Pressevertreter über das Ergebnis seiner Unterredungen mit Stresemann, Kühlmann, Seeckt und hohen Funktionären des Auswärtigen Amtes. Er faßte seinen Eindruck dahin zusammen, daß Deutschland seine frühere Politik des Schwankens zwischen der Sowjetunion und den Westmächten endgültig aufgegeben habe zugunsten eines eindeutigen engen Anschlusses an England und Frankreich.

Diese Information stimmt nicht nur mit dem Tenor der zwischen Stresemann und Birkenhead ausgetauschten Trinksprüchen überein, sondern wird auch von verschiedenen Presseorganen bestätigt. So schreibt ein Mitarbeiter der „B. Z." nach seiner Unterredung mit Birkenhead:

Der Zweck der Reise Birkenheads ist selbstverständlich ein eminent politischer. Lord Birkenhead ist vor allen Dingen ein **Anhänger des restlosen Zusammengehens Englands mit Deutschland. Er sieht in Deutschland vor allem den künftigen Bundesgenossen in dem über kurz oder lang sich entwickelnden Konflikt mit Sowjetrußland.** Er ist ja derjenige in England, der das Wort geprägt hat: der Name Rußland sei zu einem Schimpfwort geworden, und bei jeder Gelegenheit betont er seine Abneigung gegen das Sowjetregime.

Daß er jetzt nach Berlin gekommen ist und auch mit Stresemann sich unterhalten hat, ist also nicht so besonders bemerkenswert, da ja eine ganze Reihe von Problemen, angefangen vom Abrüstungspakt Kellogs bis zur englischen Kontroverse mit den Sowjets, auf der Tagesordnung der englischen auswärtigen Politik stehen. Auch der bevorstehende Besuch des Königs von Afghanistan in Moskau dürfte Lord Birkenhead stark interessieren."

Der Brüsseler sozialdemokratische „Peuple" schreibt in bezug auf die große diplomatische Aktivität der kapitalistischen Regierungen:

„Manche erwarten in kurzer Zeit **eine sensationelle Entwicklung in Rußland und erblicken in den römischen Beratungen eine Art diplomatischer Vorarbeiten in bezug auf die nahende Krise des Sowjetregimes.** (Das kann nur als Anspielung auf einen baldigen Angriff der Konterrevolution verstanden werden. Anmerkung der „R. F.".) Denselben Gedankengängen folgend, wird **dem Berliner Besuch Lord Birkenheads, eines der wütendsten antibolschewistischen Politikern, eine ganz außerordentliche Bedeutung beigemessen.**"

Der Londoner „Daily Herald" hat den Berliner Besuch Birkenheads wiederholt mit diesen Plänen des englischen Imperialismus in Zusammenhang gebracht und fordert von der englischen Regierung Aufklärung über Birkenheads Berliner Geheimmission.

Die deutsche Arbeiterklasse muß ebenfalls erfahren und erkennen, was hier gespielt wird! Herr Stresemann und seine Presse schweigen sich über die Unterhaltungen mit Birkenhead aus. **Dieses Schweigen ist aber eine beredte Bestätigung unserer begründeten Vermutungen,** daß zwischen Stresemann und Birkenhead eine neue Antibolschewistenaktion vereinbart worden ist, deren innere Auswirkung das **Verbot des Roten Frontkämpferbundes** und deren auswärtige Konsequenz der Angriff auf die Positionen der Sowjetherrschaft ist.

Chamberlain reist in Holland und Belgien. Seine polnischen Vasallen knüpfen in Rom neue Fäden an. Benesch pendelt zwischen Paris und London. Der englische Innenminister Hicks kündigt neue Enthüllungen über die Wühlarbeit der Sowjets an. Poincaré bricht die Wirtschaftsverhandlungen mit Moskau ab. Auf die Goldsendungen der Sowjetbank wird eine förmliche internationale Treibjagd veranstaltet. Das Mailänder Attentat ist der Faschistenpresse der Vorwand, um gegen die Sowjetmacht zu hetzen. Die japanische Regierung nimmt ihre Polizeimaßnahmen zum Anlaß, um die Sowjetregierung der Nichtbeachtung bestehender Verträge zu beschuldigen.

Die imperialistische Aktivität gegen den Arbeiterstaat nimmt wieder gefährliche Ausmaße an. Höchste Wachsamkeit ist die Pflicht der klassenbewußten Arbeiterschaft und ihrer Organisationen!

Hicks hetzt gegen die Sowjetunion

Im englischen Unterhause bestätigte der Innenminister auf eine Anfrage des Abgeordneten Kinderley, daß bei den irischen Waffenschmugglern, die kurz vor Ostern wegen verbotenen Waffenbesitzes verhaftet worden waren, Geldnoten gefunden wurden, die aus russischer Quelle (!) stammen. Auf eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kenworthy, ob der Innenminister sich **des Ernstes seiner Aeußerungen hinsichtlich der zukünftigen Beziehungen zwischen England und Rußland** voll bewußt sei, antwortete Joynson Hicks, daß seine Informationen „den Tatsachen entsprächen und in Einzelheiten nachgewiesen seien."

USA.-Ansprüche auf die Antillen

zur strategischen Sicherung des Panamakanals.

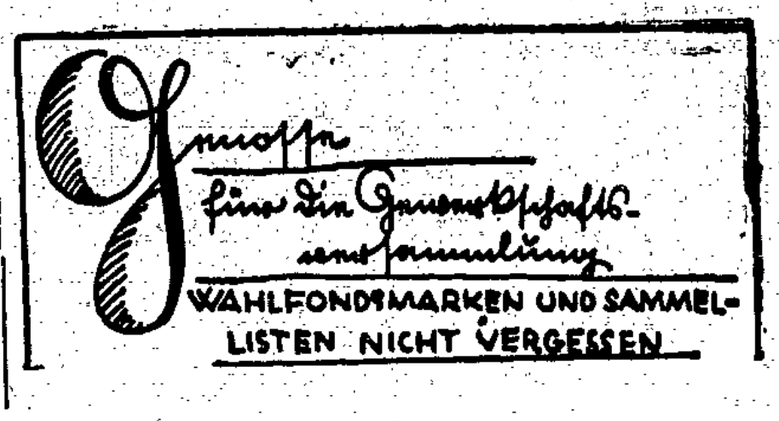
Die in amerikanischen Flottenkreisen bestehenden Bestrebungen auf Ankauf der westindischen Besitzungen Frankreichs und Großbritanniens, die von erheblicher strategischer Bedeutung für den Eingang des Panamakanals sind, finden in englischen und französischen Kreisen starke Beachtung. Wie der „Evening Standard" hört, ist diese Frage von Amerika bereits auf der panamerikanischen Tagung in Havanna inoffiziell angeschnitten worden.

Der Plan des Ankaufs Westindiens gegen eine Schuldenherabsetzung ist bereits bei früheren Gelegenheiten mehrfach erörtert, jedoch immer wieder fallengelassen worden.

Kommunistenhatz in Finnland

In den letzten Tagen sind in verschiedenen Städten Finnlands zahlreiche kommunistische Arbeiterführer und Gewerkschaftsmitglieder verhaftet worden.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Helsingfors hat dort die Polizei in der vergangenen Nacht eine Anzahl von Personen verhaftet, die der geheimen finnischen Kommunistischen Partei angehören sollen. Die Polizeibehörden verweigern bisher nähere Einzelheiten, erklären jedoch, daß die verhafteten Personen sich an „Vorbereitungen zu einer hochverräterischen Aktion" beteiligt hätten. Unter den Verhafteten befindet sich ein Reichstagsabgeordneter, ferner der Sekretär der Gewerkschaftszentrale sowie ein Mitarbeiter einer Helsingforser kommunistischen Zeitung.



Schlesischer Bauer über Sowjetrußland

Der Bauerngutsbesitzer Karl Baberowski, Mitglied des Schlesischen Bauernbundes, nahm im Oktober vergangenen Jahres im Einvernehmen mit der Kreisleitung Ohlau an der Rußlanddelegation der deutschen Bauern teil. Nachstehend schildert Baberowski seine Reiseeindrücke.

Am 25. Oktober 1927 bin ich im Einvernehmen mit dem Deutschen Reichsbauernbund auf Einladung der russischen landwirtschaftlichen Genossenschaften als Delegierter mit der deutschen Bauerndelegation zu einer Studienreise der dortigen landwirtschaftlichen sowie genossenschaftlichen Betriebe nach Rußland gefahren.

Vorweg bemerken möchte ich, daß ich Mitglied des Schlesischen Bauernbundes bin und politisch keiner Partei angehöre.

Die Delegation setzte sich aus elf Bauern und Landwirten aller Provinzen des Deutschen Reiches zusammen. Als wir am 26. Oktober abends 10,50 Uhr auf der ersten russischen Station Njegoreloje ankamen, begrüßte uns eine unzählige Menschenmenge, und mit Musik wurden wir nach dem Stationssaal geleitet, wo die offizielle Begrüßung erfolgte und wir nachher verpflegt wurden. Gegen 2 Uhr nachts mußten wir zu dem Zuge, der uns nach Moskau bringen sollte, zu welchem uns wieder die Musik und dieselbe Menschenmenge begleitete. — Am 27. Oktober 3,15 Uhr nachmittags fuhr unser Zug in den gewaltigen Bahnhof von Moskau ein. Diese unzählige Menschenmenge, die uns dort begrüßte, war eine der gewaltigsten, die ich je erlebt habe. Die ganzen Begrüßungsfeierlichkeiten dortselbst dauerten zirka 1½ Stunde. Dann fuhren wir in schon bereitstehenden Autos nach dem Bauernheim, wo wir Zimmer angewiesen bekamen. Als wir uns dort bequem gemacht hatten, wurden wir zu Tisch gebeten. Danach waren wir im Gewerkschaftshause, wo uns der Handelskommissar der landwirtschaftlichen Korporationen und Genossenschaften begrüßte und anläßlich der Oktoberfeier über „die Schwierigkeiten des Aufbaues in nächster Zeit" sprach. — Am 28. Oktober waren wir im Lenin-Museum und besichtigten alle dort aufbewahrten Bilder, Schriftstücke, Zeitungen, Dokumente, Urkunden und verschiedene Lenin-Geräte. Durch den Vorsitzenden des Zentralkomitees des Verbandes der Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften von ganz Rußland wurde uns dortselbst alles erklärt. Am Nachmittag desselben Tages waren wir im Lenin-Mausoleum, wo Lenins Leiche in einem Glassarge zur ewigen Ruhe gebettet ist. Abends wurde in einem Saale des Bauernheims von einem Bauern eine lange Rede gehalten. Er schilderte in seiner Rede, wie es den Bauern früher (vor der Revolution) ging, und wie es ihnen jetzt geht. Trotz des imperialistischen und Bürgerkrieges, trotz Boykottierung durch alle imperialistischen Staaten schreitet der Aufbau der Landwirtschaft in Sowjetrußland immer weiter vorwärts. — Am 29. Oktober waren wir auf der landwirtschaftlichen Universität. Dort überzeugten wir uns, daß es auch dem ärmsten Bauernsohn möglich ist, die Universität auf Staatskosten zu besuchen. Dann besuchten wir das zur Universität gehörende, 280 Morgen große Gut. Das Gut wird sehr intensiv bewirtschaftet und ist mit den neuzeitlichsten Maschinen sowie Stalleinrichtungen versehen. Nachher besichtigten wir ein Kinderheim, wo uns die schöne, saubere Einrichtung besonders auffiel. Dann fuhren wir wieder ins Bauernheim, und 5,40 Uhr ging es per Auto nach dem Bahnhof, von wo wir um 6 Uhr mit dem D-Zug nach Saratow abdampften. Am 30. Oktober nachmittags 4 Uhr kamen wir in Saratow an. Am Bahnhof war u. a. auch eine große Menge Bauern der Wolga-Deutschen Republik und deren Leiter in den landwirtschaftlichen Genossenschaften, die uns herzlich begrüßten und uns zu den bereitstehenden Autos führten. Die Autofahrt ging durch die Stadt zum Dampfer, auf dem wir die jenseits der Wolga liegende Hauptstadt der Wolga-Deutschen Republik, Pokrowsk, erreichten. In Pokrowsk angekommen, ging es nach dem Hotel Rekord, wo uns wiederum Zimmer angewiesen wurden. Nachdem wir uns dort bequem gemacht hatten, wurden wir zu Tisch gebeten, wo wir uns nachher noch über zwei Stunden mit den russischen Bauern unterhielten. Danach gingen wir wieder in das Bauernheim, wo wir uns wieder mit den Bauern bis 12 Uhr nachts aussprachen. — Acht von unserer Delegation bereisten von Pokrowsk aus fast den größten Teil der Wolgarepublik. Wir konnten dort mit den Bauern, Arbeitern, Angestellten usw. deutsch sprechen und sie über die ganzen Zustände dortselbst fragen. Wir besichtigten in 5 Kantonen viele Bauernwirtschaften, Dorfräte, Volksschulen, landwirtschaftliche Schulen, 4 Sowjetgüter, genossenschaftliche Getreidespeicher, Käsereien usw. Ich habe, da ich einen großen Teil der russischen Sprache verstehe, die volle Ueberzeugung gewonnen, daß alle Bauern, Arbeiter wie Angestellte, mit der Verfassung und den jetzt bestehenden Einrichtungen der Sowjetregierung voll und ganz zufrieden sind und auch die bestehende Autorität aufs höchste respektieren und schätzen. Der Beweis dafür wurde von der unübersehbaren Menschenmenge am 6. und 7. November anläßlich der Feier des zehnjährigen Bestehens erbracht, wo u. a. sich schätzungsweise 500 Bauern zu Pferde aus den umliegenden, 30—50 Kilometer entfernten Dörfern als Kavallerie mit Fahnen beteiligten und wir die Ehre hatten, in der Kantonstadt Marxstadt der Feier beizuwohnen. Wir wurden gebeten, auf die Rednertribüne zu steigen, wo wir stürmisch begrüßt wurden, wofür unser Kollege, Bauerngutsbesitzer Rudloff, im Namen der Delegation unseren Dank aussprach. Bei dieser Gelegenheit unterhielt ich mich mit mehreren Bauern, die stets die vollste Zufriedenheit über die Sowjetregierung ausgesprochen haben und nie wieder ein zaristisches Regime wünschen. Denn, so behaupteten sie, jetzt werden wir als Menschen behandelt, und früher waren wir Sklaven. In den Dörfern, die wir von Marxstadt nach Pokrowsk am 7. November durchfuhren, mußten wir mehrere Male halten, da die Feierlichkeiten immer noch anhielten. Ich halte die Russen, nachdem ich sie auf dieser Reise gründlich kennengelernt habe, mit als die ehrlichsten und gutmütigsten Menschen, und sämtliche Delegierten, so auch die aus Schweden, Norwegen, Finnland, Polen, Oesterreich, Italien, Frankreich, der Tschechoslowakei und Mexiko, staunten darüber, wie es möglich ist, daß die „dummen Russen" jetzt ohne Zaren, Fürsten und deren Anhänger auskommen und so ein System aufbauen können. Unter anderem wurde uns auch das Goldlager der Staatsbank, die Nippsachen der Zarenfamilie usw. gezeigt; auch wurden wir über die Einrichtungen der Roten Armee informiert, wir besuchten das 1. Moskauer Infanterieregiment. Kalinin, der Staatspräsident, der eine Bauernwirtschaft von 56 Morgen besitzt, hat allen Delegierten am 10. November in seinem Amtszimmer 4½ Stunden lang auf die an ihn gestellten Fragen geantwortet. Vor unserem Abgange aus dem Kreml (Regierungsgebäude) wurden wir außerdem noch photographiert. Kalinin mitten unter uns. Jeder Delegierte erhielt vor unserer Abreise ein solches Bild zum Andenken. Ich bin 56 Jahre alt, und wenn ich noch 56 Jahre leben sollte, so werde ich das, was ich vom 26. Oktober bis 18. November 1927 in Rußland gesehen habe, nie und nimmer vergessen. Kulturell ist Rußland im Verhältnis zu Deutschland noch weit zurück, was aber auf das Riesenreich und die geringe Bevölkerungsdichte und nicht zuletzt auf die zaristische Vernachlässigung zurückzuführen ist. Aber die Einrichtung, z. B. von Lehranstalten, Hochschulen, Genossenschaften (unter Ausschaltung jeden Zwischenhandels), Siedlungswesen, Kreditwesen, Wahlsystem, staatliche Anstellung von Aerzten, Tierärzten, Monopol für Alkohol, Klubeinrichtungen für alle Volksschichten usw., ist Deutschland noch sehr weit zurück.

Es ist nicht so, wie manche Zeitungen über Rußland schreiben. In Rußland genießen alle Volksstämme sowie nationale Minderheiten gleiches Recht. Die kleinen und armen Bauern brauchen sich ihr Ackerland nicht zu erkämpfen, da jedem durch den Dorfrat soviel Acker zugemessen wird, wie er mit seiner Familie bearbeiten kann. Kultur-, Finanz- und Pachteinigungsämter gibt es nicht, da in diesen Angelegenheiten keine Streitigkeiten vorkommen können. Von sämtlichen Bauern (die größten haben bis 500 Morgen Land) wird vom Dorfrat im Verhältnis der Aussaatfläche einmal im Jahre eine Steuer unter Berücksichtigung der Schulden und der Kinderzahl erhoben. Die kleinen und armen Bauern erhalten zur Hebung ihrer Wirtschaft langfristige Staatskredite zu 3½—4 Prozent. Desgleichen erhalten alle diejenigen, die sich in neuen Dörfern ansiedeln wollen, Staatskredite zum Gebäudebau und zur Anschaffung von Inventar drei Jahre zins- und steuerfrei. Am Ende des dritten Jahres werden die Wirtschaften derjenigen durch eine landwirtschaftliche Kommission besichtigt. Ist alles in Ordnung (guter Viehbestand, Acker in guter Kultur usw.), so erhalten dieselben dafür eine Belohnung insofern, daß ihnen von dem Schuldkapital 5—10 Prozent abgeschrieben werden. Diese Maßnahme der Regierung ist wirklich zu begrüßen, und ein Beweis dafür ist der kolossale Fortschritt der Landwirtschaft dortselbst.

Mein Bestreben wird es jedenfalls sein, jedem deutschen Bauern und Arbeiter meine Eindrücke und Erlebnisse in Rußland genau zu schildern.

Lesen Sie

regelmäßig die Wochenausgabe der „Arbeiter-Zeitung"? — Dann werden Sie gefunden haben, daß sie ihre Leser auf allen Gebieten schnell und gut informiert. Sie wird gewiß auch Ihren Beifall gefunden haben. — Deshalb bestellen Sie noch heute, bei dem Kolporteur oder beim Verlag, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, ein Abonnement auf die täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung"!

Bestellschein

Unterzeichneter bestellt hiermit die

„Arbeiter-Zeitung"

zum Bezugspreise von 50 Pfg. pro Woche frei Haus

Name: _____

Wohnung: _____

Vorderhaus — Seitenhaus — Quergebäude _____ Treppen

Verlag der „Arb.-Ztg." Breslau 10, Trebnitzer Str. 50

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Dienwald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Fritz Jendrosch, Kattowitz. Gleiwitz. Für Inserate: M. Barbe, Breslau.

Kurzwaren Sonder-Preise

in Schneiderei- und Modeartikeln

2	Briefe Nähnadeln alle Stärken	—.05
20	gr-Rolle Heftgarn	—.10
2	Stück Gardinenstäbe gut vermessingt	—.12
12	Dutzend Reißzwecken undurchdrückbar	—.13
50	gr-Dose Stahlstecknadeln unsere Spezialmarke „Dux"	—.15
5	Knäuel Stopftwist alle Farben	—.18
6	Dutzend Wäscheknöpfe alle Größen	—.19
3	Stück Haarnetze prim. Qualität, dopp. —.22, einfach	—.20
6	Dtzd. Druckknöpfe, rostfr. schwarz u. weiß, sortierte Größen	—.25
10	Kärtchen Glanzstopfgarn alle Strumpffarben	—.28
5	Paar Schuhsenkel breite, starke Qualität	—.28
7	Meter Roloschnur reinleinen, sehr fest	—.35
2/3	Meter Strumpfgummiband sehr zugkräftige Qualität	—.20
1	Paar Armblätter gute Gummiplatte	—.35
1000	Meter Maschinengarn vierfach, schwarz und weiß	—.45
1	Paar Damenstrumpfhalter Seidengummi, Prima Qualität	—.45
10	Meter Wäschebindeband Kunstseide, zirk. 2 cm br. a. Farben	—.78
3	Paar Axella - Wäscheträger mit kl., kaum sichtbar. Schönheitsfehl.	—.38
	Hemdenpassen, in Klöppelausführung	—.19
	Wäschestickerei reizende Ausführung, 2,30 mtr. —.68	—.38
	Klöppelspitze, ca. 5 cm breit	—.45
	Zwirnspitze, ca. 10 cm breit, 5 mtr.	—.75
	Lackgürtel, doppelseitig, alle Kleiderfarben —.30	—.20
	Gürtel, Wildleder imitiert, ca. 2½ cm breit, hübsche Farben	—.50
	Gürtel, echt Wildleder, elegant und modern 1.25	—.95
	Matrosen-Garnitur —.85, Matrosenkragen —.95	—.65
	Perlenketten, massiv, ca. 140–150 cm lang, auch einzeln geknotet 2.90	1.75
	Crêpe de chine-Kragen, gefüttert, hübsche Modefarben —.75	—.50
	Garnituren, Kragen und Manschetten, geschmackvoll garniert 1.95	1.25
	Elegante Kleiderwesten aus Crepe de chine, Rips oder Opal 1.90	1.45
	Crêpe de chine-Band, künstlerisch gemustert —.85	—.68
	Lavalliers, Crêpe de chine, „die große Mode", alle Frühjahrsfarben 2.90	1.75
	Crêpe de chine-Schals reizende Neuheiten 2.95	1.95
	Crêpe de chine-Schals Münchener Künstlerentwürfe 4.95	3.95

Sportwolle
viele Farben
50-g-Lage
38 Pfg.

Wollwarenhaus
SAXONIA
FALK & POSENER
das große Spezialhaus am Christophoriplatz
BRESLAU OHLAUERSTR. 60/61

Knöpfe, Besätze und Spitzen für Mäntel und Kleider in großer Auswahl

---

Speise-Eis-Cziska
Selenkestraße 19 :: Eig. Kraftanlage
Angenehme Aufenthaltsräume und Garten
Eis mit Schlagsahne im Glas 10 Pfg.
Waffelschiffel . . . . . 5 Pfg.
Nur erstklass. Qualität

Riesige Auswahl! — Staunend billige Preise!

Kinderwagen
Promenadenwagen
Kippwagen
Metall-Bettstellen
Korbmöbel
Kinderklappstühle
Puppenwagen
Sehenswerte Ausstellung i. a. Abteilungen
Suchanicke
Breslau, Ohlauer Straße 14

Sobtzicks
Kakao und Schokoladen
hervorragend im Geschmack
hoher Nährwert
kräftigend und bekömmlich
Franz Sobtzick
Ratibor / Breslau / München

Warum mehr bezahlen?

Nur **68.- Mk.** kostet jetzt ein hochmodernes, elegantes, starkes und dauerhaftes Stern-Gebrauchsrad, Modell 5, in hochwertiger Ausstattung mit modernstem, rassigem Rahmenbau mit 5 Jahren Garantie und Original Torpedolaufmantel prima Bereifung (rot oder grau), Nickelfelgen tel. gelbe Felgen mit rostsicheren Speichen, kompletten Werkzeug, Pumpe, Glocke usw. Versand überallhin. — Zahlungserleichterung. — Katalog über Fahrräder, Gummi, Zubehörteile gratis und franko.
Ernst Machnow, Berlin, Weinmeisterstraße 14
Größtes Fahrradhaus Deutschlands

Brennabor, Expreß, Diamant, Göricke, Rahmen, 45, 33, 21.–
Hinterrad m Frl. 11.50
Lenker, engl. vern. 2.40
Schläuche . . . 0.95
Decken 2.50
Schlauchreifen 5.50
Speiche –.03 Keil –.08
Kette –.95 Iwis 3.50
Holzfelge, franz. 4.95
Teilzahlung gestattet
Breslau, Zimmerstr. 1

Empfehle meine neueingerichtete
Seifen-Niederlage
Waschartikel
Toiletteartikel u. Parfümerien
5% Rabatt auf alle Artikel!
Else Wolff :: Striegau
Sedanstraße 5, gegenüber Tscherners Buchdruckerei

Räder 49, 38,
Bessere 59, 65,
1 Jahr Garantie
Bismarck, Phänom
Renner 115, 105, 98
Rahmen 45, 35, 29, 19
Torredorad 15.90
Vorderrad Ia., 3.95
Kette .98, Iwis 3.50
Ped. 0.98, Wip. 1.95
Decke 3, Conti 3.95
Schlauchreif. 5.95
Polak . . 9.95, 7.95
Speich. 0.03, Keil 0.08
Hahn, Breslau
Katharinenstr. 18
Friedr.-Wilhelm-Str. 59

Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik
Gerhard Hentschel
Lauban i. Schl. Telephon 233
Frühstückstube

PHOTO-ELECTRO-RECORD

Wissen Sie schon, daß man
Musik photographieren
kann? Die Musikplatte „Tri-Ergon" ist Klangphotographie, die nach dem vollkommensten Aufnahme-Verfahren der Gegenwart hergestellt wird
Spielen Sie Tri-Ergon-Platten
in jedem besseren Musikgeschäft erhältlich
25-cm-Platte 3.50 30-cm Platte 5.—
Wiederverkäufer belieben Prospekte und Kataloge anzufordern!
TRI-ERGON MUSIK A.-G.
Auslieferungslager für Schlesien und Breslau:
Schweidnitzer Stadtgraben 9
Achten Sie bitte auf unsere Darbietungen im Breslauer Sender

Ortsausschuß des A. D. G. B. Liebau i. Schles.

Allen Kollegen und Kolleginnen von Fern und Nah zur gefälligen Kenntnis, daß wir die Gastwirtschaft

„Zum Lindenhof"

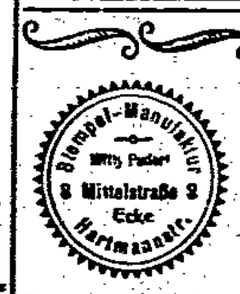
übernommen haben.

Es wird unser Bestreben sein, nur das Beste aus Küche u. Keller zu angemessenen Preisen zu verabfolgen. Tadellose gepflegte Biere und Weine. Zu jeder Tageszeit kalte und warme Speisen.

Achtungsvoll

Der Oekonom F. Schreiber — Der Vorstand R. Kirchner

Schränke
Eiche, Nußbaum in allen Größen
Bettstellen
Eiche, Nußbaum
Tische
Stühle
Spiegel
Sofas
Chaiselong.
Küchen
Bei Zahlung innerhalb 3 Monaten 10% Rabatt.
Gute Verarbeitung
Joh. Botta
Bismarckstraße 20



Suche Seifenverkäufer
20 Muster Mk. 2.40 franko Nachnahme
P. Holfter
Büttnerstraße 20/27

Amtliche Bekanntmachung von Dittersbach

Allen im Gemeindebezirk Dittersbach wohnhaften Wahlberechtigten werden in den nächsten Tagen die Wahlausweiskarten für die bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen zugehen. Diese Ausweiskarten sind sauber und sorgfältig aufzubewahren und bei Ausübung des Wahlrechts dem Wahlvorstand abzugeben. Alle Wahlberechtigten, die bis zum 28. dieses Monats keine Wahlausweiskarte erhalten haben, sind in der Wahlkartei nicht enthalten und haben sich umgehend im Wahlbüro (Zimmer 4) zu melden.

Bei jedem Wohnungswechsel (ganz gleich ob innerhalb des Gemeindebezirks oder nach auswärts) ist die Wahlausweiskarte dem Wahlbüro vorzulegen.

Dittersbach, den 19. April 1928
Der Gemeindevorsteher
Roeßler

Parteigenossen!
Kauft nur bei den Inserenten Eurer Zeitung

HAASE-BIERE

Schlesiens beliebte Marken

Niederschlesien

Die nicht standesgemäße Frau des SPD.-Führers

Ein Görlitzer sozialdemokratischer Arbeiter weist in einer Zuschrift an uns auf die bekannte Ehescheidungsaffäre des früheren sozialdemokratischen Führers (jetzigen Altsozialisten) August Winnig hin. Dieser Herr, bekannt als Arbeitermörder im Baltikum, erklärte 1920 seiner Ehefrau, kurz und bündig, daß sie mit ihrem „geringen Bildungsgrad nicht in jenen Kreisen verkehren könne, in denen er jetzt verkehre". Aus diesem Grunde müsse er sich von ihr scheiden lassen. Der Görlitzer Sozialdemokrat las diese Geschichte in der Zeitung. Da er mit der Familie Winnig bekannt war, wandte er sich an Frau Winnig um Auskunft. Die Antwort, die er damals erhielt, stellt er uns zur Verfügung. Sie lautete:

Hamburg, den 11. Februar 1920.

Sehr geehrter Herr Schaal!

Ihren Brief vom 8. d. M. erhielt ich und will Ihnen den gewünschten Aufschluß geben. Der Artikel der „Hamburger Warte" hat seine Richtigkeit. Es ist die volle Wahrheit, denn es ist mit meiner Einwilligung geschehen, bisher habe ich dem noch standgehalten, aber das Ende des Artikels brachte mich um meine Fassung, und ich war genötigt, diesen Schritt zu tun. Auch die Sache mit dem Herrn Ebert verhält sich so.

Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme, die Sie einer armen unglücklichen Frau zuteil werden lassen, und verbleibe mit Hochachtung Ihre Frau Winnig.

Ein feiner „Sozialist", dem vor den Augen der Bürger seine aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Ehefrau nicht mehr „standesgemäß" war . . .

Pfarrersöhnchen dürfen alles. Wie uns mitgeteilt wird, übt sich der 17 Jahre alte Sohn des unseren Lesern als Kommunistenfresser bekannten Pastors Mücke in Petershain, Kreis Rothenburg OL., im Kleinkaliberschießen. Er hat eine besondere Freude daran, in völlig sinnloser Weise Vögel, vor allem Stare, zu erschießen. Als die Tochter des Pastors einmal darüber zur Rede gestellt wurde, erklärte sie: „Papa hat gesagt, die können wir schießen, die fliegen ja in Scharen herum." Eigentlich heißt es ja immer, es fällt kein Sperling vom Dache, ohne den Willen des lieben Gottes, aber hier scheint der Herr Pastor dem lieben Gott etwas ins Handwerk zu pfuschen. Uebrigens: Warum interessieren sich nicht einmal die Polizei und der Tierschutzverein für das Treiben des hoffnungsvollen Pastorsöhnchens? Ein Arbeiter dürfte solche Dinge bestimmt nicht machen!

Sagan

Volkshauskarlchen auf dem Kriegspfade

Unser Karlchen, über dessen Intelligenz sich heute noch die Gelehrten die Köpfe zerbrechen, hat folgendes Schreiben an uns gerichtet, welches wir natürlich der Saganer Arbeiterschaft nicht vorenthalten wollen.

„Auf Ihr Schreiben teilen wir Ihnen mit, daß die Lokalitäten des Volkshauses der KPD. zu Versammlungen nicht zur Verfügung gestellt werden. Da die KPD. bisher und anscheinend auch in Zukunft nur ihren politischen Kampf gegen die größte Arbeiterpartei, die SPD., richtet, anstatt mit dieser zusammen den Feind der gesamten Arbeiterschaft, die Reaktion und den Kapitalismus, zu bekämpfen. Kruber. Hähnel."

Aber Karlchen, was haste hier für einen Blödsinn verzapft? Betrachten wir uns, mit welcher Sorgfalt das Wort „Genosse" oder „Du" vermieden worden ist, kann man schon sehr leicht feststellen, welch klassenkämpferische Gefühle in Karlchens Brüstel ruhen, anderseits aber besondere Nachsicht erheischt, daß der Brief am Sonnabend geschrieben ist, an dem Karlchen gewöhnlich seinen kritischen Tag hat. Wessen Kampf sich gegen die Arbeiter richtet, hat wohl die SPD. erst kürzlich mit der Maikundgebung bewiesen. Daß die KPD. auch ihren Kampf gegen die SPD. richtet, ist eine Weisheit, die wirklich nicht in Karlchens Kopfe entstanden ist. Und was tut Karlchen, Mitglied der völkerbefreienden Sozialdemokratie? Die Kommunisten verleumden, deutschnationale Kapellmeister sorgfältig hochpäppeln und mit gewissen Leuten am Biertisch sitzen. Das ist „sozialistische Politik". Nun, die Arbeiter, die den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben haben, werden diese Art Politik beantworten mit Abgabe ihrer Stimmen für die Kommunisten.

Christliche Langfinger. Ein junger Mann, der an einem der letzten Sonntage die katholische Kirche besuchte, mußte dort erfahren, daß nicht immer die christlichgesinnten durchaus auch die ehrlichsten Leute sein müssen. Während des Gottesdienstes wurde ihm der nagelneue Hut geklaut. Es würde sich also für Rekordkirchenbesucher empfehlen, eine Garderobenversicherung einzuführen, die ohne Zweifel auch den Schwarzkünstlern noch eine nennenswerte Nebeneinnahme sichern würde.

Glogau

„Verrat militärischer Geheimnisse." Das Erweiterte Schöffengericht hat den polnischen Staatsangehörigen Ignatz Syrzisko wegen „Verrat militärischer Geheimnisse" zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Wir haben stärkstes Mißtrauen gegen diese Prozesse, selbst wenn eine eilfertige Justiz zur Erleichterung der Beweisführung von „bezahltem Landesverrat" spricht.

Grünberg

Vorstoß nach Beuthen a. d. Oder. Die erste öffentliche Wählerversammlung hielt hier am Dienstag die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Grünberg, ab. Sie war verhältnismäßig gut besucht. Genosse Robens zeigte in seinen Ausführungen die Tätigkeit des Bürgerblocks und welche Auswirkungen hieraus für das Proletariat entstehen. Der Redner legte in ausführlicher Weise dar, welchen entschiedenen Kampf die KPD. gegen die Verelendung der werktätigen Massen geführt hat, und welche Wege beschritten werden müssen zur Befreiung aus dem Elend. Die Ausführungen fanden reichlichen Beifall. Obwohl der Vorsitzende der SPD. und mehrere SPD.-Arbeiter anwesend waren, meldete sich trotz wiederholter Aufforderung niemand zur Diskussion. Die SPD. zieht es überhaupt vor, feige zu kneifen, weil sie ja ihre Handlungsweise in der Unterstützung des Bürgerblocks vor der werktätigen Bevölkerung nicht verantworten kann. Es ist leicht, hinterrücks mit Dreck zu schmeißen und zu verleumden, getreu dem Motto: „Verleumde soviel du kannst, etwas bleibt immer hängen." Den Vormarsch der KPD. in diesem schwarzen Winkel wird sie doch nicht aufhalten. Die Massen erkennen mehr und mehr, daß nur die KPD. allein ihre Interessen vertritt.

Wahlversammlung auch in Neustädtel. Selbst in diesem schwarzen Nest hielt die KPD. Ortsgruppe Grünberg die erste Wahlversammlung ab. Genosse Robens sprach in 1½stündiger Rede über das Thema: „Die Kommunisten im Kampf gegen die Feinde der Werktätigen." Die Ausführungen unseres Genossen fanden starken Beifall. Einige anwesende SPD.-Arbeiter beschwerten sich in der Diskussion, daß der Referent die rechten Parteien nicht so scharf angegriffen hat, wie die SPD. Im Schlußwort erklärte unser Genosse in scharfer aber durchaus sachlicher Weise, warum wir die Spitze gegen die SPD. richten müssen und daß man die Frage nicht stellen könne: Republik oder Monarchie!, sondern Bürgerliche oder Proletarische Diktatur! An Hand von vielen Beispielen wies er nach, was aus der alten Klassenkampf-SPD. geworden ist. Auch in Neustädtel wird sich unser Gedanke Bahn brechen. Die Polizei, wie immer sehr neugierig, erkundigte sich eingehend, wer der Einberufer der Versammlung ist. Gemach, ihr Herren, ihr werdet noch die Augen aufreißen, wie rot euer Krähwinkel schon ist.

Werktätige von Grünberg und Umgegend! Wir machen hiermit bekannt, daß in den nächsten Tagen im Grundstück Züllichauer Straße 7 eine „Arbeiter-Buchhandlung" der Unterbezirksleitung der KPD., Ortsgruppe Grünberg, eröffnet wird. Alle einschlägige Literatur der Unterhaltung und des Wissens wird von uns geführt. Arbeiter, kauft Bücher in der „Arbeiter-Buchhandlung"!

Goldberg

Einbrecher am Werk. In der Nacht arbeiteten hier Einbrecher. In der Dorothea-Kühn-Stiftung durchwühlten sie das Zimmer der Spielschulleiterin, wobei sie anscheinend gestört wurden. Im Hause der Grauen Schwestern taten sie sich an Brot und Kuchen gütlich und nahmen 1,05 Mk. Milchgeld mit. Im Café Hoffmann wurde der Bajazzo-Apparat erbrochen und hieraus etwa 10 Mark entwendet.

Haynau

Unsere erste Wahlversammlung

Am Mittwoch veranstaltete die KPD., Ortsgruppe Haynau, die erste Wahlversammlung, die einen guten Besuch aufwies. Die Genossin Hahne-Breslau sprach über: „Kampf dem Bürgerblock am 20. Mai." Sie verstand es vortrefflich, den Versammelten das wahre Gesicht der Feinde der Arbeiterschaft aufzuzeigen. An der freien Aussprache beteiligte sich der SPD.-Mann Fritz Walter, Straßenmeister und Vorsitzender der SPD., Ortsgruppe Haynau. Er stieß bei den Versammelten mit seinen Ausführungen auf Widerspruch und wurde im Schlußwort von der Genossin Hahne dementsprechend zurechtgewiesen. Alles in allem, der Erfolg war gut. Nun rüstet zur Wahlarbeit auf dem Lande!

Vom Landarbeiter-Elend. Für 10 Pfg. Stundenlohn muß eine Landarbeiterfrau in Fuchsmühl arbeiten, weil sie Invalide ist. Ihre Gesundheit hat sie für den Profit der Großgrundbesitzer geopfert. Dafür erhält sie jetzt diesen fürstlichen Lohn. Landarbeiter, macht Schluß mit diesen Ausbeutern, wählt am 20. Mai nur Kommunisten — Liste 5!

Kotzenau

Der Pächter der Konradsberger Fischerei, O'Grady wurde unweit der Straße Röchlitz—Kosendau bewußtlos aufgefunden. O'Grady starb kurz darauf, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Liegnitz

Aufnahme einer neuen 500 000-RM.-Anleihe. Im Mittelpunkt der letzten Stadtverordnetensitzung stand der Antrag auf Aufnahme einer Anleihe von 500 000 Reichsmark zur Förderung der privaten Bautätigkeit, dem zugestimmt wurde.

Aus der Bewegung. Alle Parteigenossen und RFB.-Kameraden werden ersucht, sich an dem Vorverkauf von Eintrittskarten für die 1.-Mai-Veranstaltung zu beteiligen. Sorgt für Massenbesuch! Eintrittskarten zu haben beim Genossen Levy. — Der Verkauf von Wahlmarken muß weitergeführt und noch gesteigert werden, um den Wahlkampf so durchzuführen, wie es notwendig ist!

Aus dem Riesengebirge

Schamlose Lumpereien der „Hirschberger Volkszeitung" gegen die Kommunisten!

Die hiesige SPD.-Presse, genannt „Volkszeitung der werktätigen Bevölkerung," ergießt in letzter Zeit wieder in großem Maße ihre Schmutzkübel über die Kommunistische Partei. In der Nummer 89 dieses Blättchens wurde zur Eröffnung des Wahlkampfes ein Artikel, überschrieben: „Die Steigbügelhalter der Reaktion!" auf die Leserschaft losgelassen, der alles bisher Dagewesene an Gemeinheiten überbietet und auch den letzten Arbeitern zeigen sollte, wohin die Reise geht. Sich an dieser Stelle mit den Schmutzfinken aus der Redaktion auseinanderzusetzen, hieße ihnen zuviel Ehre antun. Aber in den kommenden Wahlversammlungen werden wir uns mit dieser korrumpierten Clique vor den versammelten Arbeitern ernsthaft auseinandersetzen. Die Frage: Wer hat die Interessen der Arbeiterschaft geschädigt? — Wer hat ihre Tradition geschändet? — Wer hat Arbeiterpolitik im Parlament getrieben? — Wer ist der Steigbügelhalter der Reaktion oder vielmehr der Hausknecht der besitzenden Klasse? Wir werden alle diese Fragen in den Wahlversammlungen aufrollen. Mögen die Arbeiter dann darüber entscheiden. Eine Lehre für unsere Genossen aber ergibt sich aus diesen Lumpereien: Der Kampf gegen diese Clique muß mit aller Entschiedenheit und rücksichtslos geführt werden, denn die SPD.-Presse wird in dieser schmutzigen Schreibweise selbst von den bürgerlichen Zeitungen nicht übertroffen.

Kindermißhandlung in der Hermsdorfer katholischen Schule.

Der Sohn der Witwe Braun ging an einem der letzten Sonntage nicht in die Kirche. In der nächsten Religionsstunde stellte ihn deswegen der Pfarrer Dr. Schinke zur Rede, packte den Jungen dabei an den Haaren und stieß ihn so herum, daß er mit dem Kopf auf die Bank aufschlug, so daß dieser eine große Beule davontrug. Als der Junge eine Frage des Pfarrers nach dem zweiten Kirchengebot nicht beantwortete, wurde er vom Pfarrer noch einmal geschlagen und schließlich aus dem Schulzimmer hinausgewiesen. Die Mutter ging mit dem Knaben zum Arzt, der feststellte, daß die Verletzungen am Kopf von einem Schlag herrühren und infolge des Vorfalles der Junge auf den linken Arm gelähmt ist. Fürwahr eine wirklich „christliche" Methode der Jugenderziehung! Möge sie in weitesten Kreisen bekannt werden, dann sind wir sicher, daß bald noch mehr Menschen die Heuchelei des sogenannten Christentums begreifen werden. Die Mutter des mißhandelten Knaben hat jedenfalls aus den Vorfällen die Konsequenz gezogen und ist mit ihren beiden Kindern aus der Kirche ausgetreten. Bravo!

Auch die Schmiedeberger SPD.-Führer zerschlagen die Einheit

Angesichts der ernsten Bedeutung des 1. Mai für die gesamte Arbeiterklasse hatte die KPD., Ortsgruppe Schmiedeberg, den Vorstand des Ortskartells des ADGB., der SPD. und der Freien Turnerschaft zu einer gemeinsamen Besprechung betr. 1. Mai eingeladen. Das Ortskartell und die SPD. lehnten diese durch gemeinsames Schreiben ab. Aus dieser gemeinschaftlichen Ablehnung ergibt sich klar und deutlich, daß die Gewerkschaften im Schlepptau der SPD. hängen. In der einberufenen Besprechung war auch die Freie Turnerschaft vertreten. Auch unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wird der Wunsch laut, eine geschlossene Kampffront am 1. Mai herzustellen. Arbeiter, erkennt, daß es die sozialdemokratische Führerschaft ist, die die gemeinsame Front der Arbeiterklasse zersplittert. Die SPD. will am 1. Mai nach Feierabend (!) einen Festzug veranstalten. Die Kommunistische Partei fordert die Arbeiterschaft zur Arbeitsruhe am 1. Mai und zur Demonstration auf. Heraus auf die Straße am 1. Mai!

Immer wieder Firma Schwarzbach und Sohn.

Diese schon öfters unter die Lupe genommene Schmiedeberger Firma führt gegenwärtig in Petersdorf und in Nieder-Schreiberhau Wasserleitungsarbeiten durch. Wie sie mit ihren Arbeitern umspringt, das zeigt die nachstehende Arbeiterkorrespondenz: Die Arbeiten werden zum größten Teil im Akkord, zum Teil auch im Stundenlohn durchgeführt. Bei Akkordarbeit gibt es für den laufenden Meter bei 1,20 Meter Tiefe und 50 Zentimeter Sohlenbreite 90 Pfg. Da der Boden sehr steinig ist, müssen die Arbeiter, um nicht am Zahltage weniger als das Stempelgeld zu haben, von früh bis abends spät arbeiten, daß ihnen die Zunge zum Halse heraushängt. Im Stundenlohn gibt es 68 Pfg. Die Arbeiter werden, von den Aufsichthabenden bald in Akkord-, bald in Stundenlohnarbeit geschickt, so daß mancher Arbeiter am Lohntage nicht weiß, von welchem Schachtmeister er den Lohn ausgehändigt bekommt, so daß mancher Arbeiter am Lohntage um 14 Uhr noch nach den Hungerpfennigen rumlaufen muß, während um 12,30 Uhr Schluß ist. Auch kommt es nicht selten vor, daß den Arbeitern ein Teil des Lohnes fehlt, meistens der Akkordlohn. Auf diesen muß er dann bis zur nächsten Zahlung warten. Die Unfallverhütungsmaßregeln scheint man auch nicht zu kennen, denn es gibt auf keiner Baustelle einen Verbandskasten. Im Stundenlohn will man, daß die Arbeiter 10 Stunden und noch mehr täglich arbeiten. Schwarzbach selbst sagt, er wird sich am Arbeitsnachweis beschweren, wenn nicht länger als höchstens neun Stunden täglich gearbeitet wird. Einen ganz besonderen Bildungsgrad scheint der Schachtmeister Worls zu besitzen, der sich folgendermaßen ausläßt: „Die Erwerbslosen haben sich im Winter den Ranzen ausgefaulenzt, und jetzt sind dieselben nicht fähig, ordentliche Arbeit zu leisten."

Arbeiter erwacht! Geht am 20. Mai zur Wahlurne, und gebt eure Stimme der Kommunistischen Partei!

Sprottau

Der betrügerische Gutsbesitzer. Vor dem hiesigen Amtsgericht kommt das im Kreise Sprottau gelegene Gut des Herrn Wimmer, der nach Verübung verschiedener Straftaten flüchtig geworden und bisher nicht aufzufinden gewesen ist, zur Zwangsversteigerung. Er hat kleinen Besitzern Parzellen von seinem Grundstück verkauft, obwohl er wußte, daß seine Hypothekengläubiger die erforderlichen Entpfändungserklärungen nicht erteilen würden. Er erhielt von den Käufern den vollen Kaufpreis, ohne die Auflassung erteilen zu können. Vor seiner Flucht versuchte er noch, von einer Getreidefirma in Glogau erhebliche Beträge zu erlangen.

Mittelschlesien

Skandalöse Zustände im Hospital Strehlen

Die Erlebnisse eines Blinden

Hiermit geben wir den Lebenslauf eines 37jährigen Blinden wieder: „Mit 7½ Jahren kam ich in das Hospital in Strehlen, war daselbst zwei Jahre und mußte hierauf in die schlesische Blinden-Unterrichts-Anstalt in Breslau übersiedeln. Dortselbst erlernte ich die Rohrstuhlflechterei und Bürstenmacherei. Nach 10 Jahren mußte ich wieder in das Strehlener Hospital zurück. Im Jahre 1917 erlernte ich die Grün-Korbflechterei und war bis zum Jahre 1923 daselbst tätig. Den größten Teil meines Verdienstes mußte ich an das hiesige Hospital abliefern. Von Januar bis September erhielt ich Arbeit bei Herrn Korbmacher Wuttke, verdiente dortselbst die Woche drei Mark und mußte davon zwei Mark dem Hospital zur Verfügung stellen. Da ich mit diesem Gelde nicht auskommen konnte, machte ich mich selbständig und betrieb die Stuhlflechterei. Der Dezernent des Hospitals ist der Sozialdemokrat Stadtrat Reinert. Er fragte mich, was ich bei meinem Handwerk verdiene. Darauf erklärte ich ihm, daß es ungefähr 10—12 Mark sein können. Er machte mir darauf den Vorschlag, daß er das Material kaufen und mir ein wöchentliches Taschengeld geben will. Ich war mit diesem Angebot nicht einverstanden und erklärte mich bereit, eine Mark pro Stuhl abzuliefern; Oktober 1925 sollte ich 1,50 Mark pro Stuhl abgeben, gab aber nur 1,25 Mark. Für einen fertiggestellten Stuhl erhalte ich 2—3 Mark; hierzu kommen 75 Pfg. für Material, 10 Pfg. für Abnützung von Handwerkszeug, so daß ich an meiner Arbeit 30—40 Pfg. verdiente. Von April d. J. werde ich gezwungen, 1,50 Mark pro Stuhl an das Hospital abzugeben. Herr Stadtrat Reinert ging sogar so weit und erklärte den Schwestern, ich soll nicht nur 1,50, sondern 2 Mark pro Stuhl abliefern. Ich müßte dann aus meiner Tasche noch 40—50 Pfg. zulegen, wenn ich an das Hospital diese Forderung erfüllen muß.

Nun zu den allgemeinen Zuständen im Hospital. In der ersten Zeit besaß ich einen Hausschlüssel. Derselbe wurde mir aber später wieder weggenommen, angeblich, weil es Herr Stadtrat Reinert nicht erlauben würde. Ich wollte mir darauf einen Schlüssel auf meine eigenen Kosten herstellen lassen; ein diesbezüglicher Antrag wurde abgelehnt. Kam ich einmal später nach Hause als um 10 Uhr, wurde ich von der Schwester L. L. vor meinen Begleitern angebrüllt, als gehörte ich nicht zu den Menschen. Vorgekommen ist es, daß ich total Blinder von Mitinsassen geschlagen wurde. Auf die Beschwerden bei der Schwester sowie Reinert wurde mir erklärt, daß sie nichts machen können und ich mir es gefallen lassen müsse. Auch über das Essen gibt es allerhand zu klagen.

Vor nicht langer Zeit hat ein Mitinsasse einen Leidensgenossen namens Schilling derartig geschlagen, daß er hinfiel und sich ein Bein brach. In diesem Zustande ließ man ihn ohne ärztliche Hilfe zwei Tage liegen. Dadurch bekam er den Brand und starb, nachdem man ihn ins Krankenhaus geschafft hatte. Die Pflege im Hospital ist derartig „gut", daß vor ungefähr vier Monaten sich ein Insasse der christlichen Wohlfahrtspflege entzog, indem er sich erhängte. Zum Schluß bemerke ich noch, daß meine Abzüge nirgends verbucht sind, so daß ich über die Verwendung meines sauer verdienten Geldes vollkommen im Unklaren bin."

Wir erwarten, daß diese Zeilen dazu beitragen, daß dem Blinden, sowie allen anderen Insassen des Hospitals in Strehlen eine bessere Behandlung sowie Lebenshaltung zuteil wird.

Oels. Falsche Zehnmarkscheine. Gegenwärtig sind gefälschte Zehnmarkscheine im Umlauf. Es besteht begründete Annahme, daß solche Fälschungen besonders in kleinen Geschäften in Zahlung gegeben werden. Als Vertreiber sollen Zigeuner bzw. Zigeunerinnen in Frage kommen. Geschäfts- und Kneipleute werden zur größten Vorsicht bei Annahme von 10-Reichsmarkscheinen aufgefordert.

Waldenburger Bergland

Groß-Waldenburg

Drei schwere Unfälle auf der Melchiorgrube

2 Tote, 1 Schwerverletzter.

In der Dienstag-Nachtschicht wurde der Kolsarbeiter Grieger, Dittersbach, von der Verlademaschine totgequetscht. In der Mittwoch-Mittagschicht wurden die Hauer Hartwig, Altwasser, und Max Becker, Waldenburg, von hereinbrechenden Stein- und Kohlenmassen verschüttet. Nach zweistündigen Rettungsarbeiten konnte Hartwig nur als Leiche geborgen werden, während Becker sehr schwere Verletzungen erlitt und in das Lazarett überführt werden mußte. Sämtliche drei verunglückten Kameraden waren verheiratet und Familienväter. — So geht es den Bergleuten!

Sie haben alles zum Feinde: den Kapitalisten, der sie für schwere, gefahrvolle Arbeit verhungern läßt, und die Naturgewalten, denen sie ausgeliefert sind. Eine Verringerung der Gefahren wird erst dann eintreten können, wenn es die Arbeiter verstanden haben werden, das Gedinge-Mordsystem abzuschaffen, und den Arbeiterstaat errichtet haben, der ausreichend das Leben und die Gesundheit der Arbeiter und seiner Familien schützt.

Wer mitkämpfen will — wählt am 20. Mai Kommunisten!

Fünf Sittlichkeitsverbrechen. Die Zahl der im Industriegebiet begangenen Sittlichkeitsverbrechen hat erschreckend zugenommen. Fünf solcher Fälle standen vor dem hiesigen Schöffengericht an einem Tage zur Verhandlung. Es wurde auf Gefängnisstrafen in Höhe von zwei Jahren bis sechs Monaten erkannt. Die Ursache der Sittlichkeitsverbrechen ist nicht schwer zu finden. Sie heißt Wohnungsnot!

Bezirksjugendstunde des 4. Bezirks. Sonntag, den 22. April, 9 Uhr, findet in der Turnhalle Dittersbach eine Bezirksjugendstunde statt. Uebungsstoff: Kreisjugendtreffen. Alle Vereine sämtlicher Sparten haben zu delegieren. Wo Frauenabteilungen vorhanden sind, ist mindestens eine Jugendsportlerin zu entsenden.

Nieder-Hermsdorf. Die Gemeindevertretersitzung am Dienstag befaßte sich mit sieben Tagesordnungspunkten. Das Revisionsprotokoll der Spar- und Girokasse wurde nicht beanstandet. Ueber die Eingemeindung des Gutsbezirks besteht ein Streit mit Gottesberg, welches darauf pocht, den Teil über der Bahn Friedland—Bad Salzbrunn nach Gottesberg einzugemeinden. Die Gemeinde Nieder-Hermsdorf will es für sich haben. Der Kreisausschuß hat aber der Stadt Gottesberg Rechnung getragen. Mit dem Antrage unserer Fraktion auf Niederschlagung von Arzt- und Arzneikosten für die Wohlfahrtsempfänger von der letzten Sitzung mußte man sich nochmals beschäftigen. Die generelle Niederschlagung wurde erneut von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten abgelehnt, man will nur auf Antrag des Einzelnen niederschlagen und in Zeitabständen der Vertretung Bericht erstatten. An den Gemeindemitgliedern wird es jetzt liegen, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Drei in den neuen Gemeindeamtsräumen gemietete Zimmer sind übrig und sollen den Jugendpflegeorganisationen zur Verfügung gestellt werden. Die erforderlichen Kosten zur Einrichtung wurden bewilligt. Der Umzug nach den neuen Amtsräumen hat mehr Kosten verursacht, als vorgesehen waren. Die Mittel wurden nachbewilligt. Auf das Gesuch der Samariter-Kolonne am Ort um eine laufende Beihilfe wurden auf Grund der vielseitigen Hilfsbereitschaft und guten Arbeit 300 Mk. bis auf weiteres jährlich bewilligt. Die Frage der Fäkalienabfuhr wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Weißstein. Wahlkampf eröffnet. In der Versammlung am Mittwoch sprach Genosse Wollweber-Breslau. Er schilderte die Stellungnahme der Kommunisten in dem Wahlkampf und im Parlament. Er befreite die Anwesenden von der Illusion, zur Verbesserung ihres sozialen Elends durch den kapitalistischen Parlamentarismus gelangen zu können. Von Versammlungsteilnehmern konnte man hören, daß sie über die Sachlichkeit des Referats sehr erfreut waren. Volksgenossen, sorgt dafür, daß auch die nächsten Versammlungen ein voller Erfolg zur Aufklärung der Werktätigen werden.

— Der Lohntag auf der Fuchsgrube unterschied sich absolut nicht von den bisherigen. Es waren wieder Lohnreste und Löhne von 10, 40 und 80 Pfg. zu verzeichnen. Die Unterschiede in der Bezahlung sind sehr groß. Man muß der Ansicht sein, daß der Unternehmer seinem Lohnsklaven jedes Recht zum Leben abspricht. Die Empörung der Bergarbeiter kam hell zum Ausdruck. Sie wetterten über die Gewerkschaftsvertreter mit ihrer „praktischen Arbeit", welche derartige Tarifverträge abschließen und der organisierten Bergarbeiterschaft Waldenburgs zumuten, mit diesem „erkämpften" Lohn zu leben. Leider kehren dadurch viele Kameraden der Organisation den Rücken, statt mit der Opposition die Gewerkschaften zu erobern, sie wieder zum Klassenkampfinstrument zu machen, wodurch man dann imstande wäre, wirklich höhere Löhne zu erkämpfen.

Schweidnitz

„Die Trommler" kommen. Die am 28. April in der „Stadt Breslau" stattfindende Aufführung der Theatergruppe „Die Trommler" verspricht ein Ereignis für Schweidnitz zu werden. Der Vorverkauf ist bereits rege. Karten können von allen Funktionären oder auch im Lebensmittelgeschäft Lison auf der Langstraße bezogen werden.

Die Großagrarier reden. Unter Ausschluß der freien Aussprache und der Oeffentlichkeit fand in Hohgiersdorf eine Versammlung statt, zu der nur Gutsbesitzer und Handwerker eingeladen waren. Als Referent trat der Oberförster a. D. Rudolf auf. Er klagte über den Dawesvertrag, die sozialen Lasten, forderte Erhöhung der Schutzzölle und lamentierte, daß er und seine Studienkollegen sich einschränken müßten. Zur Erwerbslosenfrage sagte er, daß sie nichts anderes bedeute, als die Pflicht für die Fleißigen, die Faulen zu unterstützen. Sein größter Wunsch war, an der Spitze des Reiches einen „starken Mann" zu sehen. Soll man zu diesen Ausführungen einen Kommentar schreiben: Arbeiter, Kleinbauern, gebt am 20. Mai Antwort!

Unsere letzte Landpropaganda führte uns in die von der SPD. und dem Reichsbanner beherrschten Orte Pilzen, Gröditz und Ludwigsdorf. Trotz des schlechten Wetters beteiligten sich eine Anzahl Radfahrer daran. Zu unserem Staunen mußten wir feststellen, daß trotz der gemeinen und gewissenlosen Propaganda der SPD. unsere Aufnahme eine teilweise gute war. Erneut mußten wir feststellen, daß gerade auf dem Lande die SPD. den Hauptkampf gegen die Kommunisten führt. Der Umsatz an Zeitungen usw. war trotz des schlechten Wetters ein befriedigender. **Genossen, alles beteiligt sich am allgemeinen Landsonntag. Am 22. April Agitationstour per Auto.** Fahrpreis 1 Mark. Sympathisierende können mitfahren.

Alles am Sonnabend 18 Uhr auf dem Ring zum Protest gegen das RFB.-Verbot!

Die Landtour am Sonntag geht in Richtung Groß-Merzdorf—Domanze. Um 11 Uhr Wahlversammlung in Groß-Merzdorf. Referent Hirsch. Abfahrt per Auto (1 Mark) 9,30 Uhr ab Margaretenplatz.

Landeshut

„Schutz" der schwangeren Frauen! Die Betriebsleitung der Firma Cyner hat ihren Portier angewiesen, sämtliche schwangere Frauen bei ihr zu melden. Der Zweck dieser Maßnahme soll sein, daß die Krankenkasse vor Schaden bewahrt wird. Es erfolgt bei diesen Frauen eine Eingliederung in eine niedrigere Stufe der Krankenkasse, so daß bei der Entbindung ein dementsprechender niedrigerer Satz ausgezahlt wird. Diese Maßnahme ist gesetzlich unzulässig. Als vor Jahresfrist bei derselben Kasse eine erhebliche Unterschlagung festgestellt wurde, ist man nicht so rücksichtslos gegen den Betreffenden vorgegangen, obwohl die Kasse mehr geschädigt wurde, als wie dies der Fall ist, wenn schwangere Frauen eine ausreichende Unterstützung erhalten. **Arbeiter, am 20. Mai gebt Antwort!**

Arbeitersport. Morgen Sonntag auf dem Städtischen Sportplatz Bezirksverbandsmeisterschaftsspiele im Handball. Wiederum bestreiten die beiden vorjährigen Gegner das Spiel; Freie Turner Hirschberg, Bezirksmeister des 10. Bezirks, und Arbeiter-Turn- und -Kraftsportverein Sandberg. Letzterer ging im Vorjahre nach Spielverlängerung knapp 1:0 als Verbandsmeister hervor. Der Ausgang dieses Spieles ist vollkommen ungewiß.

Auftakt zur Wahl

Am Mittwochabend sprach in Liebau im „Gewerkschaftshaus" in einer von der Partei einberufenen öffentlichen Wählerversammlung Genosse Dombrowski-Breslau über den Kampf gegen den Bürgerblock und die geplante Auflösung des RFB. Bei der Beleuchtung der volksausplündernden Politik der Bürgerblockparteien kennzeichnete der Redner besonders die am Orte noch sehr starke Zentrumspartei, die bei den letzten Wahlen leider noch sehr viel Arbeiterstimmen erhielt. Genosse Dombrowski erinnerte daran, daß es diese „christlichsoziale" Partei war, die 700 Millionen für den Reichswehretat bewilligte, der fünf Millionen Mark für Kinderspeisung ablehnte. Das Zentrum tritt für Beibehaltung des Schand- und Gebärzwangsparagraphen, für die Aechtung der unehelichen Mutter und Rechtlosmachung des unehelichen Kindes ein. Der verstorbenen Zentrumsabgeordnete Dransfeld war es, der im Reichstag sagte, daß der Makel, der auf der unehelichen Mutter ruht, dem Volksempfinden erhalten werden müsse. Ferner behandelte Genosse Dombrowski gründlich die Stellung der Kommunistischen Partei zur bürgerlichen Demokratie und zeigte auf, daß die SPD. heute eine den kapitalistischen Staat bejahende bürgerliche Partei ist, die gegen den Bürgerblock eine wortradikale Scheinopposition treibt, aber in Preußen mit den Vertretern des Bürgerblocks zusammen eine Politik gegen die Interessen der Werktätigen in Stadt und Land treibt. Zum Schluß brandmarkte Genosse Dombrowski den neuen Schandstreich der Bürgerblockregierung gegen den Roten Frontkämpferbund unter lebhafter Zustimmung der Versammlung. — Eine Diskussion fand nicht statt. Zentrumsbrüder und Sozialdemokraten gehen sachlichen Auseinandersetzungen aus dem Wege und ziehen es hier wie an allen anderen Orten vor, in ihren Lügenblättern vom Schreibtisch aus die KPD. zu verleumden.

Liebau. Eine Gasvergiftung erlitten die bei der Firma Wichard beschäftigten Arbeiter Kühn und Fichtner bei der Reinigung des Rauchkanales. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Die Vergiftungserscheinung bei Fichtner war eine schwerere. Sie wurden durch die Arbeitskollegen gerettet.

— Genossen, aufs Land! Zur Wahlpropaganda müssen sich alle Genossen, und vor allem die, welche Räder besitzen, zur Verfügung stellen. Die erste Gruppe, welche am Sonntag auf dem Lande war, hatte auch die letzte Zeitung verkauft. Die kommenden Sonntage fährt jedesmal eine Gruppe mit neuem Werbematerial hinaus.

— Hebammengebühren. Nach der neuen Verordnung für Volkswohlfahrt erhält eine Hebamme für Hilfeleistung bei einer vollendeten Entbindung von einer Frau, die eine Krankenversicherungswochenhilfe oder Familienhilfe beanspruchen kann, 36 Mark, bei Mehrlingsgeburt 40 Mark in der 1. Klasse. In der 2. und 3. Teurungsklasse eine Gebühr von 32—36 Mark. Enthalten in dieser Gebühr sind alle Verrichtungen bei der Entbindung und Wochenbesuche. Vollendet die Hebamme die Entbindung nicht, so erhält sie nur die Hälfte der Gebühren. Für den Fall einer Entbindung in Wohnungen, die zwei Kilometer vom Ort der Hebamme entfernt sind, hat die Hebamme etwaige benutzte Fahrgelegenheiten vergütigt zu erhalten. Bei nichtbenutzter Fahrgelegenheit erhält die Hebamme ein Wegegeld von 20 Pfg. pro Kilometer.

Bolkenhain

Aus der Mechanischen Weberei. Die Entlassungen in der Mechanischen Weberei nehmen kein Ende. Alle Wochen müssen neue Trupps von Arbeitern dranglauben. Die noch im Betrieb stehenden werden mit elenden Hungergroschen nach Hause geschickt. Gleich einem Spielball werden die Arbeiter von einem Webstuhl an den anderen gestoßen. Wer es wagt, sich gegen die bestehenden Zustände auch nur mit einem einzigen Wort aufzulehnen, fliegt bei der ersten Gelegenheit. Man kann bemerken, daß bei der schlechten Konjunktur Andersgesinnte im Betrieb eingestellt werden. So stellte man vor einigen Tagen die Tochter des Friseurmeisters Urbe ein. Sie fand Beschäftigung in der sogenannten Putzstube, obwohl auch von dort erst eine ganze Anzahl entlassen worden war. Der sozialdemokratische Betriebsrat sagte nichts dazu. Nun, die Arbeiter werden am 20. Mai antworten!

Lichtbildervortrag. Vor einigen Tagen hielt der Feuerbestattungsverein Groß-Berlin einen Lichtbildervortrag ab. Wenn dieser bürgerliche Verein glaubte, hier einen Blumentopf zu gewinnen, dann hatte er sich geirrt. Nicht einmal 70 Personen waren anwesend!

Der Wahlkampf beginnt. Am Sonntag hielt die Ortsgruppe Bolkenhain der KPD. in Hohenfriedeberg eine Kundgebung ab. Durch die Klänge der RFB.-Kapelle wurden die Hohenfriedeberger Einwohner aus ihrem Bau geholt. Auf dem Ring ergriff Genosse Hiller das Wort. Sein Referat wurde mit brausendem Beifall aufgenommen. 100 Zeitungen wurden in dieser Hochburg des Faschismus umgesetzt. Ein alter Veteran bat Genossen Hiller, vor der Wahl bestimmt nochmal wiederzukommen. Ein Beweis, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Iwan.

Jauer

Oeffentliche Wahlversammlung. Am Mittwoch rief die Ortsgruppe Jauer der Kommunistischen Partei zum Besuch ihrer ersten Wahlversammlung auf. Etwa 200 Personen waren dem Ruf gefolgt. Genosse Eberlein-Berlin verstand es meisterhaft, durch sein ausgezeichnetes Referat und sehr gute Vortragsweise die Anwesenden zu fesseln. Die RFB.-Kapelle wartete vor der Versammlung mit einigen revolutionären Liedern auf und spielte zum Schluß die Internationale. Der Anfang ist gemacht. Genossen, alle Mann an Bord! Vorwärts!

Striegau

Heraus zum 1. Mai! Der ADGB.-Ortsausschuß hat beschlossen, den 1. Mai mit Arbeitsruhe zu begehen und es den politischen Parteien zu überlassen, Veranstaltungen zu machen. Die Ortsgruppe Striegau der KPD. ruft alle Werktätigen auf, die Veranstaltungen sowie die Demonstration recht zahlreich zu unterstützen. Der Abschluß des 1. Mai wird durch einen proletarischen Abend begangen werden. Zur Aufführung gelangt „Des Arbeiters Maifest". Genossen, sorgt jetzt schon für eine gute Propaganda!

Wichtige Versammlungen

Dittersbach. Die kombinierte Versammlung findet am Sonntag nicht im Jugendheim, sondern in der „Obermühle" statt.

Rothenbach. Die RFB.-Monatsversammlung am Sonntag fällt aus. Alle Kameraden treffen sich um 19 Uhr in Gottesberg bei Unger, Landeshuter Straße.

Freiburg. Kombinierte Versammlung (KPD., RFB. und RG.) Montag 19 Uhr im „Grünen Baum".

Polsnitz. Volksbund für Mutterschutz. Montag 20 Uhr im „Grünen Baum" Mitgliederversammlung.

Striegau. Montag RFB.-Generalappell. Gruppenführer bestellen die Gruppen.

Koalition und Achtstundentag

Sozialdemokratischer Wahlschwindel

Die Leipart, Hilferding und Kompagnie haben der deutschen Arbeiterklasse verkündet, daß nach den Reichstagswahlen durch die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit den Vertretern des Trustkapitals in der Koalitionsregierung der Achtstundentag errungen werden wird. Nachdem die reformistischen Gewerkschaftsführer sich in den entscheidenden Industrien, in der Hüttenindustrie, im Bergbau, in der chemischen Industrie, bei der Eisenbahn den Schlichtungsdiktaten gefügt haben, wollen sie den Arbeitern weismachen, daß nicht durch den Kampf gegen die Industriellen, sondern durch die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Industrie in der Koalition der Achtstundentag „erkämpft" wird.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer spekulieren auf die Vergeßlichkeit der Arbeiter. Waren es nicht Sozialdemokraten, die nach 1918 die Beseitigung des Achtstundentages forderten? Waren es nicht Sozialdemokraten, die im Reichswirtschaftsrat für die Verlängerung der Arbeitszeit eintraten? War es nicht die sozialdemokratische Presse, die im Interesse der „Wirtschaft" die Verlängerung der Arbeitszeit unterstützte? Wir erinnern nur daran, daß der „Vorwärts" am 3. Oktober 1923 schrieb:

„Die Gewerkschaften sind bereit, ihren ganzen Einfluß auszuüben, damit notwendige Ueberstundenarbeit im Bergbau und in anderen Industriezweigen geleistet werde . . . .

Die sozialdemokratische Fraktion hat während der zweitägigen Auseinandersetzungen über die Arbeitszeit keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihre ganze moralische Autorität einsetzen werde, um überall dort zur Mehrleistung, zur Mehrerzeugung zu kommen, wo es im Interesse der deutschen Wirtschaft erforderlich ist."

Wir erinnern weiter daran, daß der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes Brey in der Sitzung des Bundesausschusses des ADGB. am 15. Januar 1924 erklärte,

daß nur die Kommunisten schuld seien, wenn die Arbeiter nicht willig die Arbeitszeitverlängerung hinnehmen.

Wir erinnern, daß es Sozialdemokraten waren, die im Reichstag gegen die Siebenstundenschicht im Bergbau waren, indem sie gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien gegen folgenden Abänderungsantrag der Kommunisten zum Arbeitszeitnotgesetz gestimmt haben:

„In Gewerbezweigen, wo die Arbeiter unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, insbesondere für Arbeiter im Bergbau unter Tage . . . . darf die Arbeitszeit täglich sieben Stunden nicht überschreiten."

Haben die Sozialdemokraten ihre wirtschaftsfriedliche Politik irgendwie geändert? Nicht im geringsten. Bei der Beratung der Arbeitszeitfrage 1927 im Reichstag reichte die sozialdemokratische Fraktion in Uebereinstimmung mit dem Bundesvorstand des ADGB. einen Arbeitszeitgesetzentwurf ein, dessen Paragraph 9 besagt:

„Die Arbeitszeit darf auch bei Anwendung der in den vorangehenden Paragraphen zulässigen Ausnahmen einschließlich der Arbeitsbereitschaft 10 Stunden täglich nicht überschreiten. Weibliche Arbeitnehmer sind auf ihren Wunsch während der Schwangerschaft und der Stillzeit von einer die Grenze des § 1 Absatz 2 acht Stunden überschreitenden Arbeit zu befreien."

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion forderte also die gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Maximalarbeitstages und forderte nicht einmal einen wirksamen Schutz der schwangeren Arbeiterin.

Die Tatsachen beweisen, daß die Sozialdemokratie zu der Zeit, wo sie einer Koalitionsregierung angehörte, für die Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten ist und sogar in jener Zeit, wo sie in Scheinopposition zur Regierung stand, nicht das geringste unternahm, um durch Organisierung des Kampfes in den Betrieben und im Parlament den Achtstundentag durchzusetzen. Auch in Zukunft wird die Sozialdemokratie in derselben Weise die Arbeiterinteressen verraten. Oder haben etwa die sozialdemokratischen Minister, Polizeipräsidenten, Landräte und Schlichter bisher die Arbeiterinteressen vertreten, haben sie sich nicht als besonders erfahrene und geschickte Diener der Bourgeoisie erwiesen?

Wenn die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer es ernst meinen würden mit dem Kampf für den Achtstundentag, dann durften sie nicht einem Schiedsspruch mit 56stündiger Arbeitszeit in der Hüttenindustrie zustimmen, dann durften sie nicht vor der Dawesdirektion der Reichsbahn kapitulieren und das Weiterbestehen der Dienstdauervorschriften anerkennen, dann durften sie nicht im Kohlenbergbau der Achtstundenschicht unter Tage zustimmen, sondern sie hätten den Kampf für den Achtstundentag und die Siebenstundenschicht aufnehmen müssen. Die freiwillige Unterordnung unter die Diktate des Trustkapitals, seines Arbeitsministers und seiner Schlichter beweist, daß auch in Zukunft die Sozialdemokratie in- und außerhalb der Regierung im Interesse des Wirtschaftsfriedens das Diktat des Trustkapitals befolgt.

Jeder Arbeiter muß sich klar sein:

Wer sozialdemokratisch wählt, der stimmt für den zehnstündigen Maximalarbeitstag, der stimmt für die Unterordnung unter die Arbeitszeitdiktate des Trustkapitals und seiner Schlichter.

Keine Stimme für die Politik des Wirtschaftsfriedens!

Wer den Kampf für den Achtstundentag will, der

wählt Kommunisten!

Rot Front

Kampfruf

an die oberschlesischen Industrie- und Landarbeiter

Rot Front in Kandrzin

Kandrzin, eine oberschlesische Kleinstadt, bekannt als wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, bekannt aber auch als Niederlassung verschiedener faschistischer Verbände, hatte am Karfreitag 1928 einen besonderen Tag. Die Führer der Untergaue des Roten Frontkämpferbundes Oberschlesiens, marschierten frühzeitig ein, um mit der festgelegten Führertagung pünktlich um 9 Uhr zu beginnen. Einige faschistische Elemente, die die Arbeiter der Gemeinde Kandrzin schon recht lange unter Druck halten, scheuchten auf. Im Tagungslokal ereiferte sich ein Polizeibeamter darüber, daß am Karfreitag sämtliche „öffentliche Veranstaltungen," „Lustbarkeiten" und dergleichen verboten seien. Pochend auf seine Gesetzeskunde bezweifelte er stark, ob die „Führertagung der Roten Frontkämpfer" stattfinden könne. Jedoch der kluge Polizeimann wurde mit seinen Amtsbefugnissen bekanntgemacht, und dies scheint auf ihn Eindruck gemacht zu haben. Ein rot ausgestatteter, mit revolutionären Kampfeslosungen und Transparenten versehener Konferenzsaal empfing einladend die kampferprobten Führer.

Der Verlauf der Tagung zeigte deutlich die aufsteigende Linie des politischen und organisatorischen Lebens der oberschlesischen Roten Frontkämpfer. Beratungen und Beschlüsse, sowie die Berichte aus den einzelnen Untergauen erbrachten eine Fülle von Beweisen dafür, daß es trotz erheblicher Schwierigkeiten in Oberschlesien in Stadt und Land vorwärts geht. Freudigen Widerhall fanden die Begrüßungsworte des als Gast anwesenden Vertreters der Kommunistischen Partei, Genossen Jendrosch, der versicherte, daß der Rote Frontkämpferbund in seinen Kämpfen gegen Faschismus und Imperialismus jederzeit auf die Unterstützung der Kommunistischen Partei rechnen darf, die als politische Führerin der Werktätigen wiederum auf die Unterstützung der Roten Frontkämpfer nicht verzichten kann. Referate und Diskussion, aus denen einige Ergebnisse durch diese Sonderbeilage wiedergegeben werden, zeugten von politischer Lebhaftigkeit und von dem geschlossenen und festen Kampfeswillen. Nach achtstündiger Tagung verabschiedeten sich die Führer mit dem Bundesgruß „Rot Front" und durch dem Gesang der „Internationale".

Scharfer Protest gegen die preußische Koalitionsregierung

An das preußische Staatsministerium in Berlin.

Auf eine „Kleine Anfrage" der kommunistischen Landtagsfraktion wegen des Vorgehens des Gleiwitzer Polizeipräsidenten gegen die Roten Frontkämpfer in Zaborze und Biskupitz äußerte sich das preußische Ministerium des Innern dahin,, daß es die polizeilichen Handlungen an den Roten Frontkämpfern unterstütze und daß eine Aufhebung des RFB.-Verbotes in Hindenburg zurzeit nicht in Frage komme. Die Führer des Roten Frontkämpferbundes Gau Oberschlesien haben zu der Haltung des Staatsministeriums Stellung genommen und erklären Folgendes:

„Es liegen dokumentarische Beweise vor, welche sogar die „Rechtsgrundlage", auf der sich das Verbot der Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes in Hindenburg aufbaut, erschüttern. Dieses wird auch dem Staatsministerium nicht unbekannt sein. Und wenn dennoch auf die kommunistische Anfrage im Landtag die ministerielle Antwort eine Aufhebung des Verbotes ablehnt, so bekräftigt dieses uns und die oberschlesische Industrie- und Landarbeiterschaft in der Auffassung, daß das Vorgehen gegen die Hindenburger Roten Frontkämpfer lediglich auf der Linie des Verbotskampagne der Regierungen gegen alle revolutionären Organisationen der Arbeiterschaft im Interesse einer Kräftigung der Reaktion liegt.

Die Roten Frontkämpfer Oberschlesiens protestieren entschieden gegen diese Verbotsmaßnahmen. Sie sind nicht gewillt, ihren Kampf um die Aufhebung des RFB.-Verbotes aufzugeben. Wir fordern die Aufhebung des Verbotes der Hindenburger Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes.

Wahlkundgebung der Roten Frontkämpfer für die Kommunistische Partei

Beschluß der Führertagung des RFB. Gau Oberschlesien am 6. April in Kandrzin.

Am 20. Mai d. J. wird der Reichstag und der preußische Landtag neu gewählt. Es sind dies vorzeitige Wahlen, da sie fristgemäß erst im Herbst d. J. stattfinden sollten. Die außenpolitischen Verwickelungen und Verpflichtungen des neudeutschen Imperialismus, auf der Linie der Kriegsrüstungen gegen den Arbeiterstaat, die Sowjetunion, die wachsenden Widerstände im deutschen Proletariat gegen die kapitalistische Wirtschaft, und schließlich die Wahlagitationsbedürfnisse der schwarzrotgoldenen und schwarzweißroten Gruppen im Lager der Bourgeoisie sind die Gründe, welche die deutsche Bourgeoisie zu diesen vorzeitigen Wahlen bewegen.

Die Roten Frontkämpfer wissen, daß die Parlamente und Regierungen in der deutschen Republik, trotz „geheimen Wahlrechts" nur Werkzeuge in der Hand der herrschenden kapitalistischen Klasse sind. Diese Wahlen geben uns Möglichkeiten, die werktätigen Massen über ihre wirtschaftliche, kulturelle und politische Entrechtung aufzuklären. Ihnen aufzuzeigen die arbeiterfeindliche Politik, die von den Schwarzrotgoldenen und Schwarzweißroten, vom Sozialdemokraten Stelling und Franz über die Zentrumsmänner Ulitzka und Erhardt bis zu den Deutschnationalen Pfarrer Wolf und Völkisch-Nationalsozialisten gegen die werktätigen Massen betrieben wird. Es gilt, die Arbeiterschaft zu wecken für den Kampf .

Die Roten Frontkämpfer versichern, alle ihre Kräfte einzusetzen für die Wachrufung der Sympathien und des Kampfeswillens unter den Industrie- und Landarbeitern für die Losungen der Kommunistischen Partei. Die Roten Frontkämpfer versichern, an allen Vorarbeiten für die Wahlen der Kommunistischen Partei, die die Roten Frontkämpfer als die politische Führerin aller Werktätigen anerkennen, auf das aktivste mitzuarbeiten und alles dazu beizutragen, daß die Kommunistische Partei am 20. Mai revolutionäre Massenerfolge verzeichnen kann.

Die Wahlkundgebungen der Kommunistischen Partei stehen unter dem Schutz der Roten Frontkämpfer und der mit ihnen sympathisierenden Arbeiter. Die Kameraden des Roten Frontkämpferbundes erachten dies als ihre vornehmste Pflicht, gleichzeitig sehen sie aber auch ihre Aufgabe darin, jene Arbeiter des Reichsbanners, des Stahlhelms und der Landesschützen, die aus Unkenntnis einerseits der schwarzrotgoldenen und andererseits der schwarzweißroten Bourgeoisie Wahlhelferdienste leisten wollen und diese kapitalistische Republik schützen, darüber aufzuklären, daß sie gegen die Arbeiterschaft wirken und daß sie sich einzureihen haben in die rote Klassenfront. Die Führer des Roten Frontkämpferbundes Oberschlesiens verbinden diese Solidaritätskundgebung an die Kommunistische Partei mit dem Weckruf an die oberschlesische Industrie- und Landarbeiterschaft,

Am 20. Mai wählt Liste 5 die Kommunistische Partei!

Führertagung RFB. Oberschlesien

Roter Massenaufmarsch am 1. Mai

Aus verschiedenen Orten wird mitgeteilt, daß reformistische Führer die Arbeiter abzuhalten versuchen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Dort, wo sozialdemokratische und reformistische Führer dem Druck der Arbeitermassen weichen mußten, beabsichtigen sie, durch verschiedene Manöver die Kommunistische Partei auszuschalten und die Maikundgebungen des Proletariats für Wahlzwecke der sozialdemokratischen Partei zu benutzen. Dagegen muß und wird sich die Arbeiterschaft wehren.

Der 1. Mai ist ein Kampftag

der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern. Die von dem internationalen Sozialistenkongreß im Jahre 1889 festgelegten Kampflosungen wie: „Arbeitsruhe am 1. Mai," „Achtstundentag," müssen die Arbeiter in dieser von der Sozialdemokratie aufgebauten schwarzrotgoldenen kapitalistischen Republik auf ihre Fahnen schreiben und dafür demonstrieren. Durch wuchtige Maikundgebungen muß die Arbeiterschaft ihrem Kampfeswillen Ausdruck geben. Die Arbeiter-Maikundgebungen müssen verankert und getragen sein von dem Drang aller Werktätigen nach der

Einheitsfront des Proletariats

und damit in Verbindung bekunden, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, dem nationalen und internationalen Kapitalismus und dem Imperialismus der gesamten Welt einen Kampfblock aller Werktätigen entgegenzusetzen zur Verteidigung des Arbeiterstaates der Sowjetunion, zur Verhinderung eines kapitalistischen Krieges, zur Niederschlagung aller kapitalistischen Ausbeuter. Die Kommunistische Partei ist es, die im Sinne des Marxismus den geschichtlichen Auftrag hat, Führerin der Arbeiterschaft zu sein in allen Kämpfen. Also muß die Arbeiterschaft auch am 1. Mai unter roten Fahnen für die Losungen der Kommunistischen Partei demonstrieren.

Der Rote Frontkämpferbund wird unter Anerkennung der Führerrolle der Kommunistischen Partei, durch ein geschlossenes Auftreten als Schutz- und Wehrorganisation der Arbeiterschaft an den Maikundgebungen des Proletariats aktiv teilnehmen. Am 1. Mai die Straßen frei! Faschisten und alle übrigen Feinde des Proletariats dürfen es nicht wagen, die Maikundgebungen der Arbeiterschaft irgendwie zu stören. Kameraden! Rüstet zum 1. Mai!

Wahlaufmarsch des Reichsbanners in Hindenburg

Alles das, was wir der Arbeiterschaft über die tatsächlichen Gründe, die zum Verbot der Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes in Hindenburg führten, gesagt haben, zeigt sich jetzt offenkundig. Am Sonntag, dem 15. April, berief die Führung des Reichsbanners ihre Mannen von Sosnitza, Gleiwitz, Biskupitz, Mathesdorf, Zaborze, Hindenburg nach Hindenburg. Zweck des Reichsbanner-appells war, vor den Arbeitern in der Stadt Hindenburg für die „deutsche Republik" zu demonstrieren. Etwa hundert Reichsbannerleute, teilweise neu eingekleidet, durchzogen die Straßen der Stadt Hindenburg mit — einer Schalmeienkapelle.

Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes in der Stadt Hindenburg benutzt nun die Führung des Reichsbanners ausgiebig, um sich in Hindenburg festzusetzen. Verwurzelt mit den Arbeitermassen in Hindenburg sind die revolutionären Organisationen, der Geist der Roten Frontkämpfer und der Kommunistischen Partei. An die Kameraden des Reichsbanners wurden Handzettel verteilt, in denen sie aufgefordert wurden, sich der roten Klassenfront anzuschließen und mit den Roten Frontkämpfern gemeinsam gegen die schwarzrotgoldene und schwarzweißrote Ausbeuterklasse zu kämpfen. Die damit verbundene Aussprache mit etlichen Kameraden des Reichsbanners bewies, daß so mancher von den Reichsbannerkameraden zu begreifen anfängt, daß das Reichsbanner im Interesse des Kapitalismus diese Republik beschützen und verteidigen soll.

Die Hindenburger Arbeiterschaft wird alles daransetzen müssen, um den Kampf der Roten Frontkämpfer um die Aufhebung des Hindenburger RFB.-Verbotes mit ganzer Kraft zu unterstützen.

Rote Gedächtnistafel

Arbeiter, vergeßt es nie!

1. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die mutigen Führer des revolutionären Proletariats von weißen Schergen der „schwarzrotgoldenen" Republik mit Hilfe der Sozialdemokratie im Januar 1919 gemordet.

2. Unter der Regierung des Sozialdemokraten Noske wurden Eisner, Joglisches, die mutigen Führer der Arbeiterschaft, gemordet und 15000 Arbeiter erstochen, erschossen und erschlagen.

3. Die revolutionären oberschlesischen Arbeiter Gebrüder Bochenek aus Oberschlesien, sind vom deutschen Selbstschutz und polnischer Bojowka wegen ihrer Tätigkeit für die deutsch- und polnischsprechende Arbeiterschaft im Jahre 1921 grausam gemordet worden.

4. Der Achtstundentag in Oberschlesien für die Arbeiterschaft ist durch Vereinbarung der sozialistischen, zentrümlichen und demokratischen Gewerkschaftsführer mit den schwarzrotgoldenen und schwarzweißroten Industriellen im Januar 1924 dem Kapitalismus verschachert worden.

5. Die Arbeiterdemonstrationen am 1. Mai 1924 in Oberschlesien sind von der Polizei des Sozialdemokraten Beck in den Industriestädten gesprengt worden.

6. Der Rote Frontkämpferbund in der Arbeiterstadt Hindenburg wurde vom sozialdemokratischen Innenminister Severing im August 1926 verboten, damit die Faschisten und das Reichsbanner eine freies Propagandafeld bekommen. Der jetzige sozialdemokratische Innenminister Grzesinski weigert sich, das Verbot aufzuheben.

Am 20. Mai:

Rote Heerschau der Kommunistischen Partei!

Oberschlesien im Blitzlicht

Vier Kumpels — die für elenden Hungerlohn auf der Karsten-Zentrumsgrube für Unternehmerprofit jahraus, jahrein geschunden haben, sind von der Schicht nicht mehr zurückgekehrt. Verschüttet — erstickt — elend umgekommen. Höhere Gewalt, Erdbeben, tektonische Erscheinung sollten die Ursachen sein, hieß es anfangs. Doch kamen die Berichte über das Erdbeben merkwürdigerweise nicht vom Observatorium, sondern von der Bergwerksdirektion. Dann stellte es sich heraus, daß das angebliche „Erdbeben" nichts anderes war als jene in Beuthen bekannten, durch den Bergbau hervorgerufenen Erdstöße. Deshalb waren auch die Erschütterungen in den Büros der Schachtanlagen am stärksten. In der Telephonzentrale des Johannaschachtes in Bobrek geriet durch den Erdstoß ein acht Zentner schwerer Telephonschrank ins Wanken. An das Erdbeben glaubt heute kein vernünftiger Arbeiter mehr. Doch die Unternehmer und ihre Presse wollen den Schwindel aufrechterhalten, um die Bergwerksgesellschaften vor Entschädigungsansprüchen zu schützen.

*

Die Erschütterungen in Beuthen hatten auch Fernwirkungen zur Folge. In der Redaktion des „Wanderers" in Gleiwitz ertrankte der Briefkastenonkel und erteilte einer Leserin folgenden Ratschlag:

„Freund von Herzblättchen in K. Antworten Sie ihm:

Fürchtest Du mich als Bolschewisten?
In meiner Liebeseferei!
O, sprich! Du brichst gleich Terroristen
Das Herz mir qualvoll sonst entzwei! — —
Die Politik darf nicht entfachen,
Ersticken nicht den Liebes-Mai!
Sei unparteiisch! In Liebessachen
Pfeift man auf jegliche Partei!"

Einen vernünftigen Beschluß haben die oberschlesischen Mietervereine gefaßt. Uns wird mitgeteilt:

„In einer am Sonntag in Gleiwitz abgehaltenen Sondertagung, an der die Vertreter sämtlicher im Gau Oberschlesien des Bundes Deutscher Mietervereine zusammengeschlossenen Vereine teilnahmen, wurde die Stellungnahme der organisierten Mieter in folgender Entschließung festgelegt:

„Der Gau Oberschlesien im Bunde Deutscher Mietervereine beschließt, zu den bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen keine eigenen Listen aufzustellen.

Mit Bedauern hat der Gau festgestellt, daß ein großer Teil der politischen Parteien in der Frage „Mieterschutz und Mietzinsbildung" versagt hat.

Der Gau erwartet, daß in den neuen Parlamenten sich alle politischen Parteien mit Entschiedenheit gegen jede Mieterhöhung und Lockerung der Mieterschutzbestimmungen wehren und ein gesetzlich festgelegtes Dauerwohnrecht herbeiführen."

Daß die Kommunisten in allen Parlamenten sich für die Rechte der Mieter und gegen jede Durchlöcherung und Verschlechterung des Mieterschutzes eingesetzt haben, ist von den Mieterzeitungen wiederholt anerkannt worden. Ebenso bekannt ist es, daß alle anderen Parteien, einschließlich der SPD., die Heraufschraubung der Mieten auf 120 Prozent und die Durchlöcherung des Mieterschutzes verschuldet haben.

*

Der Gleiwitzer Polizeibericht meldet u. a. wieder eine Verhaftung wegen „Kindesmord". In Oberschlesien sind diese „Verbrechen", die ihre Ursachen in der Aechtung der unehelichen Mutter, in der Unduldsamkeit der Kirche sowie in der Rechtlosmachung der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes haben, besonders zahlreich. Alle Anträge der kommunistischen Fraktion auf Beseitigung des Schandparagraphen wurden von dem Pack, das sich „Volksvertreter" nennt, und in der eigenen Familie bei „unerwünschtem Segen" sich der Dienste des Hausarztes bedient, abgelehnt. Besonders niederträchtig bekämpft das Zentrum jede Aenderung des § 218.

Der berüchtigte oberschlesische Zentrumsabgeordnete Ulitzka rie den Proletarierinnen, die unter größten körperlichen und seelischen Qualen ihre Leibesfrucht beseitigen, weil sie schon die lebenden Kinde nicht ernähren können, mit der Heuchelei und dem Zynismus eine mit allen Wassern gesalbten komödiantischen Pfaffen zu:

„Es ist Schwäche und Feigheit gegenüber dem Leben, wenn man es tötet."

Noch besser zeigte der verstorbene Zentrumsabgeordnete Dransfeld, welche Fratze hinter der „christlichsozialen", von Milde und Liebe triefenden Maske grinst. Als es um die Gleichstellung de ehelichen mit den unehelichen Müttern ging, erklärte dieser Bursche

„Der Makel der unehelichen Mutterschaft muß dem Volksempfinden erhalten bleiben."

Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, merkt es euch Wenn ein Bourgeoisschweinhund ein braves Arbeitermädel durch verlogene Liebesphrasen, ein warmes Essen und ein paar Geschenke für seine Gelüste gewinnt und dann sitzen läßt, dann muß — so will es das fromme Zentrum — nicht der geile, verantwortungslose Schweinhund von Bürgerlichen, sondern das Arbeitermädel geächtet werden Diese Pharisäer und Heuchler nennen sich christlich und sozial. Sie betteln jetzt wieder um die Stimmen von Proletarierfrauen und Proletariermädchen. Verdankt das Zentrum seinen Einfluß doch in erster Linie den Stimmen der Frauen. Und du, Klassenschwester duldest das? Kläre deine Arbeitsschwestern auf und sage ihnen, daß das Zentrum es ist, welches eine verseuchte, heuchlerische Bürgermora zugunsten der herrschenden Klasse, ihrer Lebejünglinge und Lustgreise erhalten will. Sage ihnen, daß die Ulitzka und Konsorten die Entrechtung, Entwürdigung und Schändung der proletarischen Frau durch Gesetze des kapitalistischen Staates für heilig erklären. Und spucke ihnen ins Gesicht, wenn sie wagen sollten dein Haus zu betreten um für die Zentrumspartei zu werben.

Artus

Das Bündnis der Arbeiter und Bauern in Oberschlesien

Am 15. April hielt der Bund schaffender Landwirte, Bezirk Oberschlesien, seine Bezirksversammlung in Zollin, Kr. Neustadt, ab, die von 93 Delegierten aus allen Teilen Oberschlesiens beschickt war. Diese Tagung war überaus gut besucht. Kleinbauerndelegierten waren aus fünf Kreisen und einundzwanzig Orten vertreten, an Zahl weit über hundert.

Der Bezirkssekretär Funkel gab einen Ueberblick über den Stand der Organisation. Anschließend sprach der Vorsitzende, Reichstagsabgeordnete Genosse Putz, über: „Die Not der Bauern vor dem Reichstag." Mit großer Spannung folgten die ausgebrateten Kleinbauern den Ausführungen. Nicht billige Landbunddemagogie, sondern der ehrliche Kampfeswille, den Kleinbauern zu helfen, zeichnete die Tagung aus. Unter Punkt „Verschiedenes" nahmen die Kleinbauerndelegierten Stellung zum Notprogramm der Regierung und lehnten dieses Notprogramm als ungenügend für die werktätigen Bauern ab. Sie nahmen einstimmig das Notprogramm des Reichsbauernbundes an, welches den Wünschen und Forderungen der Bauern entspricht und faßten folgende Entschließung:

„Die heute in Zellin tagende Generalversammlung des „Bundes schaffender Landwirte (e. V.)" hat mit Entrüstung Kenntnis genommen, daß im Notprogramm der Reichsregierung die dringendsten Wünsche der werktätigen Bauern, der Pachtbauern und der Siedlungswilligen in keiner Weise berücksichtigt werden. Alle Vorschläge der Regierung gehen darauf hinaus, den Großgrundbesitzern zu helfen. Die werktätige Bauernschaft wird in den Vorschlägen der Regierung nicht berücksichtigt. Von den Sorgen der landarmen Bauern, der Pachtfrage und der Siedlungsfrage steht kein Wort im Notprogramm. Nichts ist gesagt von der Steuerlast, nichts vom Kampf gegen den wucherischen Zwischenhandel, gegen den Bankwucher, gegen den Industriewucher. Die Generalversammlung lehnt das Notprogramm ab. Sie stellt sich hinter das Notprogramm des „Reichsbauernbundes", in dem die Forderungen der werktätigen Landbevölkerung unter Berücksichtigung der Lage der Werktätigen in den Städten enthalten sind. Die Generalversammlung fordert alle Berufskollegen auf, sich hinter die gerechten Forderungen des Bundes schaffender Landwirte zu stellen und mitzuarbeiten an einem engen Bündnis der Bauern und Arbeiter gegen alle Volksbedrückung. Kämpft mit uns

gegen Pachtwucher — Bankwucher — Industriewucher — Händlerwucher;

für Steuergerechtigkeit — Land für die landarmen Bauern;

für den gerechten Lohn für unsere Arbeit!

Nieder mit aller Volksbedrückung! Es lebe das Bündnis der Bauern und Arbeiter!"

Bei dem Punkt „Unsere Stellung zu den Wahlen" setzte eine gründliche Aussprache der Kleinbauern ein. Sie begrüßten es, daß seitens der Kommunistischen Partei vier der schaffenden Landwirte in den Reichs- und Landtag an aussichtsreiche Stelle gesetzt wurden. Die anwesenden Delegierten sprachen sich offen dafür aus, daß die Kleinbauern der Kommunistischen Partei, die ihre Interessen immer vertreten hat, am 20. Mai ihre Stimmen geben sollen.

Interessant gestaltete sich die Tagung auch dadurch, daß ein Gewerkschaftler vom Zentralverband der christlichen Bauarbeiter Deutschlands sich das Wort erbat und scharf die Lohnsteuerpolitik verurteilte und an die Kleinbauern appellierte, im Kampf gegen Steuerdruck mitzukämpfen. Die Tagung war ein Schritt näher zur Festigung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern. Auch die christlichen Arbeiter sehen ein, daß nur durch Kampf mit den werktätigen Bauern ihre Lebenshaltung gebessert werden kann. Hoffentlich bricht sich diese Erkenntnis unter allen christlichen Arbeitern Bahn. Mit dem festen Willen, zur Stärkung des Bundes schaffender Landwirte beizutragen, gingen die Kleinbauern in ihre Orte zurück.

Hindenburg

SPD.-Scheffel-Versammlung

Auch für Hindenburg hatte sich die SPD. am Sonntag, dem 15. April, den Vorsitzenden des E. V. d. E. zu einer öffentlichen Wahlversammlung herbestellt. Trotz größter Reklame war der Saal des Gewerkschaftshauses nicht voll zu kriegen. Außer den zirka 20 bis 30 Bonzen der verschiedensten SPD.-Organisationen und Gewerkschaften nebst ihren Frauen war das gesamte Vindereiperſonal des „Volksblattes" erschienen. Die Massen fehlten, die besonders eingeladenen Eisenbahner waren nur spärlich anwesend. Insgesamt konnte man am Schluß der Versammlung etwa 150 Personen zählen, zu Anfang mochten es etwa 80 gewesen sein.

Auf des Referat von Scheffel einzugehen, erübrigt sich. Er redete in Hindenburg dasselbe, wie in allen anderen oberschlesischen Orten. In der Diskussion sprach ein SPD.-Bonzenanwärter besonders hetzerisch gegen die Kommunistenführer in Oberschlesien und fragte, wohin der Genosse Soßna (Reval) gekommen sei, und was aus Kantzei geworden wäre. Warum Jendrosch nicht in der Versammlung wäre. Genosse Gallus-Biskupitz rechnete mit diesem Bonzenanwärter gebührend ab und sagte ihm, daß Genosse Rewahl im faschistischen Polen gearbeitet hat, bereits zweimal zum Tode verurteilt war, und wiederholte Zuchthausstrafen erlitten hat. Genosse Kantzei ist im Reich für die Partei tätig, Genosse Jendrosch, dessen Abwesenheit aus der Versammlung der SPD.-Redner erwähnt hatte, nehme an der Bezirkskonferenz der Eisenbahner teil, bei der ja auch Scheffel hätte sein müssen.

Aber Scheffel will ein Mandat und macht als Gewerkschaftsangestellter Wahlversammlungen für die SPD. In seinem Schlußwort sagte Scheffel auf diesen Vorwurf wörtlich folgendes: „Mir ist die Bezirkskonferenz nicht bekannt gewesen, und übrigens, bei den paar Funktionären ist die Teilnahme nicht so wichtig." Das sagt der Bundesvorsitzende des E. V. d. E., das ist sozialdemokratische Gewerkschaftsarbeit.

Genosse Gallus wies dann auf den Schlichtungsschwindel hin und daß 1920 die Gewerkschaften, d. h. der DMV., eine andere Meinung hatte. Damals sagte man ganz richtig, daß die Schlichtungsgesetze und Schiedssprüche Streiks und sonstige Wirtschaftskämpfe der Arbeiter verhindern sollen. Heute ist die ganze Führerschaft der SPD. und Gewerkschaften mit dem kapitalistischen Staat eng verbunden, steht zum großen Teil im Angestelltenverhältnis zu diesem Staat und müssen deshalb dafür Sorge tragen, daß dieser Staat vor Erschütterungen durch Wirtschaftskämpfe, welche leicht politische Konflikte und Sturz der Regierung bringen können, bewahrt wird, schützen sie doch damit zugleich die für ihren Verrat an der Arbeiterschaft von der Bourgeoisie erhaltenen Futterkrippen. Genosse Gallus frug hierauf die Arbeiter: „Ist das noch Marxismus, wenn man für den Schutz des kapitalistischen Staates eintritt? Karl Marx sagte doch: „Der Staat ist das Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument der jeweils herrschenden Klasse", also in Deutschland der Kapitalistenklasse, in Rußland der Arbeiterklasse. Deshalb Schluß mit der Koalitionspolitik, als Protest gegen das kapitalistische System und gegen die reformistische Politik der SPD., gebt am 20. Mai die Stimme der KPD."

Mit einem lahmen Schlußwort schloß Scheffel die Versammlung. Sie war eine Niederlage der SPD., ein Erfolg für die Kommunistische Partei.

Beuthen

Was man alles in Beuthen behauptet

I.

Daß bei uns eine Kirchensteuerpfändungsstelle sein soll, die es sehr genau nimmt und jeden, der nicht prompt bezahlt, pfändet. So behaupten böse Zungen, daß zum größten Teil die angeblich heiligen Bilder gepfändet werden und man der heiligen Maria, dem heiligen Joseph oder Christus ohne Barmherzigkeit den Kuckuck auf die Nase klebt. Die Gewaltigen sind gute Zentrumsleute, die das veranlassen, und die Kirchengemeinde, d. h. die Verwaltung, setzt jährlich für gutes Eintreiben an die Gewaltigen vor Weihnachten 1000 Mark aus. So sollen auch voriges Jahr zwei Mann bedacht worden sein.

In einer Stadt, wo das Zentrum regiert, soll so etwas vorkommen? Auch erzählt man mir, daß die Bevölkerung manchmal ganzer Straßen diesem Los verfällt. Es soll sich ja nicht vereinbaren, gerade solche Gegenstände für Kirchensteuer zu pfänden, aber man macht es mit Vorliebe. Hoffentlich lernt man daraus!

II.

Es soll in Beuthen auch ein Malheur geben wegen dem Stadion Es sollte ein Vortrag durch einen Sachverständigen gehalten werden, ob es sich noch weiter lohnt, Hunderttausende von Mark zu bewilligen und weiterzubauen. Böse Zungen wollen wissen, daß man dort lediglich nur einen Bären flitterte, der sehr gut gemästet sein soll. Selbiger Herr aus Breslau soll hier gewesen sein, wo er das Ding sah, Bauchschmerzen bekommen haben, denn der Vortrag fällt künftig weg. Nu behauptet man jetzt, daß sich doch noch ein nicht ganz Schlauer finden wird, der das auf seine Kappe nehmen muß! Herr Bauführer Beczist soll bereits stempeln gehen. Andere behaupten wieder, im Stadtbauamt gibt es zuwenig Bauräte. Früher sollte einer alles gemacht haben. Nebenbei hat er noch das Krüppelheim gebaut.

III.

Die Faktoranten sollen murren, doch trauen sie sich nicht so ran. Deswegen soll alles noch an Abfuhr ohne Ausschreibung vergeben werden. Angeblich sollen da nur Freunde und Vettern in Frage kommen, ob das zutrifft, sollen schon einige untersuchen.

IV.

Ganz Schlauen wollen sogar wissen, daß unter den Rechtsparteien und den Sozialdemokraten eine Vereinbarung besteht, alle Posten nur unter sich zu verteilen. So soll bereits ein Schwager vom Herrn Jolisch (Deutschnational) den Rangierbahnhof im Schlachthaus als Leiter haben. Einer soll für Herrn Zeppelin, der in der letzten Zeit sich sehr gebessert hatte, trotzdem geflogen ist, drankommen für den Park. Die Sozialdemokraten ein Baurat mit den Demokraten Ja, man darf nicht immer trauen!

V.

Die Fleischer sollen auf einen scharf haben im Schlachthof, besonders die Großhändler, die Verschwörung soll bereits soweit gelungen sein, daß die Bombe platzen muß.

VI.

In Roßberg, in der Pfarrei, soll ein Flüchtling, ganz gebrechlich, ohne Wohnung, Frau krank, stets bettlägerig, und drei kleine Kinderchen sowie eine erwachsene Tochter, gewesen sein, man möchte ihm helfen. Der Herr, der ihn dort vernahm, soll erst Detektiv gespielt haben beim Wohlfahrtsamt, und nachdem er feststellte, daß die Familie in 14 Tagen schon 20 Mark bekommen hatte, behauptet haben soll, er könne doch nicht schon alles verbraucht haben. Nu behauptet man, daß das Wirtschaftsgeld des Herrn täglich so viel ausmacht. Soll man das wirklich glauben?

Zum Schluß behauptet man, daß jetzt die Sitzungen im Stadtparlament noch mehr geheim abgehalten werden; man will doch nicht etwa damit sagen, der Grund hierfür läge in der Mißwirtschaft.

Diese Zustände gilt es auszumisten. Wählt am 20. Mai nur Kommunisten!

Markowitz

Saubere Burschen als Gemeindevertreter

Schon oftmals haben wir die Handlungen der bürgerlichen Gemeindevertreter beleuchtet. In der letzten Sitzung haben die bürgerlichen Vertreter wieder einmal gezeigt, was sie unter Vertretung von „Allgemeininteressen" verstehen. Eine alte ausgebrauchte Kiesgrube stand zum Verkauf. Trotz aller Zusagen, den Preis niedrig zu halten, um kriegsbeschädigten Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich ein eigenes Häuschen zu bauen, wurden nicht gehalten. Die Preise wurden so hoch geschraubt, daß den Bewerbern die Augen übergingen. Die bürgerlichen Gemeindevertreter lassen lieber die Arbeiter in den elenden, nassen, niedrigen Stuben umkommen, ehe sie der Spekulation Einhalt gebieten. Diese bürgerlichen Vertreter haben keinerlei Interesse an der Behebung der Wohnungsnot. Der Zentrumsmann Gatzke verlangte am Schluß der Sitzung, daß der Gemeindevorsteher einen Liter (Schnaps?) ausgeben soll. Das kennzeichnet die Schnapspolitik in der Gemeindevertretung. Eine feine Marke ist auch der Schöffe Chrobotschek (Pole), der sich darüber aufregte, daß die einzige Lampe, die am Gemeindespritzenhaus leuchtet, abgeschafft werden soll, weil sie 60 Pfg. im Monat Kosten verursacht. Und diese Gesellschaft wirbt jetzt wieder um Arbeiterstimmen. Die Proletarier von Markowitz werden dieser Sorte von Gemeindevertretern am 20. Mai die Antwort geben.

Ratibor

Auch die Ratiborer SPD. für den himbeersüß-religiösen Sozialismus

Auch unter den Ratiborer SPD.-Leuten hält der himbeersüß-religiöse Sozialismus seinen Einzug. Der SPD.-Mann Cyrus hielt in der Mitgliederversammlung bei Kaul ein Referat, wo er unter anderem über die religiöse Weltanschauung sprach. Er erklärte, daß jeder Anhänger irgendeiner religiösen Anschauung auch Anhänger der sozialistischen Weltanschauung sein kann, daß wir Zusammenstöße mit der Kirche vermeiden und ihr gegenüber Toleranz üben müssen. Ferner erklärte er: „Wir haben kein Interesse, die Religion zu bekämpfen oder zu beseitigen." Scharfe Stellung nahm er gegen das Freidenkertum. Er sagte, daß Freidenkertum nichts anderes als eine entgegengesetzte Kirche sei. Wo bleibt da der Ausspruch Marx: „Religion ist Opium für das Volk." Es besteht wahrhaftig zwischen Zentrum und SPD. in Oberschlesien kein Unterschied mehr. Die einzige Arbeiterpartei ist nur die KPD. Deshalb hinein in die KPD!

Ein gewissenhafter Arzt

Am Dienstagabend starb dem Bäckergesellen P. ein Kind. Sofort begab sich der Genannte am Mittwochfrüh zum Kinderarzt Dr. Böhm und verlangte, daß er die Leichenschau vornehme und einen Totenschein ausstellen soll. Dr. Böhm brachte es fertig, den Totenschein auszustellen, ohne die Leiche anzusehen, und versprach, nach der Sprechstunde (12 Uhr) zu kommen. Erst abends gegen 20 Uhr, als die Wohnung bereits abgeschlossen war und er keinen Eintritt mehr fand, „bemühte" er sich, so daß die Untersuchung der Leiche erst am Donnerstag stattfand. Ja, die Herren nehmen sich Zeit, wenn sie zu Proletariern gehen sollen. Wenn der Kommerzienrat sie telephonisch anruft, sind sie sofort zur Stelle. Klassengesellschaft — — Klassenmedizin.